Nr. 117. 12. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 21. Mai 1895. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die Revolte des französischen Klerus.

Paris, den 17. Mai 1895.

Die katholischen Priester haben einen Genius mit zwei Gesichtern: sie weihen ihr Leben der Erwerbung des Himmels, ohne jedoch die Erde aus dem Gesicht zu verlieren. Sie geben uns in diesem Augenblick merkwürdige Proben ihrer zähen Anhänglichkeit an die grobmateriellen Güter dieses irdischen Jammerthals.

Die Kammer, der das Gleichgewicht des Budgets um so mehr Sorgen macht, je tiefer das Loch des Defizits wird, hat in jüngster Zeit eine Steuer auf das Eigenthum der religiösen Körperschaften (Orden u. s. w.), ein sogenanntes Zuwachsrecht (droit d'accroissement) beschlossen. Damit hat sie eine wahre Revolution in der heiligen Armee der Mönche, Nonnen, Bischöfe und Erzbischöfe hervorgerufen. Eine Steuer auf die Güter der Kirche legen, die Güter der Armen sind, welche Gottlosigkeit!

So lange die Steuer noch nicht beschlossen war, suchte man die Abgeordneten durch eine Volkskundgebung — in Deutschland nennt man das Entrüstungssturm — einzuschüchtern. Die katholischen Zeitungen — sie sind in Paris zahlreich — forderten die Armen auf, in Massen vor das Parlament zu ziehen, und gegen das Attentat auf ihr — der Armen — Eigenthum zu protestiren. Die katholischen Agenten legten sich ins Zeug, um dem Proteste der Armuth einen imposanten Charakter zu verleihen; sie warben die Camelots*) an und verbreiteten in den Volksvierteln Plakate, auf denen die Armen, Mühseligen und Beladenen eingeladen wurden, sich auf dem Konkordienplatze zu versammeln zur Vertheidigung ihrer Güter. Die Manifestation fiel erbärmlich ins Wasser, da die Armen niemals begriffen hatten, was das für ein Eigenthum war, das sie vertheidigen sollten.

Da die Armen sich nicht erheben wollten, so beschlossen die Priester und Mönche, als das Gesetz angenommen war, in ihrer Weise eine Revolte zu machen. Vor kurzem fand in Paris ein Kongreß von Delegirten aller religiösen Körperschaften von Frankreich statt, um über Mittel und Wege zu berathen, wie der infamen Steuer auf die Güter Gottes Widerstand zu leisten sei. Die Bischöfe nahmen Partei für jene Diener der Armen, die der Fiskus berauben wollte; sie hätten gern selbst einen Kongreß abgehalten, aber das Konkordat verbietet ihnen jede Kollektivkundgebung, da sie Angestellte des Staates sind.

Sie entschädigten sich für diese erzwungene Mäßigung dadurch, daß sie Kreisschreiben, apostolische Briefe und andere geistliche und mystische Schriftstücke aussandten, die ausnahmslos von demselben irdischen Geiste weltlicher Eigenthumsliebe durchdrungen waren.

Ein einziger, der Bischof von Beauvais, hielt sich zurück und rieth den Körperschaften seines Sprengels, sich dem Gesetze zu unterwerfen, wie hart es auch sei. Alle seine Kollegen und Oberen, die Bischöfe und Erzbischöfe, sind wüthend auf ihn; sie haben ihn mit fulminanten Briefen, voller evangelischer und christlicher Beleidigungen und Beschimpfungen, überschüttet. Man hat ihn mit Exkommunizirung bedroht, man hat ihm ins Gedächtniß gerufen, daß ein Konzil befohlen habe, jeden Priester, der das Eigenthum der Kirche schmälere, aus der Kirchengemeinschaft auszustoßen.

Aber was all' diese, von den irdischen Gütern losgelösten, frommen Leute am meisten erschreckt, das ist, daß der Staat, um jedes Jahr die Steuern dem Anwachsen der Ordensgemeinschaften anzupassen, Erhebungen über die Größe der Besitzthümer wird anstellen müssen; und da es unter den Ordensgemeinschaften, die am lautesten schreien, eine stattliche Anzahl giebt, die Handel, natürlich sehr frommen Handel, mit Likören, Zahnwasser, Leinwaaren u. s. w. treiben, so wäre es in der That eine verzweifelte Geschichte, erführe die Welt, wie hoch die jährlichen Profite sind. Diese Einmischung des Staates in die Vermögensverhältnisse der kirchlichen Körperschaften ist für sie der schrecklichste der Schrecken. Die Priester denken an vergangene Zeiten.

Als die Feudal-Könige die Juden tüchtig ausgepreßt hatten, hielten sie sich an die Reichthümer der Kirche: „Nach dem zu schätzen, was man der Kirche genommen hat — sagt Montesquieu — hätte man ihr zwei- bis dreimal das Königreich geben müssen." Die revolutionären Bourgeois plünderten die Kirche mit derselben Gewissenhaftigkeit aus wie die katholischen Könige des Mittelalters. Der Reichthum ist die Wurzel alles Uebels für die Besitzer — er bringt ihnen immer Unglück. Egypten wurde während des ganzen Alterthums seiner Schätze wegen verwüstet und ausgeplündert; England und die anderen zivilisirten Nationen unseres Jahrhunderts brandschatzen das arme reiche Pharaonenland weiter; das gleiche Schicksal hatte Italien im Alterthum und im Mittelalter; das Gold Galliens zog Cäsar an, wie das Aas die Schmeißfliegen. Die religiösen Körperschaften wollen nicht, daß die Kunde ihrer Reichthümer in die Welt dringe, damit sie vor gierigen Fingern geschützt seien.

Gallus.

*) Camelot (sprich: Kammloh) ist der Pariser Ausdruck für das, was Marx das Lumpenproletariat nennt: Leute, die von der Hand in den Mund leben, das erste beste sich ihnen darbietende Geschäft betreiben, Zeitungen verkaufen, Annoncen vertheilen, die Kutschenschläge öffnen und den Pferderennen beiwohnen, wo sie allerhand Verrichtungen und Geschäfte betreiben, die sie vor die Zuchtpolizei bringen.

Der Boulangismus hatte die Camelots in seine Dienste genommen für die Manifestationen in Paris und in der Provinz; er hatte sie nach Art der alten Landsknechte organisirt mit Führern, die jedem für den Tag 2—5 Fr. bezahlten, je nach der Wichtigkeit der Manifestation. Die Camelots zeichneten sich durch ihre glühende Begeisterung für Boulanger aus.

Politische Uebersicht.

Berlin, 20. Mai.

Aus dem Reichstage. Als der Kolonialschwindel begann, war es besonders der Hinweis auf die „Greuel der Sklaverei", womit Stimmung zu machen versucht wurde. Heute weiß alle Welt, daß Kolonien in West- und Ostafrika ohne das Institut der Sklaverei bis auf weiteres überhaupt nicht denkbar sind.

Wer aber noch im Zweifel sein sollte, daß dem so ist, der kann sich aus der Vorlage eines besseren belehren, die heute in erster und zweiter Lesung im Reichstag verhandelt wurde. Die skandalösen Vorgänge auf dem Gebiete des Sklavenraubes und -Handels, welche sich in unseren Kolonien abgespielt haben, und wobei deutsche Reichsangehörige und speziell Hamburger Firmen hervorragend betheiligt waren, hat die Regierung veranlaßt, wenigstens so zu thun, als wollte man der Sklaverei zu Leibe gehen. Daß das aber nicht der Fall ist, zeigt am besten die Ueberschrift der heute verhandelten Vorlage. Dort ist nämlich nur von Sklavenraub und Sklavenhandel die Rede, während der Besitz von Sklaven nach wie vor auch in unseren Kolonien gestattet sein soll.

Da aber die Existenz der Sklaverei den Handel mit Sklaven, und dieser wieder den Raub derselben zur Voraussetzung hat, so hatte unser Genosse Molkenbuhr ganz recht, wenn er die Vorlage ein Dekorationsstück nannte, hinter der die Thatsache versteckt werden soll, daß unsere Kolonien ohne Sklaverei nicht bestehen können.

Natürlich waren alle Parteien, mit Ausnahme der unseren, in der Vertheidigung der Sklaverei für die Kolonien einig und wurde dementsprechend der von Molkenbuhr und Stadthagen gestellte Antrag, den Besitz oder die Erwerbung eines Menschen durch ein Rechtsgeschäft unter Strafe zu stellen, abgelehnt.

Ohne Sklaverei kein Profit in den Kolonien; was aber nützt unseren allerchristlichsten Ordnungsstützen eine Kultur, bei der kein Profit abfällt!

Die Debatte über das Sklavereigesetz nahm einen so breiten Rahmen ein, daß, nachdem vorher noch der Entwurf eines Gesetzes über die Schutztruppen für Südwestafrika an die Budgetkommission verwiesen war, die namentliche Abstimmung über die Zuckerprämien-Vorlage erst kurz vor 5 Uhr begann. Dieselbe wurde mit 191 gegen 45 Stimmen angenommen. Die Zuckerbarone können also auch weiterhin die ca. 4 Millionen Mark pro Jahr einsacken.

Da die Rechte sehr stark vertreten war, stimmte sie nunmehr gegen die Vertagung, damit für den Margarine-Antrag demonstrirend, welcher nun an der Reihe gewesen wäre. Die Entscheidung mußte per Hammelsprung — der erste im neuen Gebäude — herbeigeführt werden. Mit 110 gegen 90 Stimmen wurde die Vertagung beschlossen. —

Kein preußisches Vereinsgesetz? Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Berliner Märztage. 17

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

Das erste Glas Branntwein that ein übriges — dem ersten folgte ein zweites, zehntes, hundertstes. Zwar arbeitete Kowalla zur Abwechslung einmal bald in dieser, bald in jener Fabrik, aber sobald wegen stillen Geschäftsganges Leute entlassen wurden, war Anton Kowalla ganz sicher mit unter den zuerst Entlassenen. Sprach er seine Verwunderung darüber aus, so hielt man ihm einfach sein Zeugniß aus der königlichen Gießerei vor, in dem ihm bei sonstiger Tüchtigkeit „Aufsässigkeit und widersetzlicher Geist" nachgesagt wurde, und er mußte schweigen. Er war ja nur gelitten, lebte von der Gnade dieser industriellen Magnaten, gehörte nur der „Reserve-Armee" ihrer dampfenden Schlote an.

Und so war er denn der komplette großstädtische Proletarier geworden, und zwar einer der unglücklichsten seiner Klasse — einer von denen, die nur ein Schritt noch vom Lumpenthume oder vom Verbrechen trennt.

Hans Hartung klopfte an die Thür der Dachwohnung, die Kowalla in der Invalidenstraße innegehabt hatte, und nach der er von Zeit zu Zeit Geldunterstützungen aus dem Auslande gesandt hatte.

„Wer ist da?" fragte eine fremde Stimme.

Eine mürrische alte Frau erschien an der Thür und gab Hans die Auskunft, daß „der Kowalla, der Strolch", seit Neujahr aus dem Hause geworfen sei.

„Aber wohin ist er denn gezogen? Das werden Sie doch wissen!" rief Hans ungeduldig.

Die Alte zuckte brummend die Achseln: irgendwo in der Nachbarschaft solle er wohnen, in einem Stall oder Schuppen . . .

Hans begann Umfrage zu halten, aber niemand konnte ihm Bescheid geben. Endlich verwies man ihn nach einer Branntweinschänke.

„Ach, der verrückte Pollacke," hieß es dort — „der wohnt mit Kind und Kegel im Hofe nebenan."

Im abendlichen Halbdunkel tastete sich Hans über den übelriechenden, kothigen Hof, in dessen Pfützen er bis an die Knöchel einsank. Ein großer, lahmer Hund fuhr ihm knurrend ans Bein und hinkte darauf ärgerlich zur Seite. Kein Mensch war zu sehen, kein Licht. Schon wollte Hans Kehrt machen, um vorn im Hause Erkundigungen einzuziehen, als er das Prusten eines Pferdes vernahm und gleich darauf aus einer Thürspalte ein matter Schimmer hervordrang. Er trat durch die Thür in den Raum, einen kleinen, behaglich warmen Pferdestall, in dem ein Droschkenkutscher seinen Gaul einlogirt hatte, welcher soeben beim Schein der Laterne aus dem Heu in der Raufe die Kleeblätter herausschnupperte.

Hans fragte nach dem Maschinenbauer Anton Kowalla.

„Die Herrschaften? Janz recht, die wohnen bei mir Schamber jarnie, for naß", versetzte der grauköpfige Rosselenker mit dem gutmüthigen, leicht geröthelten Gesicht.

„Wo denn?" fragte Hans, der seine innere Bewegung kaum beherrschen konnte.

„Klingeln Se man jleich hier, nächste Thier rechts, patterre", meinte der Droschenkutscher mit einer ganz verkniffenen Grimasse.

Er trat mit Hans aus dem Stalle und öffnete eine nur angelehnte, aus rohen Brettern zusammen gezimmerte Thür, die zu einem Holzstall oder einem ähnlichen Behältniß zu führen schien.

Zögernd blieb Hans vor der geöffneten Thür stehen: da drinnen in dem Verschlage, der für einen Hund zu schlecht schien, sollten Menschen wohnen?

Links der Pferdestall, in dem bei gutem Futter und angenehmer Wärme ein Droschkengaul seine Ruhezeit verbrachte, rechts ein riesiger Haufen Dünger, der mit seinen Pestdünsten die Umgebung vergiftete — und in der Mitte diese niedrige, enge fensterlose Höhle, in welcher Elsbeth wohnte — seine Schwester Elsbeth, das schönste Mädchen weit und breit in seinem schlesischen Heimathsgau, in das einst alle jungen Männer, darunter sein Jugendfreund Hermann Rehberg, der Sohn des gräflichen Güterdirektors, und sogar der junge Graf Wildstein selbst verliebt gewesen waren!

Hans trat einen Schritt vor, doch vermochte er in dem völlig dunklen Raum nichts zu erkennen.

„Bist Du . . . endlich da?" hörte er aus der einen Ecke heraus eine schwache Frauenstimme. „Hast Du . . . Brot . . . gebracht?

Der Droschkenkutscher trat neben Hans und leuchtete mit seiner Stallaterne in das Dunkel hinein. Ein erschütterndes Bild des Jammers bot sich Hartung dar: ein abgezehrtes, bleiches Weib lag mit vor Schwäche geöffnetem Munde und geschlossenen, vom Lichte geblendeten Augen auf einem breit über den Fußboden hingestreuten Strohlager. Neben ihr lagen vier Kinder, abgemagert, bis zum äußersten vernachlässigt, vor Ermattung schlafend, und nur ein fünftes, ein kräftiger Säugling von acht Monaten, saß wach und munter neben der Mutter. Er kaute an einem Strohhalm und schaute mit seinen erstaunten dunklen Augen auf die beiden Fremden. Alte, zerrissene Kleidungsstücke und ein Haufen Lumpen von unbestimmbarer Farbe und Form mußten den unglücklichen Wesen statt der Betten dienen. Keine Spur von Hausrath war zu sehen, nur etwas zerbrochenes Gerümpel stand in den Ecken umher.

Bis ins Innerste getroffen und keines Wortes mächtig, stand Hans Hartung vor dem grauenhaften Bilde.

„Warum bist Du . . . so lange geblieben?" fuhr die vom Fieber geschüttelte Frau, die den Eintretenden für

„Durch die freisinnige Presse macht eine angebliche aus allerbester Quelle geschöpfte Mittheilung der Berliner „Volks-Zeitung" die Runde, wonach im preußischen Ministerium des Innern äußerst intensiv gearbeitet würde, um eine Novelle zum Vereinsgesetz so schnell zu stande zu bringen, daß sie unmittelbar nach Pfingsten im Landtage eingebracht werden könne". Diese Nachricht beruht, wie wir hören, auf Erfindung.

Vielleicht war die Mittheilung der „Volks-Zeitung" aber aus besserer Quelle, wie diejenige ist, von deren Murmeln die „Norddeutsche Allgemeine" etwas „gehört" zu haben behauptet. Mit dem Offiziösenthum der „Norddeutschen" soll es ja sehr bergab gehen. —

Noch ein Dementi! Der „Reichs-Anzeiger" schreibt:

In der Presse ist in letzter Zeit wiederholt der Gedanke zum Ausdruck gekommen, daß bei der Berathung des Reichstags über den § 112 der sogenannten Umsturzvorlage der Kriegsminister als Bundesraths-Bevollmächtigter eigenmächtig und gegen die Absichten des Reichskanzlers Politik getrieben habe.

Dem gegenüber sind wir in der Lage, auf das bestimmteste versichern zu können, daß die Erklärung des Kriegsministers über die Unannehmbarkeit des § 112 der Vorlage in der Kommissionsfassung in vollster Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler abgegeben worden ist.

Unerfindlich und nicht zu begreifen ist dann nur, warum der Herr Kriegsminister in der denkwürdigen Reichstagssitzung vom 11. Mai dies nicht gleich gesagt hat. Damals erklärte er im Gegentheil, als er über die Stellung der Regierung zu dem § 112 der Kommissionsfassung gefragt wurde, nur in seinem eigenen Namen die Unannehmbarkeit erklären zu können. Vermuthlich haben sich der Reichskanzler und der Kriegsminister post festum über die Sache in Güte geeinigt — und daher nun das Dementi. —

Die Niederlage der deutschen Umsturzgesetzler hat überall in der Welt, wo nicht öder Knechtsinn oder tyrannische Herrschsucht die Geister vergiften, die lebhafteste Freude erregt. Und überall erkennt man die Bedeutung des Ereignisses an. Nächst Rußland, das aber infolge seiner Halbabgeschiedenheit von Europa und seiner kulturellen Zurückgebliebenheit kaum zu den europäischen Kulturstaaten gerechnet werden kann, ist Deutschland derjenige Staat Europas, in welchem das antidemokratische Prinzip — als persönliches Regiment, Militarismus, Bureaukratie, Polizeiwirthschaft u. s. w. — noch am festesten wurzelt. Es ist dies in so hohem Grade der Fall, daß Deutschland heutzutage für die internationale Reaktion ungefähr dieselbe Rolle spielt, wie vor 40 und 50 Jahren Rußland, ehe die thönernen Füße des ungeschlachten Kolosses aller Welt offenbar waren.

Der Hauptpfeiler der internationalen Reaktion hat einen schweren Stoß erhalten und er besitzt nicht mehr die Festigkeit, die man ihm zugetraut hatte. Das ist es, was die Niederlage unserer Umsturzgesetzler zu einem so wichtigen Ereignisse macht.

So groß der Aerger der Reaktionäre, so groß die Freude aller freiheitlich Gesinnten — und in erster Linie der Sozialdemokraten aller Länder. Abgesehen von den Kundgebungen der Presse, sind uns und unseren Kollegen und Genossen in Deutschland persönlich auch in den letzten Tagen wieder zahlreiche Jubel- und Sympathie bekundende Zuschriften und Telegramme aus England, Schottland, Frankreich, Belgien, Amerika, Italien, Polen und anderen Ländern zugegangen. —

Krisengerüchte durchschwirren die Luft. In sogenannt „leitenden Kreisen", die freilich mitunter genasführte Kreise sind — wird der Rücktritt des Reichskanzlers und Platzhalters Fürsten Hohenlohe als sicher, ja als thatsächlich vollzogen betrachtet. Blos über den Nachfolger sei man noch nicht im reinen — Waldersee oder Radowitz (jetzt Botschafter in Madrid)? — das sei die Frage. In denselben Kreisen verlautet, Köller's Entlassung sei beschlossene Sache. Um die Verworrenheit der Lage zu kennzeichnen, sei noch bemerkt, daß unter den möglichen Nachfolgern Hohenlohe's auch — Caprivi genannt wird. Nun — der wird sich hüten! —

An Köller's Adresse. Unter der Ueberschrift: „Der öffentliche Frieden und der preußische Minister des Innern bringt die neueste Nummer der „Ethischen Kultur" einen Artikel, der so treffend und wahr ist, daß wir ihn zum Theil zum Abdruck bringen:

„Es wird allmälig Zeit, daß das deutsche Volk sich der wachsenden Gefahr bewußt wird, mit welcher die Regierung und die Prinzipien des Herrn Ministers von Köller den öffentlichen Frieden in unserem Vaterlande bedrohen. Der herausfordernde Hohn in der Behandlung der Arbeiterbewegung im Parlament, die ständige Verfolgung der gewerkschaftlichen Organisationen, welche der geordneten Emporentwickelung der Arbeiterklasse dienen, ihre Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und ihre geistige Aufklärung in die Hand genommen haben, das laumische Hintertreiben und Auflösen ihrer Versammlungen, die unberechenbaren Beschlagnahmen ihrer Presse, endlich die politische Denunziation ihrer Bildungs- und Gesangvereine — kurz, das ganze System planlosen Chikanirens, mit dem dieser Staatsmann in einer aufgeregten Zeit die mit der Noth des Lebens ringenden und von neuen Menschheitshoffnungen tiefbewegten Seelen zu mißhandeln wagt — alles das reift unaufhaltsam in den betroffenen jene erbitterte Verzweiflung, welche die Hände erlahmen läßt in der Mitarbeit an gegenwärtigen Rettungswerken und den Bau der Freiheit erst auf den Trümmern des Bestehenden emporsteigen sieht.

Man redete in den Umsturzdebatten viel von den Volksverführern, vor denen das neue Polizeigesetz die Massen bewahren sollte. Nun — wir meinen, es wäre nach den anarchistischen Greuelthaten in Frankreich am Platze gewesen, der deutschen Sozialdemokratie nicht die Umsturzvorlage, sondern den öffentlichen Dank der ganzen Nation darzubringen dafür, daß sie die zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde erwachten Massen durch hohe soziale Ideale und geistige Belebung vor niederer Begehrlichkeit bewahrt hat und durch den Hinweis auf die Bedingtheit des einzelnen durch die übermächtige ökonomische Entwickelung die von der Noth Erregten über kurzsichtige Rachegedanken hinweggeführt und für eine verzeihende Beurtheilung der Personen empfänglich gemacht hat.

Wer daher im Ernste will, daß die auf der Bahn besonnenen Fortschrittes begriffenen Massen nicht sittlich verwildern, der vereinige sich mit Gleichgesinnten zum Protest gegen die Amtsführung eines Mannes, der durch seine Politik alle wilden Racheinstinkte weckt, die Brücke der Versöhnung abbricht und damit laut und deutlich die Revolution als den einzigen Weg zur Erlösung predigt.

Freilich, das deutsche Bürgerthum verdient seinen Köller. Es hat sich jahrelang erfreut an den gewissenlosen Greuelbildern, welche gerade in der freiheitlich gesinnten Presse von den sozialen Idealen der Arbeiter entworfen wurden und es hat dazu das Beispiel gegeben, die Arbeiterbewegung mit groben Mitteln und ohne brüderliches Verständniß zu bekämpfen; darf man sich da wundern, wenn die Regierung sich auf dem Wege geistig-sittlicher Heilung ohne ehrlichen Beistand glaubt und in der Verzweiflung nach den Männern von Blut und Eisen ruft?"

Daß die deutsche Sozialdemokratie den Anarchismus nicht aufkommen ließ, das gerade war ihr Verbrechen.

Unseren Junkern geht es, wie weiland dem dritten Napoleon, die Gesetzlichkeit tödtet sie. Bei ruhiger, friedlicher Entwickelung sind sie verloren. Und darum suchen sie dieselbe um jeden Preis zu stören. —

Die Umsturzdebatten wurden, wie unsere Genossen wissen, schon im Januar von der Vorwärts-Buchhandlung in Massenauflagen herausgegeben, und auch die Reden, die von Freund und Feind bei Gelegenheit der letzten Abschlachtung des geplanten neuen Sozialistengesetzes gehalten wurden, werden jetzt von uns in Heften herausgegeben. Welche Partei, außer der unserigen, könnte es sich erlauben, die Reden ihrer Gegner in alle Welt zu schicken und selbst bei den gegnerischen Reden noch einer agitatorischen Wirkung für die eigene Partei gewiß zu sein? Das kann sich nur die Sozialdemokratie mit ihren guten, stichhaltigen Argumenten gestatten. Auf diese merkwürdige Erscheinung machen selbst die Gegner verschiedentlich aufmerksam. So schreibt z. B. die „Zukunft" in ihrer letzten Nummer folgendes:

„Die sozialdemokratische Partei wird wieder, wie im Januar, die Reichstagsberichte in Massenausgaben vertreiben. Eine Partei, die sich gestatten darf, die Reden ihrer Gegner in hunderttausenden Exemplaren unter die Menge zu werfen, muß ihrer Sache sehr sicher sein. Leider ist diese stolze Sicherheit nicht unberechtigt, heute noch weniger als vor vier Monaten. Im Januar sprachen die Herren von Stumm, von Bennigsen und Graf Limburg-Stirum; mit ihnen konnte man rechten und es konnte sogar lohnend erscheinen, sich mit Herrn Gröber auseinanderzusetzen. Diesmal sieht man in eine Wüste: nichts, kein Gedanke, nicht einmal ein glückliches Wort. Die Rollen waren vertauscht und die Angeklagten hielten den Gerichtstag, während die Kläger verlegen schwiegen oder durch Schreien ihren Unmuth kühlten. Das angesammelte Material wurde vernichtet, die Argumente der Staatserhalter wurden mit spitzem Messer zertrennt. Das soll man nicht offen sagen; aber es ist ganz gleichgiltig, ob wir es ängstlich vertuschen, da es jedem doch, der die Berichte liest, in die Augen springt und nicht unser Urtheil, sondern der Eindruck der Massen entscheidend ist. Die werden den Inhalt des Heftes verschlingen, die werden sehen, wie ihr August Bebel den ganzen Aktenhaufen zerfetzt und zerstampft hat und wie kein einziger ihm auch nur ein einziges Wörtchen entgegnen konnte. Auch außerhalb der sozialdemokratischen Partei sollte man die Broschüre fleißig kaufen und lesen, damit man auch da noch bei Zeiten erkennt, wie die bürgerliche Gesellschaft von der Regierung und dem Parlament vertreten wird. Aus dem dichten Papiergestöber blieb kaum ein Blättchen unversehrt, die Minister rührten keinen Finger, um ihr Material zu retten, und Herr Bebel konnte, ohne auf irgend einer Seite des Hauses Widerspruch zu finden, von der Leichtfertigkeit sprechen, mit der dieses Material zusammengestellt worden sei. Ist's da ein Wunder, wenn in den Tiefen des Volkes das Mißtrauen gegen alles, was offiziell mitgetheilt wird, beständig wächst und die „Hetzer" dann bequeme Arbeit haben? Ist's ein Wunder, wenn auch in dem gebildeten Leser, der die Rede des Ministers des Innern mit der des Drechslermeisters vergleicht, der Eindruck entsteht, daß da eine neue Weltanschauung einen alten Wahn kräftig zu Boden ringt?"

Das Zentrum gegen den Staatsstreich. Zu den blödsinnigen Vorschlägen der Konservativen, zuletzt der „Schlesischen Zeitung", das allgemeine Wahlrecht dadurch aus der Welt zu schaffen, daß die betheiligten Einzelstaaten das Deutsche Reich auflösten und dann ein neues Reich ohne Wahlrecht gründeten, schreibt heute die ultramontane „Kölnische Volks-Zeitung":

Wenn bei diesen Leuten der Haß gegen den Reichstag größer ist als die Liebe zum Reich, so danken wir wenigstens für ein Reich nach ihrem Sinne. Wenn wir dergleichen über uns ergehen ließen, so verdienten wir, in unserem Wappen die mecklenburgischen Ochsen zu führen. Auch parteipolitisch haben wir alle Ursache, fest zum Reichstag zu stehen; denn dieser Ansturm richtet sich nicht nur gegen die Sozialdemokraten, sondern ebenso sehr gegen das Zentrum. Es soll im Reichstage keine Sozialdemokraten geben und das Zentrum in ihm nicht die führende Rolle spielen. Das ist der Zweck dieses ganzen Aufgebotes. Wir werden uns hüten, den Ast abzusägen, auf dem wir sitzen.

Selbstverständlich! Den Ast abzusägen, auf dem sie selber sitzen, überlassen verständige Leute hübsch der „Schlesischen Zeitung" und der übrigen staatsstreichlüsternen Sippe. —

Alte Taktik. Ein Theil der reaktionären Parteien verfolgt jetzt, nachdem der Reichstag sich in Sachen der Umsturzvorlage, untraktabel gezeigt hat, augenscheinlich die Politik der Bosheit, d. h. er sucht den Reichstag — durch Auszählungen u. s. w. — an gedeihlichem Arbeiten zu hindern und vor dem Lande bloßzustellen, damit im Falle des Staatsstreichs, der dieser vornehmen Umsturzgesellschaft doch immer als letztes Ideal der Staatsrettung vorschwebt, der Reichstag beim Volk keine Sympathien finde. Es ist das beiläufig ein uraltes Junkerspiel. Als der Staatsstreich und General-Umsturz des Jahres 1866 von den preußischen Reaktionären vorbereitet wurde, lief die ganze preußische Politik darauf hin, den Bundestag in Frankfurt (dem wir sonst gewiß nicht das Wort reden wollen) zu diskreditiren. Zu diesem Zweck hatte die preußische Diplomatie die Instruktion, in Frankfurt alle Reformen zu verhindern, damit der Bundestag als Hinderniß jedes Fortschritts erscheine. Namentlich Bismarck, der reaktionärer war, als irgend ein anderer Bevollmächtigter am Bundestag, spielte dieses Spiel mit zynischem Gusto. Und schließlich wurde der Bundestag von denselben Leuten, die ihn an Reformen verhindert hatten, angeklagt keine Reformen gemacht zu haben! Alles im Interesse des Umsturzes.

Damals war die Zerreißung und Verwüstung Deutschlands, der Bürgerkrieg das Ziel; heute ist's die Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts, der Staatsstreich. —

Das Dortmunder Reichstags-Mandat. Das Mandat des Herrn Möller ist bekanntlich von der Wahlprüfungs-Kommission für ungiltig erklärt worden. Unser Dortmunder Partei-Organ, die „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung", servirt nun dem Herrn Vertreter der patentirten Partei der bürgerlichen Ordnung den sauern Apfel der Mandatsniederlegung in Gestalt folgender Notiz:

„Jedenfalls wird das Plenum des Reichstags noch in dieser Session die endgiltige Entscheidung treffen, wenn Herr Möller es nicht vorzieht, dieser Entscheidung durch Niederlegung seines Mandats zuvorzukommen. Das Ehrgefühl müßte Herrn Möller gebieten, so zu handeln. Als die hiesigen liberalen Parteiführer

---

ihren Gatten hielt, fort. „Annchen hat die Masern, scheint mir . . . und Hansel hat nichts gegessen . . . nur ein Bissel Suppe . . . von Frau Schulze . . ."

Hansel war offenbar der Kleine, den Hartung noch nicht kannte. Sie hatten ihm geschrieben, daß sie ihren Jüngsten „nach Onkel Hans" taufen lassen wollten. Er hob das kleine Bürschchen in die Höhe, küßte es zärtlich und setzte es wieder auf den Boden, wobei er es sorgsam gegen die Kälte zu schützen suchte. Der Droschkenkutscher hatte die Laterne an einen Nagel gehängt und war hinausgegangen.

„Elsbeth!" flüsterte Hans leise, indem ein wildes, nie gekanntes, unendliches Weh seine Brust zusammenschnürte — „ich bin es ja, Elsbeth — ich, der Hans!"

Elsbeth öffnete die geisterhaft großen Augen und starrte ihn wie in jähem Schrecken an.

„Hansel! Mein Junge!" klang es schrill aus ihrer Kehle.

Sie streckte dem Bruder ihren Arm entgegen und brach in ein lautes, hysterisches Schluchzen aus, das ihren abgezehrten Körper krampfhaft schüttelte.

Hans sank neben der Unglücklichen in die Knie und schmiegte sein Gesicht an ihr bleiches Antlitz, während die Zähren ihm über die gebräunten Wangen in den Bart rannen. —

VI.

Eine Stunde später war Elsbeth sammt ihren Kindern in einem sauberen Stübchen untergebracht, das zufällig vorn im Hause leer stand und von Hans gemiethet worden war. Droschkenkutscher Schulze nebst Frau halfen, so gut sie konnten, liehen Tücher und Betten und sogar eine Bettstelle für die Kranke, während eine andere Nachbarin einen Waschkorb als Lagerstatt für den Kleinen hergab.

„Wir haben selber nich ville zu knabbern, bei die faulen Zeiten," brummte zwar Vater Schulze, doch ließ er seine Gattin, die dem stattlichen Fremden geschäftig zur Hand ging, stillschweigend gewähren. Die Nachbarinnen kamen, um zu sehen, was es gäbe, und legten nach kurzem Besinnen mit Hand an. Es war, als ob es erst eines besonderen Ereignisses, wie es Hartung's Erscheinen für diese Leute war, bedurft hätte, das natürliche Mitgefühl in ihren Herzen auszulösen. Der beständige Anblick des Elends hatte ihr Empfinden abgestumpft und sie gleichgiltig gemacht — sie, die selbst kaum das Nothwendigste hatten. Jetzt schienen sie sich auf einmal ihrer Gleichgiltigkeit zu schämen und durch verdoppelten Eifer das Versäumte gut machen zu wollen.

„Wenn's man die blos alleene wären," meinte Frau Boll, eine robuste Arbeiterfrau aus dem Nebenhause, die einen großen Topf Milchsuppe für die Kinder gekocht und einen Tisch nebst zwei wackeligen Stühlen irgendwo in der Rumpelkammer aufgetrieben hatte. „Aber jehn Se man von Haus zu Haus, hier in unsere Straßen: nichts wie Elend und Armuth! Wie das noch werden soll!"

„Ja, thut denn der Rath nichts für die armen Leute?" fragte Hans.

„Det is wie'n Droppen Wasser uf'n heeßen Ofen," versetzte die heißblütige, kräftige Frau. „Jeht in't Arbeetshaus", heeßt et immer; wat soll'n aber aus Frau und Kindern werden und aus't Familienleben? Da sind't doch unsereens noch sein bisken Glück drin, weiter hat man doch nischt hier uf Erden."

Elsbeth lag ruhig und zufrieden in ihrem Bett, ohne zu sprechen. Mit einem glücklichen Lächeln sah sie zu Hans auf, der sich in Gemeinschaft mit den Frauen da und dort zu schaffen machte. Wie ein Prinz im Märchen war er gekommen, als sie in heller Verzweiflung die letzte Hoffnung aufgegeben hatte. Sie fühlte es, wie sie durch den Umstand, daß sie einen solchen Bruder besaß, in den Augen dieser schlichten Frauen stieg. Und dieses Gefühl war mehr für sie als Arzenei, denn es gab ihr die Sicherheit, daß sie nicht mehr die verachtete Bettlerin war, die von fremden Gnadenbrocken lebte.

Ihr Blick schweifte über die Kinder hin, die seit langer Zeit wieder einmal satt waren und mit zufriedenen Gesichtern um den kleinen warmen Ofen saßen. Sie blickten bald in das lustig flackernde Feuer, bald auf den großen Onkel Hans, der sie aus dem schrecklichen, ewig finstern Loche da draußen ans Licht hervorgeholt hatte. Der Arzt war dagewesen und hatte Elsbeth Ruhe und kräftige Nahrung verordnet — „es ist nichts als Schwäche," meinte der gutmüthige alte Graubart, „infolge von Entbehrungen — hab' jetzt recht viel solche Patienten."

(Fortsetzung folgt.)

Theater.

Schauspielhaus. Wer sich zu vornehm hält für's mühselige Tagewerk und nicht Geist genug besitzt, sich als Tagesschriftsteller von Selbständigkeit zu behaupten, der wird heutzutage mit Vorliebe Bühnendichter. Weil irgend einem ausgemachten Flachkopf einmal ein ergiebiger Treffer beschieden war, so jagt eine ganze Schaar von Flachköpfen auf einmal nach dem Preis. Was bei dem Geschnatter herauskommt, läßt sich denken. So ist es möglich geworden, daß man am Sonntag im wohlunterstützten Hoftheater, im Schauspielhause eine Novität erleben durfte, wie Wendtlandt's Schauer-Spiel „Alt Berlin." Nicht dem Kunstkritiker mehr interessirt dieses höchst merkwürdige Stück. Es kann vielmehr als das markanteste Zeugniß dafür gelten, welchen Unsegen ein Fürstenwort anrichten kann, wenn es einen Grundirrthum enthält und doch von verrottetem Höflingssinn in blanke That umgesetzt wird. Seit der kunstfeindliche Spruch gefallen war, die Bühne zur Dressuranstalt für vaterländische, das ist preußisch-dynastische Anschauung zu machen, ist manche leidvolle Geschichtsklitterung an uns vorübergezogen. Aber zu solchem Ungeschmack war man doch noch nie gekommen, wie mit „Alt Berlin". Wenn ich meinen Wendtlandt nicht ganz bestimmt kennen würde, wenn ich nicht wüßte, daß dem Guten nichts ferner liegt, als kleine Teufeleien, so wäre ich versucht, anzunehmen, ein satirischer Schalk hätte eine tolle Parodie auf das wüste Lärmen der neuberlinischen Hurrah- und Radaukomödie schreiben wollen. Man denke sich Wildenbruch's Kraftmeierei ohne Wildenbruch's Können; man denke sich, diese patriotische Eisenfresserei in schrillem Lärm heftig überboten; das alles in eine Atmosphäre blutrünstiger Wuth gerückt — und man hat Wendtlandt's „Alt-Berlin". Die grausamen, höchst martervollen Vorgänge sind aus der Zeit entnommen, da das Berlinische Patriziat, der Berliner Rath, übermächtig wurde und, auf die Hansa gestützt, selbst den Hohenzollern zu trotzen wagte. Kein Verbrechen gab es, dessen die Rathsherren nicht fähig waren.

Als Irmgard, die Tochter des kurfürstlichen Burghauptmanns von Cölln, eines Tages auf dem Berliner Mühlendamm betroffen wurde, was wider das Gebot des Rathes war, so wurde sie wie eine Dirne von der damaligen Schutzmannschaft vors Gericht geschleppt. Die Kurfürstlichen nämlich hatten keinen freien Eintritt durch die Stadtthore und im Drang, ein barmherziges Werk zu thun, übersah Fräulein Irmgard das Gebot. Vor dem Gericht aber erstand dem schönen Engel ein Retter in der Noth, Herr Joachim Rieke, des tyrannischen Oberbürgermeisters einziger Sohn. Das konnte mit natürlichen Dingen nicht zugehen. Frl. Irmgard mußte Herrn Joachim zur

die Herren Bäumer, Dr. Haarmann, Täglichsbeck u. a. ihr Siegesfest gefeiert hatten, richtete einer unserer Parteifremde einen offenen Brief an Herrn Möller, worin der Erwartung Ausdruck gegeben war, daß er das durch die schlimmsten Wahlbeeinflussungen gewonnene Mandat nicht annehmen werde. Zum Schlusse hieß es: „Sollte ich mich in Ihnen getäuscht haben, sollten Sie wider Erwarten das Mandat ausüben, so werden Sie auch gestatten müssen, daß ich Sie in meiner Achtung sinken lasse.“ In einer Zuschrift an einen anderen Genossen hat Herr Möller seinerzeit erklärt, daß ihm von Wahlbeeinflussungen nichts bekannt sei. Sollten die unsererseits darüber aufgestellten Behauptungen sich als wahr erweisen, so werde er selbstverständlich das Mandat niederlegen. Unsere Behauptungen sind erwiesen, erwiesen durch eidliche Vernehmung einwandsfreier Zeugen, erwiesen durch den Beschluß der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages. **Herr Möller, Sie haben Ihr Mandat sofort niederzulegen.“**

Herr Möller scheint es aber wie sein Fraktionsgenosse Dr. Böttcher trotz alledem und alledem auf eine Abstimmung des Reichstages ankommen lassen zu wollen, die ihm sein Mandat abnehmen muß. —

Herr von und wozu Hammerstein hat eine so freche Stirn, daß er vom 1. Juli ab ein Engagement in der Redaktion der „Post“ oder der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ finden könnte. Wagt doch der Edelmann von altem Schrot und Korn den Vertretern unserer Partei im Reichstage den ebenso frechen wie leichtfertigen und abgedroschenen Vorwurf zu machen, daß sie „Verzehrer von Arbeitergroschen“ seien. Dieser Vorwurf wirkt im Munde des Hammerstein erheiternd, hat er sich doch noch nicht von den Vorwürfen reingewaschen, daß er den Pensionsfonds der „Kreuz-Zeitung“ verjuxt habe, daß er zum Schaden der „Kreuz-Zeitung“ Verträge mit einem seiner Gläubiger, einem großen Papierlieferanten, abgeschlossen habe ꝛc. Wenn ein solcher Mann die Vorkämpfer unserer Partei besudeln will, so gereicht ihnen das nicht zur Schande. —

Zur preßgesetzlichen] Verantwortlichkeit des Druckers, die in dem Falle Bading zu einem bösartigen Präzedenzfall wurde, schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

Daß der Drucker für den ihm notorisch unbekannt gebliebenen Inhalt einer Druckschrift, deren verantwortlicher Redakteur bekannt ist, verantwortlich gemacht wird; daß damit immer wieder Gerichtshöfe ihre völlige Unkenntniß des Verlagsgeschäfts, das Fehlen jeder Einsicht in die Geschäftsthätigkeit eines Betriebs, den sie aus staatserhaltenden Gründen fort und fort zu behandeln veranlaßt sind, bekunden: das eröffnet die holde Aussicht auf die unbegrenzte Anwendung des dolus eventualis (des „fahrlässigen bösen Willens“), auf die kriminelle Haftung des Setzers und Stereotypeurs, des Briefträgers und der Selterswasserjungfrau, daß jedem rechten Kriminalisten das Herz im Leibe lachen muß. Denselben Kriminalisten, deren Vertreter in den Strafkammern vor einem Jahre freisprachen und dieses Jahr verurtheilten, die im Kulturkampf für das Verbrechen der unerlaubten Beichtabnahme oder der Tröstung des Sterbenden auf viele Monate Gefängniß erkannten, um nach dem ruhmvollen Kirchenfrieden dasselbe leichte Delikt mit einigen Tagen Freiheitsstrafe zu sühnen. Nicht als ob wir annehmen wollten, daß auch der Richter dem „Zuge der Zeit“ nicht zu widerstehen vermöge, daß auch unter dem Talar politisch empfindende Herzen schlagen. Nicht als ob wir es seltsam finden sollten, daß ungestraft Blätter der Ordnung zu Gewalt und Verfassungsbruch aufrufen dürfen, während Sozialdemokraten selbst durch die Warnung vor Straßenkämpfen „eine Gährung unter den einfältigen Arbeitern“, wie der Staatsanwalt so schön sagte, hervorrufen. Es ist so, und es ist gut so. Wir sind Unterthanen, und billig überlassen wir es dem Zufall, ob die Wiederholung freigesprochener Sätze eine strafbare Handlung sein wird, ob man unwissend zu Gewaltthätigkeiten anreizen kann.

„Meine Herren, wir leben im Rechtsstaate“, sagte vor einigen Jahren Herr v. Bötticher im Reichstage. Wenn Herr Schönstedt oder Herr v. Köller es im Reichstage wiederholen sollten: wer möchte an dem Worte solcher Horte des Rechtsgefühls mäkeln? —

Handwerker-Kammern. Ein im Reichsamt des Innern ausgearbeiteter Gesetzentwurf über die Handwerker-Kammern liegt jetzt dem preußischen Staatsministerium vor. Wie der „Köln. Volks-Ztg.“ geschrieben wird, soll in den Kammern den Innungen eine der Zahl ihrer Mitglieder im Verhältniß zur Gesammtzahl der Handwerker des Bezirks entsprechende Zahl von Mitgliedern vorbehalten bleiben. Außerdem sollen die Innungsmitglieder sich an der Wahl der übrigen Kammermitglieder betheiligen. —

Die Zerreibung der Nationalliberalen soll ihren Fortgang nehmen. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Freiburg i. B.: In der gestern stattgefundenen Landesversammlung der Zentrumspartei sprach der Pfarrer Wacker bezüglich der Wahlen für ein Zusammenstehen der Linksliberalen gegen die Nationalliberalen.

Der Säbelheld Major von Schultze-Klosterfelde, der im Streite mit dem Bankbeamten Rieckhoff auf der Straßenbahn diesen mit dem Säbel verwundete, ist durch kaiserliche Bestätigung des kriegsgerichtlichen Urtheils wegen gefährlicher, unter rechtswidrigem Waffengebrauch begangener Körperverletzung zu zweimonatiger Gefängnißstrafe und Tragung der Kosten verurtheilt worden. —

Die österreichisch-ungarische Ministerkrise hat bekanntlich dadurch ihre Erledigung gefunden, daß der gemeinsame Minister des Aeußern, Graf Kalnoky, entlassen, der ungarische Ministerpräsident Baron Banffy geblieben ist. Heute kam die Sache nun, wie lange erwartet, im ungarischen Abgeordnetenhause zur Sprache, indem Banffy interpellirt wurde. Dieser beantwortete die Interpellation betr. die Agliardi-Affäre dahin, daß nach der vorhergegangenen Diskussion eine Antwort überflüssig erscheine; jedoch könne er sagen, daß das Ansehen der ungarischen Regierung keinerlei Abbruch erlitten habe. Die Opposition war über diese Antwort sehr erregt, während die Liberalen sie mit Beifall aufnahmen. Der Interpellant, Helfy, vermißte einen Aufschluß über den gegenwärtigen Stand der Agliardi-Affäre; er fragte: „Ist eine Demarche in Rom erfolgt oder nicht?“ Der Interpellant, Abg. Ugron, vermißte ebenfalls eine Auskunft über die beim Vatikan erhobene Beschwerde. Ministerpräsident Baron v. Banffy erwiderte, es liege nicht im Interesse des Landes und der fraglichen Angelegenheit, in Details derselben einzugehen. Die Majorität nahm sodann die Antwort zur Kenntniß, womit die Angelegenheit im Abgeordnetenhause erledigt ist. —

Zur Kirchenpolitik in Ungarn. Die „Budapester Korrespondenz“ meldet, die Regierung beabsichtige, die beiden von dem Magnatenhause abgeänderten kirchenpolitischen Vorlagen unverändert aufrecht zu halten. Es sei nunmehr zweifellos, daß auch die Majoriät der Magnaten die Vorlagen in ihrer ursprünglichen Fassung annehmen werden. Die Vorlagen, welche voraussichtlich von dem Abgeordnetenhause wieder angenommen werden würden, würden an das Magnatenhaus zurückgelangen, welches sich jedoch wegen der im Juni stattfindenden Delegationssitzungen, voraussichtlich erst im Herbste mit den Vorlagen beschäftigen wird. —

Volksabstimmung im Kanton Zürich. Zu der am Sonntag stattgefundenen Volksabstimmung im Kanton Zürich wurde das Gesetz über die Erbschaftssteuer mit obligatorischer Inventarisation in jedem Todesfall und Besteuerung auch des elterlichen Erbtheiles mit 31 190 gegen 21 378 Stimmen verworfen.

Bei einer Stichwahl, die am Sonntag in Thuin in Belgien stattgefunden hat, ist der Ultramontane Bailly gegen den Sozialisten Leken gewählt worden. Es konnte dies allerdings nur mit Hilfe der gesammten „Liberalen“ geschehen und selbst so siegte er nur mit einer Majorität von 5 Stimmen, indem er 22 188, unser Genosse aber 22 183 Stimmen erhielt. Trotz dieser Niederlage zeigt aber auch diese Wahl, wie der Sozialismus überall mit der bürgerlichen Gesellschaft um die Palme ringt und, wo es noch nicht geschehen, überall nahe daran ist, als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen. —

Eine Nachwahl und ihre Lehren. Aus London schreibt unser Korrespondent:

Die Wahl in Walworth hat, wie zu erwarten war, mit dem Sieg des Torykandidaten geendet, aber unerwartet groß ist dessen Mehrheit. Herr James Bailey, ein reichgewordener Restaurateur, ist Sieger über den Liberalen und den Sozialisten zusammengenommen. Letzterer erhielt von 5218 abgegebenen Stimmen 347, nicht ganz 6 pCt. Und dies in einem Wahlkreis, der wie kaum ein zweiter für die sozialistische Agitation günstig gelegen ist. Er deckt nur ein sehr kleines Areal, hat zwei Geschäftsstraßen und der Rest sind enge, verräucherte Straßen, wo Arbeiter und kleine Leute aller Art dichtgedrängt ihr Heim haben. Dabei hatte der Kandidat der Sozialdemokratischen Föderation, George Ladsbury, noch viele Chancen für sich. Er ist ein bekannter und beliebter Redner, hat sich als Armenrath sehr thätig gezeigt, und wurde außer von den Sozialisten aller Richtungen auch von namhaften Vertretern der Gewerkschaftsbewegung, sowie von etlichen Sozialreformern unterstützt. Die Agitation für ihn ließ an Energie nichts zu wünschen übrig, das ganze sozialistische London war in diesen Tagen in Walworth zu sehen, um an den Straßenecken für George Lansbury Stimmen zu werben. Und trotzdem nur 347 Stimmen. Das ist, wenn auch die größte Stimmenzahl, welche die Sozialdemokratische Föderation bisher in London erreicht hat, doch ein wenig befriedigendes Resultat. Allerdings überraschend kann es nur den Ausländern kommen, Kenner der örtlichen Verhältnisse wußten im voraus, daß an einen Sieg Lansbury's gar nicht zu denken war, wenige rechneten auf mehr als 3—400 Stimmen für ihn. London ist eben noch nicht sozialdemokratisch, und noch weniger scheint es reif zu sein für die Taktik der Sozialdemokratischen Föderation.

Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten der heutigen Situation, aber ich möchte doch bezweifeln, daß es eine kluge, der Sachlage angemessene Taktik war, die Geschosse so einseitig gegen die Liberalen zu richten, wie dies von den maßgebenden Rednern der Sozialdemokratischen Föderation — ganz zweifellos in ehrlichster Absicht — bei dieser Wahl geschah. Die Reden, die ich von ihnen gehört, unterschieden sich durchaus nicht von denen, die den Führern der Independent Labour Party den Vorwurf zugezogen haben, Agenten der Tories zu sein. Unsere hiesigen sozialistischen Freunde gehen von der Voraussetzung aus, daß sie die Geschicke der beiden großen bürgerlichen Parteien quasi in der Tasche hätten und daß somit die Hälfte ihrer Arbeit schon gethan sei, sobald es ihnen erst gelungen, die liberale Partei, die zwischen ihnen und den Arbeitern stehe, zu „vernichten“, mit den Tories würden sie alsdann im Handumdrehen fertig werden. Bei dieser Rechnung scheinen aber verschiedene Posten nicht zu stimmen, so auch der nicht, daß es vorwiegend die Liberalen sind, die dem Sozialismus bei den Arbeitern im Wege stehen. Vielleicht, ja, wahrscheinlich, daß es für die Arbeiter zutrifft, die an der Politik ernsthaft theilnehmen, aber die sind selbst nur eine Minderheit ihrer Klasse. Was aber die Masse anbetrifft — nun, so haben am Dienstag sicher bedeutend mehr Arbeiter konservativ gestimmt als liberal — von sozialistisch gar nicht zu reden, und es hieße sich sehr täuschen, wenn man annehmen wollte, sie hätten dies etwa aus Protest gegen den erkalteten Reformeifer der Liberalen, gegen die Mattherzigkeit des liberalen Kabinets gethan. Für solche Protestler war ja der sozialdemokratische Kandidat da. Die „Daily News“ mag übertreiben, wenn sie sagt, daß diejenigen Arbeiter, die von den Tories zur Wahl gebracht wurden, die Hefe ihrer Klasse bildeten, das roheste, verkommenste Element derselben; aber wahr ist, daß die Kunden der Bier- und Schnapshäuser, der Buchmacher und dergleichen, fast Mann für Mann mit den Konservativen gehen, und dieses Element ist nur zu zahlreich im Lande. Dazu kommen dann noch die Stipendiaten der von den Konservativen verwalteten Unterstützungsvereine und die nicht geringe Zahl der Jingoes, so daß die Tories, um die sich immer mehr der gesammte investirte Besitz gruppirt, auch über eine sehr stattliche Gefolgschaft von Arbeitern verfügen. Es liegt also schwerlich im Interesse des Sozialismus, ihnen noch Wähler aus der Arbeiterklasse zuzutreiben. Das aber ist nur zu oft das Resultat so einseitiger Angriffe. Trotz unendlich stärkerer Agitation haben am Dienstag Liberale und Sozialisten zusammen in Walworth nicht so viele Stimmen bekommen als 1892 der Liberale allein auf sich vereinigte.

Natürlich hat die Wahl, und die gleichzeitig in Dorsetshire erfolgte Wahl eines Konservativen mit bedeutend erhöhter Mehrheit gegen 1892, die Aktien der Tories sehr erhöht, und in der liberalen Partei arge Verstimmung hervorgerufen. Der linke Flügel der Partei erklärt den Mißerfolg durch die Lahmheit der seit über Jahresfrist beobachteten Haltung der Parteileitung, der rechte aus dem zu großen Radikalismus der Partei. Die „Daily News“ z. B. meint, der liberale Kandidat in Walworth sei im lobenswerthen Eifer, dem Sozialisten Konkurrenz zu machen, zu weit gegangen und habe dadurch viele gemäßigte Liberale veranlaßt, für den Konservativen zu stimmen. Beide Theile haben hier recht, aber das Hin- und Herziehen bringt die Partei nicht vorwärts. Es giebt für sie nur eine Rettung: die baldigste Ablösung durch die konservative Partei. Je schneller diese wieder an's Ruder kommt, um so mehr wird der Zersetzungsprozeß der liberalen Partei hinausgeschoben. Und gerade deshalb wird es mir so schwer, einzusehen, welches Interesse die Sozialdemokratie daran haben soll, die Tories vor der Zeit in Downingstreet zu sehen. —

Die Russen stänkern noch immer in Ostasien. Der unvorsichtige Eifer, mit dem das Deutsche Reich ihnen seine Dienste anbot, hat sie üppig gemacht und sie bieten jetzt alles auf, um die Situation für sich auszunutzen. Ihr Streben geht darauf hin, die Japaner einerseits zu schwächen, anderseits sie mit den Chinesen in Streit zu bringen. Vorläufig haben sie damit allerdings nichts anderes bewirkt, als die Japaner den Engländern und Amerikanern näher zu bringen. Jedenfalls aber ist die Rückkehr fester, friedlicher Zustände in die Ferne geschoben — und das hat der famose „neue Dreibund“ gethan, der, gleich dem alten, ein „Friedensbund“ sein sollte. —

Parteinachrichten.

Wahlbeeinflussungen sollten sich im Wahlkreise Eschwege nach der Behauptung des Antisemiten Liebermann v. Sonnenberg Sozialdemokraten haben zu schulden kommen lassen. Dazu schreibt man uns von dort: Wer unseren Wahlkreis nur einigermaßen kennt, weiß, daß die Beschuldigung nicht auf Wahrheit beruhen kann, sondern, gelinde gesagt, der reinste Mumpitz ist. Thatsache ist vielmehr, daß selbst in der Stadt die Mehrzahl der Arbeiter sich fürchtet, bei der Wahlbewegung mit einem bekannten Parteigenossen auch nur zu sprechen, damit sie bei ihrem sogenannten „Arbeitgeber“ nicht in den Geruch kommen, sozialdemokratisch gewählt zu haben. Noch viel weniger ist es daher möglich, sie truppweise zur Wahlurne zu ziehen. Daß auch auf dem platten Lande Wahlbeeinflussungen von unserer Seite ausgeschlossen sind, bedarf bei dem Schreckensregiment, das von unseren Gegnern dort bekanntermaßen geübt wird, gar keiner Beweisführung.

* * *

Die Zentrumspartei ist im Reichstags-Wahlkreise Aschaffenburg bei der Auswahl der Mittel, ihren Besitzstand der Sozialdemokratie gegenüber zu behaupten, nichts weniger als schüchtern. Was an unzutreffenden Behauptungen über die Ziele und das Wirken unserer Partei nur erdenklich ist, das wird in den Zentrumsversammlungen den Wählern im Brusttone der Ueberzeugung zu Gemüthe geführt. Meldet sich aber ein Sozialdemokrat zum Wort, um den Wählern reinen Wein einzuschänken, so läßt man ihn nicht reden, wie das jüngst unserem Parteigenossen Hoch aus Hanau in einer Versammlung im Dorfe Kahl am Main widerfuhr. Dort hatte der Pfarrer Gerstenberger, der Kandidat des Zentrums, über die Sozialdemokratie das ungereimteste Zeug zum besten gegeben; als aber unser Parteigenosse Hoch das Wort verlangte, da erklärte man ihm, die Diskussion sei nur vor der Rede des Kandidaten gestattet gewesen. Die das sagten, waren dazu noch Geistliche, Leute also, deren Zunge gemeinhin nicht so schwer ist, um ein Redeturnier ausfechten zu können. Wenn sie also trotzdem dem Sozialdemokraten nicht das Wort zur Erwiderung gestatteten, so kann die Ursache nur darin liegen, daß sie fürchten, selbst in einer Versammlung ihrer Wähler könnten ihre Argumente gegen den Sozialismus nicht mehr ziehen, wenn sie von einem Sozialdemokraten beleuchtet werden.

* * *

Von der Agitation. Der Parteigenosse Bebel hielt letzten Sonntag in Hamburg zwei große Volksversammlungen ab, worin er über die politische Lage referirte. Die erste Versammlung begann vormittags ½12 Uhr und endete um 1 Uhr; die zweite begann um 2 und endete kurz vor 4 Uhr. Diskussion fand nicht statt. Beide Versammlungen waren überfüllt. Viele mußten wegen Mangels an Platz wieder umkehren.

* * *

Sächsische Landtags-Kandidaturen. Für den 16. städtischen Landtags-Wahlkreis ist wieder der bisherige Landtags-Abgeordnete August Colditz als Kandidat aufgestellt; für Chemnitz-Land Reichstags-Abgeordneter Franz Hofmann aus Chemnitz; für Chemnitz-Stadt Reichstags-Abgeordneter Seifert aus Zwickau.

* * *

Noch einmal die Straßburger Wahl zum Bezirkstag. Man schreibt uns: Der Genosse Böhle hat in der letzten Sonnabend-Nummer des „Vorwärts“ die Taktik desjenigen Theils der Straßburger Genossen zu rechtfertigen versucht, der sich an der zweiten Wahl zum Bezirkstag betheiligte, obgleich offenbar war, daß die Betheiligung an dieser Wahl für uns keinen praktischen Nutzen haben und daß nur der Regierung Vortheil daraus erwachsen konnte. Böhle brauchte uns nicht auseinander zu setzen, welchen Vortheil die Betheiligung an Wahlagitationen im allgemeinen für uns hat. Dagegen hat sich niemand ausgesprochen. Auch sind wir über den Werth der Straßburger Freisinnigen nicht im Zweifel; den kennen wir so gut wie Genosse Böhle; sie unterscheiden sich in nichts von den Freisinnigen anderwärts. Aber vor die Wahl gestellt, ob ein Regierungskandidat oder ein Freisinniger gewählt werden soll, hat die gesammte Partei in Deutschland in solchen Fällen sich für das letztere entschieden. Im Elsaß liegen obendrein die Dinge so, daß jede Wahl eines Regierungskandidaten für die Aufrechterhaltung der Diktatur und des damit verknüpften Verwaltungssystems ausgenutzt wird, und so geboten die speziellen Zustände Elsaß-Lothringens erst recht, die Wahl eines Regierungs-Kandidaten zu verhindern. Könnte noch ein Zweifel darüber bestehen, wem die Taktik Böhle's und Genossen zu statten kam, so ist er in der Rechtfertigung geliefert, welche die „Straßburger Post“ — die als offiziöses Regierungsorgan angesehen wird — Böhle und Genossen zu theil werden ließ. Es ist immer unangenehm, von dem ausgesprochensten Gegner vertheidigt und gelobt zu werden. Die betreffenden Straßburger Genossen mögen in künftigen Fällen sich genauer die Konsequenzen ihres Handelns überlegen.

* * *

Ein neues Volkshaus erbauen sich die Brüsseler Parteigenossen. Das alte (La Maison du Peuple), das allen Besuchern des Brüsseler Kongresses in gutem Gedächtniß ist, hat einen ziemlich bescheidenen Umfang und genügt nicht zur Aufnahme größerer Volksmassen. Das neue Volkshaus, für dessen Bau die staatlich garantirte Sparkasse von Belgien der Cooperativ-Genossenschaft der Maison du Peuple 500 000 Franks vorgestreckt hat, wird, außer den nöthigen Wirthschafts-, Geschäfts- und sonstigen Räumlichkeiten einen Versammlungssaal für 7000 Personen enthalten, den größten in ganz Brüssel.

* * *

Liebe behext haben. Als Hexe wird das arme Ding zur Folter geschleppt und Joachim, ihr Schützer, ruft das kleine Volk, die Masse der Gedrückten, zur Empörung und wird vom eigenen Vater wegen Landfriedensbruchs zum Tode verurtheilt. Glücklicherweise erfährt der Eiserne Kurfürst Friedrich zu Brandenburg rechtzeitig noch, was sich an Grausamkeit in Berlin abspielt, und er in seiner Heldengröße, in seinem Muth, in seinem reinen Gnadensinn, dem keine menschliche Schwäche anhaftet, eilt nach Berlin, sprengt die Thore und befreit die Stadt von der Gewaltherrschaft der Geschlechter. Ihm jubelt die Jugend zu in Joachim und um Joachim's Fürstentreue zu erproben, schickt der Kurfürst Herrn Joachim selber aus, den flüchtigen Oberbürgermeister, Joachim's eigenen Vater, todt oder lebend einzufangen. Für Joachim, der den Gedanken des einigen Staates unter Hohenzollerns Leitung gegen den Stadthermitrotz seines Vaters vertheidigt, giebt es kein Besinnen. Es ehrt den Mustersohn der Auftrag des Fürsten und wirklich fängt er den flüchtigen Vater ein. Damit ist der Trotz der märkischen Städte endgiltig gebrochen und das schwarzweiße Banner weht über Berlin-Cöln.

Ueber die Schauspielerei sei kein Wort verloren. In dem Genre, wie das vorbezeichnete, siegt, wer die gewaltigste Lunge hat. Am lebhaftesten zeichnete das Publikum nur einen Mitspieler aus; das war der fromme Schimmel, auf dem der Kurfürst Friedrich ins eroberte Berlin einritt.

Literarisches.

Reichesberg, Naum, Dr. jur., Dozent für Nationalökonomie und Statistik an der Universität Bern, **Sozialismus und Anarchismus.** Bern und Leipzig 1895. Aug Siebert, 40 S. 8°.

In dem empfehlenswerthen Schriftchen, daß die Wiedergabe eines vor einem überwiegend bürgerlichen Publikum gehaltenen Vortrages bildet, wird in klarer und gemeinverständlicher Weise der Unterschied zwischen Sozialismus und Anarchismus erörtert. Die Fragen der theoretischen Nationalökonomie — Mehrwerth, Entwickelung der Profitrate — werden etwas zu flüchtig gestreift. Auch mancher derjenigen, denen die Schrift nichts neues bietet, wird an der Anlage der Arbeit Gefallen finden. Leider ist die Broschüre durch so viele Druckfehler, die hier und da sinnstörend wirken, verunziert, daß man annehmen muß, der Verfasser habe gar keine Korrektur gelesen.

—n.

Dem lieben deutschen Michel. Fürstenaussprüche. Zeitgemäße Betrachtungen über gewisse Vorkommnisse im Reiche. Eine Stimme aus Süddeutschland. Stuttgart 1895. Verlag von Robert Lutz. 2. Auflage. 32 S. kl. 8°. Preis 30 Pf.

In dieser Schrift wird vom Standpunkte der süddeutschen Volkspartei an einigen Aussprüchen des Kaisers Kritik geübt.

Amerikanische Parteipresse. In Brooklyn ist am 1. Mai die erste Nummer des skandinavischen Partei-Organs herausgegeben worden. Die Redaktion befindet sich in New-York.

* * *

Todtenliste der Partei. In New-York ist kürzlich der Parteigenosse Th. Schrader gestorben. Er war seinerzeit Bevollmächtigter des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, wirkte nach der Vereinigung zwischen Lassalleanern und Eisenachern als Vertrauensmann der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in Wandsbeck und wurde nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes ausgewiesen.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Ein Wurm, der nicht sterben kann, schreibt das „Hamburger Echo", ist der „Aufreizungs"-Prozeß gegen Paul Weinheber. Gegen diesen Parteigenossen war bekanntlich in seiner Eigenschaft als Verleger des Flugblattes zum 18. März v. J. Anklage auf grund des § 130 des Reichs-Strafgesetzbuchs erhoben worden, weil nach Ansicht der Staatsanwaltschaft in Hamburg durch den Inhalt des Flugblattes der öffentliche Friede gestört und verschiedene Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten gegen einander angereizt sein sollten. Das Hamburger Landgericht konnte in dem Flugblatt ein derartiges Delikt nicht entdecken und sprach am 25. Oktober vorigen Jahres Weinheber von der erhobenen Anklage frei. Gegen das freisprechende Urtheil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein und das Reichsgericht erachtete in seiner Sitzung vom 7. Januar d. J. diese Revision für begründet und verwies die Sache an das Landgericht Hamburg zurück. Aber trotz der Ausführungen des Reichsgerichts konnte das Landgericht auch diesmal nichts Strafbares in dem Flugblatt entdecken und sprach den Angeklagten am 27. April abermals frei. Aber die Staatsanwaltschaft kann sich noch immer nicht zufrieden geben, und so hat denn der Herr Oberstaatsanwalt Keßler sich veranlaßt gefühlt, auch gegen dieses freisprechende Urtheil Revision einzulegen.

— In Düsseldorf ist seit Januar über das Lokal „Neue Welt" der Boykott verhängt. In Aufrufen und Artikeln hat die „Niederrheinische Volkstribüne" dafür gesorgt, daß der Boykott durchgeführt wird. Die Staatsanwaltschaft hat nun befunden, daß dabei „grober Unfug" begangen worden sei und das Schöffengericht war derselben Meinung, indem es den Lokalredakteur der „Tribüne", Wessel, zu 10 M. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilte, weil durch die Boykottnotizen das Publikum belästigt worden wäre. Der mitangeklagte Vertrauensmann Huhn wurde freigesprochen.

— Wegen Beleidigung des Kohlenhändlers Schmitt in Weisenau hat der Redakteur der „Mainzer Volkszeitung", Gustav Sprenger, laut Urtheil des Schöffengerichts 40 M. Geldbuße und die Kosten der Urtheilspublikation zu tragen.

Soziale Uebersicht.

Zum Rückgang des Bauarbeiter-Einkommens. In der nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft ist die Summe der Löhne für 1894 nach der „Baugewerks-Zeitung" niedriger als für 1893. Ueberhaupt ist die Lohnsumme schon seit 1891, wo sie den höchsten Stand erreicht hatte, von Jahr zu Jahr gesunken. Sie betrug im Jahre 1891: 107 781 499 M.; im Jahre 1892: 104 761 062 M.; im Jahre 1893: 103 643 124 M.; im Jahre 1894: 97 031 584 M. Es ergiebt sich demnach ein Lohnrückgang von mehr als 6½ Millionen Mark im Jahre 1894 allein gegen das Jahr 1893, welche Summe fast ganz auf Berlin kommt.

Gewerkschaftliches.

Die Arbeiter der Kammgarnspinnerei in Karlsruhe, annähernd 500 Mann, sind in den Streik eingetreten. Alle Textilarbeiter werden ersucht, den Zuzug von Karlsruhe fernzuhalten.

Aus Osterwieck wird uns über den Streik in der Lederfärberei von C. Knabe geschrieben, daß die Zahl der Ausständigen ungefähr 110 Mann beträgt, während etwa 40—50 weiter arbeiten. Unterstützung der Ausständigen ist dringend nöthig, weshalb die Ausständigen nicht nur an die Berufsgenossen, sondern an alle Arbeiter die Bitte richten, sie nicht nur durch strenge Fernhaltung des Zuzugs, sondern auch durch finanzielle Hilfeleistung in ihrem Kampfe so zu fördern, daß sie den Sieg erlangen.

Die Mainzer Dachdeckergehilfen haben ihren Meistern ein Zirkular zugesandt, worin unter Beziehung auf die ständige Arbeitslosigkeit im Winter, sowie in Hinsicht auf die theueren Lebensverhältnisse und die gedrückten Löhne folgende Forderungen gestellt worden: 1. Eine allgemeine Lohnerhöhung von 30 pCt.; 2. Abschaffung aller Akkordarbeiten und Ueberstunden; Ueberstunden, die unbedingt nothwendig sind, sollen mit je 10 Pf. pro Stunde erhöht werden; 3. Einführung einer Mittagspause von 1½ Stunden, jedoch unter Beibehaltung der gegenwärtigen Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Das Zirkular ist von sämmtlichen Mainzer Dachdeckergehilfen gutgeheißen.

Die Bergarbeiter-Konferenz in Pilsen hat beschlossen, die Ablehnung der Forderung der Achtstundenschicht durch die Grubenbarone zunächst nicht mit dem Streik zu beantworten, sondern einen Zeitpunkt abzuwarten, der mehr Erfolg verspricht. Die Konferenz hat auch die Mißhelligkeiten beigelegt, die auf dem Wiener Bergarbeitertage zwischen den czechischen und den übrigen Delegirten ausgebrochen waren.

In Budapest sind, wie uns telegraphisch gemeldet wird, 800 Spengler und Installateure in den Streik eingetreten. Die Aussichten auf den Sieg sind gut, wenn, wie die Ausständigen bitten, der Zuzug streng ferngehalten wird.

Der Uhrenarbeiter-Ausstand in der Schweiz war durch Vermittelung der Solothurner Regierung auf grund folgender Bedingungen beendigt worden: Aufhebung des Streiks in der Kummer'schen Uhrenfabrik in Bettbach, mit dem Vorbehalt der Arbeiter, die statutarische Buße von den zwei Streikbrecherinnen auf dem Rechtswege einzutreiben; Aufhebung der Aussperrung durch das Fabrikantenkartell in Grenchen; Festsetzung der Zahl der wiedereinzustellenden Arbeitskräfte in den einzelnen Fabriken durch die Fabrikanten (die Arbeiter hatten die Wiedereinstellung aller Arbeiter gefordert und die Reduktion der Arbeitszeit, falls nicht genügende Beschäftigung vorhanden sei); die Mitgliedschaft beim Uhrenarbeiter-Verband darf weder Grund zur Entlassung noch zur Nichtwiederaufnahme der Arbeiter sein, aber ebensowenig die Bedingung zur Anstellung (die Arbeiter forderten, daß die Nichtzugehörigkeit zur Arbeiterorganisation nicht zur Bedingung der Einstellung gemacht werden dürfe); bei Nichteinstellung aller ausgesperrten Arbeiter darf der betreffende Fabrikant innerhalb der nächsten 6 Monate keinen neuen Arbeiter einstellen, auch darf in keiner Fabrik über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus gearbeitet werden; jede Tarifänderung muß den Arbeitern durch die Fabrikanten wenigstens acht Tage vor dem Beginn der letzten vierzehntägigen Kündigungsfrist zur Kenntniß gebracht werden; Streitigkeiten wegen der Wiedereinstellungs-Bedingungen werden durch ein fünfgliedriges Schiedsgericht geschlichtet, wovon je zwei Mitglieder die Arbeiter und die Unternehmer und das fünfte, den Vorsitzenden, die Regierung wählt; Verpflichtung des Fabrikantenkartells, dafür zu sorgen, daß in den Uhrenfabriken das eidgenössische Fabrikgesetz genau durchgeführt werde, und endlich Wegfall aller etwaigen Rechtsansprüche, die ihren Ursprung in der letzten Streikbewegung und Aussperrung hatten. — Die Arbeiter haben demnach die in Bettlach gestellte Forderung, daß der Fabrikant Kummer für die Zahlung der den beiden Streikbrecherinnen auferlegten statutarischen Buße hafte, nicht durchsetzen können; dagegen hatten sie die Anerkennung des Uhrenarbeiter-Verbandes durch die Fabrikanten erreicht. Am 15. Mai sollte nun in allen Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen werden. Der Fabrikant Schild in Grenchen öffnete aber seine Fabrik nicht, im Gegentheil zeigte er den Remonteurs eine 12—15 prozentige Lohnreduktion an! Ferner sucht man in fast allen Fabriken die Arbeiter zum Austritt aus dem Uhrenarbeiter-Verband zu zwingen; in Langendorf hat der Fabrikant Familienväter mit 5—6 Kindern, sogar Wittwen mit 7—8 Kindern, die zwanzig und mehr Jahre in der dortigen Fabrik gearbeitet haben, nicht wieder aufgenommen. Die auf diese Weise so schmählich betrogenen Arbeiter haben nun die Intervention der Solothurner Regierung angerufen.

Der schweizerische Typographenbund hatte Ende des vorigen Jahres 1328 Mitglieder gegen 1288 am Schlusse des Jahres 1893. An Reise-Unterstützung zahlte er im verflossenen Jahre 5691 Franks (1893: 4841 Franks), mit den anderen Unterstützungen (für Krankheit ꝛc.) insgesammt 49 549 Franks. An den Pfingstfeiertagen hält er in Basel seine Delegirtenversammlung ab.

Der schweizerische Metallarbeiter-Verband hält seine diesjährige Delegirtenversammlung zu Pfingsten in Luzern ab. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem: Bericht des internationalen Informationsbureaus, Regelung der Wanderunterstützung, Arbeitsnachweis, obligatorische Berufsgenossenschaften, Abschaffung der Akkordarbeit, Petition für staatliche Arbeitsvergebung, Stellung zur sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

In Amsterdam stehen die Möbelschreiner, die Bauhandwerker und die Steinhauer im Streik. Eine von 40 Gewerkschaften einberufene und von Tausenden besuchte Versammlung beschäftigte sich nun mit der Frage, was zu thun sei, um die Streiks, die nicht sonderlich gut stehen, zu einem günstigen Ende zu führen. Als das Mittel hierzu war ein Ausstand aller Arbeiter Amsterdams, also der wirkliche Generalstreik aufs Tapet gebracht. In der Erkenntniß aber, daß für dieses bedenkliche Mittel die Arbeiterschaft vorläufig noch nicht reif ist, begnügte sich die Versammlung mit der Annahme einer Resolution, worin gesagt ist, daß man auf die organisirten Arbeiter dahin einwirken soll, daß der Generalstreik „sobald wie möglich", proklamirt werden kann. Es ist kaum nöthig zu bemerken, daß in der Versammlung Domela Nieuwenhuis, der Führer der holländischen „Unabhängigen", den Generalstreik, in dem er „die Revolution" sah, beredsam feierte. Hoffentlich sind die holländischen Arbeiter gescheidter als er. Von weiteren Streiks in Holland wird gemeldet, daß der Ausstand der Weber in Enschede, der der Zigarrenarbeiter in Boksmeer, der der Torfarbeiter in einzelnen Dörfern noch fortdauert, daß dagegen die Zimmerleute in Haarlem die Arbeit wieder aufgenommen haben, ohne daß sie die geforderte Lohnerhöhung bewilligt bekommen hätten.

Versammlungen.

Die Protestversammlung gegen die Beschlüsse der Branntweinsteuer-Kommission hatte eine erhebliche Anzahl von Vertretern der Spiritusindustrie und verwandten Branchen zusammengeführt. Aus Köln, Bremen, Mannheim, Posen und Heilbronn waren zustimmende Erklärungen eingelaufen. Der Vertreter der Berliner Firma Schlohmann, Herr Phillipp, referirte: Der Preis des Spiritus ist jetzt schon seit der Kommissionsberathung ganz wesentlich gestiegen. „Die Ausschreitungen der Börse", die von agrarischer Seite angeblich so entschieden bekämpft werden, erfahren durch die Beschlüsse der Kommission entschiedene Förderung. Der Artikel II in der Kommissionsfassung, wonach der Bundesrath ermächtigt werden soll ... „die Vergütung der Maischbottich-, Material- und Brennsteuer schon dann zu gewähren, wenn Branntwein mit der Bestimmung zur späteren Ausfuhr zu einem steuerfreien Lager abgefertigt wird. Der Branntwein nimmt durch die bezeichnete Abfertigung die Eigenschaft einer ausländischen Waare an —" begünstige nur die Preistreiberei; von den Konsumenten können dadurch enorme Preise erzwungen werden. Vortheile erlangen nur die schon ohnehin begünstigten Kartoffelbrenner und die Börsenspekulanten. An der Debatte betheiligte sich Stadtv. Schulz und der Abg. Fischbeck-Bielefeld. Reichstags-Abgeordneter Zubeil rügte es, daß die Interessenten erst in letzter Stunde die Agitation gegen die Novelle inszenirt haben. Die Konsumenten haben noch größeren Schaden durch die kritisirte Bestimmung, da die Produzenten den Verlust auf deren Schultern abwälzen. Der Protest würde kaum helfen, da die konservativ-ultramontane Mehrheit jetzt nicht mehr erschüttert werden kann. Warum haben die Interessenten der Branntweinbranche nicht so opponirt wie seinerzeit die Tabaksinteressenten? Der Redner hält das Monopol für nahe bevorstehend. Gegen den Vorwurf Zubeil's, daß die Zeit verpaßt sei, bemerkt Schulz, daß nur die von der Kommission gegebene Fassung den scharfen Protest herausgefordert habe; der ursprünglichen Vorlage gegenüber habe man den Widerstand von vornherein aufgegeben.

Die nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme.

Die heutige große Versammlung von Interessenten des Branntwein-Gewerbes protestirt gegen die durch Kommissions-Beschlüsse noch verschärfte Branntweinsteuer-Novelle wegen der damit in Aussicht genommenen neuen Belastung des Gewerbes sowohl, wie der Konsumenten! Die Steuervorlage beabsichtigt wiederum eine Preiserhöhung des Spiritus für Genuß- und technische Zwecke. Sie ermöglicht durch Beschränkung der Produktion und erleichterte Einsperrung der Rohwaare Ringbildungen und unabsehbare Preistreibereien zu gunsten einzelner Spekulanten. Sie bildet eine permanente Gefahr und Beunruhigung für das reelle Geschäft! Bei der ohnehin schwierigen Lage desselben wird der hohe Reichstag dringend ersucht, „die Branntweinsteuer-Novelle abzulehnen".

Die Filiale „Berlin Nord" der Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen hielt am 12. d. M. eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Sassenbach über: „Die heilige Inquisition" sprach. Da dieser Vortrag ein lebhaftes Interesse erweckte, wurde der Referent beauftragt, in einer späteren Versammlung dieses Thema noch einmal zu behandeln. Als Delegirter zur Generalversammlung nach Hamburg wurde Kollege Förster, als Stellvertreter Kollege Kronhagel gewählt. Auf eine Anfrage des Hauptvorstandes über die Stellung zur Generalkommission erklärte sich die Versammlung für die fernere Beitragsleistung.

Der Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer hielt am 15. Mai eine Versammlung ab. Zunächst verliest der Kassirer Topf den Kassenbericht vom 1. Quartal 1895. Danach betragen die Einnahmen mit einem vorhandenen Bestand vom voraufgegangenen Quartal 2587,50 M., die Ausgaben 1382,76 M.; mithin Bestand 1204,74 M. Hierauf wurde die Wahl eines Beisitzers vollzogen, mit welchem Amt das Mitglied Mehls betraut wurde.

Von dem Mitgliede Malzer wird des näheren mitgetheilt, weshalb die Arbeiter auf dem Bau des Herrn Ohlemann die Arbeit niedergelegt haben. Wie ferner bekannt gegeben wurde, soll der Töpfermeister Fritsche nach den gesperrten Bauten Arbeitskräfte vermitteln. Den Schluß der Versammlung bildet ein recht beifällig aufgenommenes Referat des Genossen Hoffmann.

Die Dekateure hörten in ihrer am 19. d. M. abgehaltenen öffentlichen Versammlung einen Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Robert Schmidt, in welchem derselbe in anschaulicher Weise den Zweck und den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation erläuterte. Den Unterschied der heutigen modernen Arbeiterorganisationen von den mittelalterlichen kraftvollen Gesellenorganisationen, wie auch von den verwässerten Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinen vor Augen führend bezeichnete der Vortragende als die Zwecke der ersteren: Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Befriedigung des Bildungsbedürfnisses der Arbeiter und Pflegung des unter Umständen nothwendigen Unterstützungswesens. Wenn auch Redner die Schwierigkeiten nicht verkannte, die sich durch die Entwickelung der Produktionsverhältnisse der Erreichung des erstgenannten Zweckes immer mehr entgegenstellen, so war er doch der Meinung, daß man nicht muthlos die Flinte ins Korn werfen dürfe und daß es ohne Vorhandensein gewerkschaftlicher Organisationen um die Arbeiter noch weit schlechter bestellt sein würde, als es jetzt der Fall ist. Hand in Hand mit der Verbesserung der Lage der Arbeiter in materieller Hinsicht gehe die Forderung einer angemessenen Verkürzung der Arbeitszeit, welche beiden Nothwendigkeiten der Vortragende in eingehender Weise begründete. Auch die beiden letzten der eingangs erwähnten Zwecke erläuterte Redner in kurzen Zügen und forderte er die Dekateure auf, auch in ihren Reihen den Indifferentismus zu bekämpfen und mit Nachdruck für die Organisation trotz aller Anfeindungen einzutreten. Dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion, in welcher besonders betont wurde, daß nicht in der Harmonie mit den Unternehmern, sondern in der eigenen Kraft die Arbeiter ihr Heil zu suchen hätten, wie die letzten Vorgänge in der Branche, die durchgeführte Verkürzung der Arbeitszeit, hinlänglich bewiesen haben. Ohne Organisation wäre dieselbe nicht erreicht worden. Im weiteren wählte die Versammlung eine Rechtsschutzkommission, bestehend aus den Kollegen Braun, Barschack und Lukoschek.

Die Brauer hielten am Sonntag Nachmittag im Wilke'schen Lokal eine Versammlung ab, in der die Wahl zur neuen Agitationskommission ihre Erledigung fand. Beim Eintritt in die Tagesordnung erstattete Steiner Bericht über die stattgefundene Revision; es ist alles in Ordnung befunden. Der Kassenbestand beträgt gegenwärtig 224,39 M. Einstimmig wurde die Decharge ausgesprochen. — Wiedemann unterbreitete den Anwesenden den Vorschlag, die Kommission statt aus 7 aus 9 Personen zu bilden. Die Böttcher haben die Absicht geäußert, sich gleichfalls vertreten zu lassen; jede Kategorie (Brauer, Hilfsarbeiter und Böttcher) würde dann drei Personen in die Kommission entsenden. Mit großer Mehrheit stimmte die Versammlung schließlich dem zu. Ein weiterer Antrag Träger verpflichtet die Agitationskommission, nach Jahresfrist Abrechnung zu leisten und die Neuwahl vorzubereiten. Gewählt wurden als Delegirte der Brauer: Eiermann, Träger und Steiner. Um die Mitglieder der Kommission möglichst gegen Zufälligkeiten sicher zu stellen, wurde auf Antrag Kliemann die Bestimmung getroffen, daß dieselben das Vorrecht bei der Einstellung auf den ringfreien Brauereien genießen.

Der folgende Punkt betraf die Regelung des Arbeitsnachweises. Von Richter wurde der folgende Antrag vorgelegt: Der Arbeitsnachweis bei den ringfreien Brauereien ist so zu gestalten, daß 1. diejenigen in Arbeit kommen, welche noch vor dem 16. Mai (94) vorhanden sind; 2. die Personen, welche auf der alten Arbeitsnachweisliste verzeichnet sind; 3. die durch die schwarze Liste Geächteten, die auf den Ringbrauereien keine Beschäftigung finden; 4. solche, welche von den Ringbrauereien permanent abgelehnt werden; 5. die nach dem 16. Mai Ausgesperrten der Reihe nach. In der Diskussion kehrten die Klagen wieder über die rigorose Handhabung des Nachweises bei den vereinigten Brauereien. Man verfährt, so äußerten mehrere Redner, nach dem Modus der schwarzen Liste, die noch in Kraft ist, obgleich man deren Weiterführung offiziell bestritten hat. Von der Brauerei Stralau sollen 13 Personen — viel mehr als die zulässige Zahl — mit Umgehung des Arbeitsnachweises eingestellt sein. Allgemein wurde dafür plädirt, daß in jedem Falle der Ablehnung durch eine Brauerei der davon betroffene Arbeiter den Entscheid des Kuratoriums anrufen soll.

Der Antrag Richter gelangte zur Annahme, nachdem ein Zusatzantrag hinzugefügt war, wonach bei den unter Absatz 4 genannten Personen die Agitationskommission in jedem einzelnen Falle über die Gewährung des Vorzugsrechtes beschließen soll; der zurückgewiesene Arbeiter hat sich zunächst an das Kuratorium zu wenden. Nach kurzer Diskussion wurde auch ein Antrag Gandorfer angenommen, der ausspricht, daß denen die Vorrechte im Arbeitsnachweis der ringfreien Brauereien und die Unterstützungen entzogen werden, welche ihren Pflichten gegenüber dem Nachweis der Ringbrauereien nicht gerecht werden. Eiermann ermahnte, die Sammellisten den in Arbeit befindlichen Kollegen zu unterbreiten. Vielfache Klagen gehen dahin, daß in manchen Brauereien die gedruckten Einladungen zu den Versammlungen von den Wänden gerissen werden; man will deshalb die Agitation künftig durch Handzettel mehr als bisher betreiben.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Wien, 20. Mai. Abgeordnetenhaus. Am Schluß der Sitzung stellte Abgeordneter Schlesinger (Antisemit) einen dringlichen Antrag betreffend die Verbilligung des Petroleums durch Aufhebung der Verbrauchssteuer und Verstaatlichung der Mineralölgewinnung. Während seiner Rede wurde Schlesinger wegen Schmähung des Hauses Rothschild zur Ordnung gerufen. Abg. Süß (liberal) bekämpfte die Dringlichkeit. Der Antrag auf Dringlichkeit wurde abgelehnt.

Budapest, 20. Mai. Wie der „Budapesti Hirlap" meldet, ist Szeles, welcher das Attentat gegen das Hentzi-Monument verübt hatte, auf französischem Boden bei Annemasse verhaftet worden.

Prag, 20. Mai. In der ethnographischen Ausstellung stimmten gestern Abend 80 bis 100 Burschen Nationallieder mit theilweise verbotenem Texte an. Trotz des Verbots des Polizeikommissars setzten sie den Gesang fort. Das Publikum nahm gegen die Ausschreitenden Stellung. Vier derselben wurden verhaftet und nach Feststellung ihrer Person wieder freigelassen.

Agram, 20. Mai. In der Nacht vom 17. zum 18. d. M. durchbrach die Save einen Damm bei Belesevec, südöstlich von Agramm. 50 000 Joch Saaten sind vernichtet. Das Elend ist groß.

Paris, 20. Mai. Deputirtenkammer. Gerault Richard (Sozialist) beantragt Aufhebung der infolge der anarchistischen Attentate im Jahre 1893 und 1894 genehmigten Gesetze und verlangt die Dringlichkeit, denn diese Gesetze seien gegen die wahren Republikaner gerichtet. Der Justizminister Trarieux bekämpft die Dringlichkeit und weist nach, daß die betreffenden Gesetze keinen Mißbrauch herbeigeführt hätten, sie seien einfach Gesetze, die zum Schutze der Bürger gegeben seien, hierauf wird die Dringlichkeit mit großer Majorität abgelehnt.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung interpellirte Rabier (radikal) über die klerikale Propaganda in der Armee und griff besonders den Kommandeur des 5. Armeekorps an, der seine Mannschaften veranlaßt habe, religiösen Zeremonien beizuwohnen. Kriegsminister General Zurlinden antwortete, die von dem Redner angeführten Thatsachen wären übertrieben. Die Soldaten des 5. Armeekorps hätten an religiösen Feierlichkeiten theilgenommen, die Feierlichkeiten hätten aber zu Ehren der Jungfrau von Orleans stattgefunden. Der Kriegsminister lobte am Schlusse seiner Rede den Patriotismus der Armee. (Beifall.)

Washington, 20. Mai. Der Oberste Gerichtshof erklärte das ganze Einkommensteuer-Gesetz für verfassungswidrig.

Verantwortlicher Redakteur: J. Dierl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2. Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 117. Dienstag, den 21. Mai 1895. 12. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

96. Sitzung vom 20. Mai 1895, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Nieberding, Kayser, Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Bestrafung des Sklavenraubes und des Sklavenhandels.

Abg. **Rimpau** (natl.) hält es nicht für nothwendig, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen; Redner meint, daß eine strengere Bestrafung des Sklavenraubes, wie sie die Vorlage enthält, nothwendig sei.

Abg. **Gröber** (Z.): Das Bedenkliche der Vorlage liegt im § 5, nach welchem auch die außerhalb des deutschen Schutzgebietes begangenen Thaten betroffen werden sollen, denn die Sklavenjagden finden ja meist außerhalb des Schutzgebietes statt. Die Verordnung darüber soll vom Kaiser allein erlassen werden; es müßte wegen der schweren Strafen aber der Bundesrath mitwirken. Redner kündigt einige Aenderungen für die zweite Lesung an, namentlich wünscht er die Einführung recht hoher Geldstrafen, wie sie in den Kolonien anderer Staaten bereits bestehen. Ferner sollte nicht blos der Veranstalter solcher Sklavenjagden bestraft werden, sondern auch diejenigen, welche das Geld dazu hergeben.

Abg. Graf **Bernstorff**-Lauenburg (Rp.): Die Beseitigung der Sklaverei mit einem Schlage ist nicht möglich, weil dadurch zu viele Interessen geschädigt würden und die Sklaven selbst vielleicht in Ungelegenheiten kämen. Aber ein Zeitpunkt für den Wegfall der Sklaverei wird baldigst festgestellt werden müssen. Hoffentlich macht die Regierung bald eine Vorlage. Redner bemängelt, daß nur der Sklavenhandel, aber nicht der Sklavenkauf bestraft werden solle.

Direktor der Kolonialabtheilung **Kayser**: 1893 hat der Reichstag eine Resolution angenommen, in welcher ein Strafgesetz gegen Sklavenraub und Sklavenhandel gefordert wurde. Auf grund einer vom vorigen Reichskanzler angeordneten Enquete und nach Befragung des Kolonialraths ist die Vorlage gemacht worden; die Untersuchungen haben ergeben, daß die soziale Frage der Sklaverei nicht auf einmal gelöst werden kann, daß sie schrittweise vorbereitet und durchgeführt werden muß. Ein Verbot des Sklavenkaufs sei nicht nothwendig für die Deutschen in den Schutzgebieten, da diesen das Sklavenhalten und Sklavenkaufen durch das Strafgesetzbuch verboten sei. Gegen die Anträge des Herrn Gröber hat Redner persönlich nichts einzuwenden.

Abg. **von Buchka** (k.) begrüßt die Vorlage namens seiner Freunde mit großer Befriedigung.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Deutschland tritt durch die Vorlage in die Reihe der zivilisirten Staaten, welche ein Gesetz gegen Sklavenraub und Sklavenhandel haben, aber an den thatsächlichen Verhältnissen wird dadurch wohl kaum etwas geändert, denn die Sklavenhändler werden sagen, was sie treiben, sei nicht Sklavenhandel, sondern Arbeitsvermittelung. Vom Sklavenhalten ist in der Vorlage nicht die Rede; die losgekauften Sklaven, welche nachher ihr Kaufgeld abverdienen müssen, die Pfandweiber in Kamerun sind doch keine freien Arbeiter; sie sind Sklaven, die für europäische Rechnung ausgebeutet werden. Die Vorlage gehe nicht weit genug. Alle anderen Kolonialstaaten haben schärfere Strafbestimmungen. Aber freilich, in diesem Gesetz könnte sich einmal ein Kapitalist verfangen. Deshalb ist man sehr vorsichtig. Redner beantragt Kommissionsberathung.

Direktor der Kolonialabtheilung **Kayser**: Die Frage, ob Sklavenhandel oder ein Arbeitervertrag vorliegt, ist eine rein thatsächliche, die nur durch den Richter gelöst werden kann. Daß andere Staaten in ihren Strafbestimmungen weiter gehen als Deutschland, ist nicht richtig.

Die Verweisung der Vorlage an eine Kommission wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Für die zweite Lesung sind mehrere Aenderungsanträge eingebracht. Nach der Vorlage soll „die Theilnahme“ an einem Sklavenraub bestraft werden; Abg. Gröber (Z.) will nur „die vorsätzliche Mitwirkung“ bestrafen.

Die Abgg. Stadthagen (Soz.) und Genossen beantragen, die gegen die Veranstalter und Anführer in Aussicht genommene Todesstrafe zu beseitigen, einmal aus prinzipieller Abneigung gegen dieselbe, dann aber auch, weil eine so strenge Strafe hindern würde, daß Anklagen erhoben werden. Man habe es ja erlebt, wie milde die von Beamten in den Kolonien begangenen bestialischen Rohheiten beurtheilt sind.

Direktor **Kayser** tritt für die Todesstrafe ein.

Abg. **Gröber** (Z.) hält es für nicht recht verständlich, den Veranstaltern von Raubzügen gegenüber die Todesstrafe nicht anzuwenden; er empfiehlt seinen Antrag, den der Staatssekretär **Nieberding** für nicht nothwendig hält.

Der Antrag Stadthagen wird abgelehnt, der Antrag Gröber angenommen.

Nach § 2 soll mit Zuchthaus bestraft werden, wer Sklavenhandel treibt oder bei der diesem Handel dienenden Beförderung von Sklaven vorsätzlich mitwirkt.

Abg. **Stadthagen** (Soz.) meint, daß hier diejenigen, welche den Sklavenhandel bekämpfen, zeigen können, ob es ihnen ernst damit ist; wer Scham hat, sollte endlich dieser Hausklaverei ein Ende machen und nicht durch die Annahme der Vorlage die Haltung derselben sanktioniren und die Heuchelei begünstigen. (Präs. v. Buol ruft den Redner wegen dieses Ausdruckes zur Ordnung.) Redner beantragt zu bestrafen, „wer einen Menschen besitzt oder durch ein Rechtsgeschäft erwirbt oder veräußert hat.“

Abg. **v. Buchka** (k.) hält die sofortige Beseitigung der Hausklaverei für unmöglich.

Abg. **Gröber** (Z.) beantragt folgende Resolution: „Die verbündeten Regierungen um Einbringung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, welcher die in den deutschen Schutzgebieten unter den Eingeborenen bestehende Hausklaverei und Schuldknechtschaft einer ihre Beseitigung vorbereitenden Regelung unterwirft.“ Die plötzliche gewaltsame Aufhebung der Hausklaverei sei mit dem Kulturzustande der dortigen Völkerschaften nicht vereinbar; die Menschen müßten erst dazu vorbereitet werden, ehe man zu diesem schließlichen Ergebnisse kommen könne. Die deutschen Behörden haben niemals dazu mitgewirkt, die bestehende Sklaverei durch amtliche Akte anzuerkennen. Wenn einmal der sozialdemokratische Zukunftsstaat eingeführt sein wird, dann werden die Menschen Sklaven sein, aber nicht eines Einzelnen, sondern des Staates. Ob man dann von Sklaverei sprechen wird oder nicht, ist ziemlich gleichgiltig. Die Rechtsgewohnheiten der Schuldknechtschaft und der Sklaverei bestehen; es muß aber darauf hingewirkt werden, daß sie allmählich in Wegfall kommen. Rechte und Pflichten des Eigenthümers müssen festgelegt und die Möglichkeit geschaffen werden, daß der Sklave sich selbst freikaufen kann. Mehr zu fordern würde nur dekoratives Beiwerk der Gesetzgebung sein.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): 1891 wurde eine Resolution wie die des Herrn Gröber abgelehnt, die Kommission war damals der Meinung, daß am 1. Oktober 1895 die Sklaverei aufgehoben sein müsse. Sollte vom 20. Mai bis 1. Oktober nicht etwas durchgeführt werden können, was 1891 alle Parteien für durchführbar hielten. Auf die Resolution legt die Regierung kein Gewicht. Wenn Sie einen entscheidenden Schritt thun wollen, müssen Sie eine Bestimmung in das Gesetz aufnehmen. Unter dem Zukunftsstaat hat Herr Gröber wohl den durch die Umsturzvorlage zu schaffenden klerikalen Zukunftsstaat verstanden, der allerdings eine noch größere Sklaverei herbeiführen würde, als sie jetzt schon herrscht. (Widerspruch im Zentrum.) Wenn die Hausklaverei beseitigt werden soll, muß Herr Gröber seine Resolution auch auf Deutschland ausdehnen; denn es besteht bei uns durch die Gesinde-Ordnung eine Hausklaverei — (Präsident **v. Buol** ruft den Redner zur Sache). Von katholischer Seite hat man längst die Aufhebung der Sklaverei verlangt und sie auch für ausführbar gehalten. Das schrittweise Vorgehen, wie die mecklenburgische Verfassung eingeführt werden soll, möchte ich Ihnen nicht empfehlen; wenn etwas für richtig gehalten wird, muß es sofort durchgeführt werden.

Abg. **v. Buchka** (k.) versteht nicht, was die mecklenburgische Verfassung mit dieser Vorlage zu thun habe. (Heiterkeit.)

§ 2 wird unter Ablehnung des Antrages Stadthagen unverändert angenommen.

Nach § 3 der Vorlage kann in den Fällen dieses Gesetzes neben der Freiheitsstrafe auf Polizei-Aufsicht erkannt werden.

Abg. **Stadthagen** (Soz.) will auch den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Geldstrafe bis 100 000 M. zulassen; die Einziehung der gebrauchten Gegenstände soll immer erfolgen.

Abg. **Gröber** (Z.) will neben der Freiheitsstrafe auch Geldstrafen von 10 000—100 000 M. zulassen.

Abg. **Stadthagen** (Soz.) hält es für bedenklich, ein so hohes Minimum der Strafe festzusetzen, weil dadurch leicht Anklagen zurückgehalten werden. Die Möglichkeit, daß einem am Sklavenhandel Betheiligten sein Schiff belassen werden kann, sei eine zu zarte Rücksichtnahme auf die an Menschenfleischhandel Betheiligten, z. B. auf Herrn Wörmann, der in Dahomey am Sklaventransport betheiligt war.

Staatssekretär **Nieberding**: Auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte kann der Richter bereits auf grund des Straf-Gesetzbuches erkennen. Grundsätzliche Bedenken gegen die Einführung einer Geldstrafe bestehen nicht, aber bedenklich ist, daß der Richter auf Geldstrafe erkennen muß neben der Freiheitsstrafe. Da, wo der Bestrafte nichts besitzt, muß die Geldstrafe in Freiheitsstrafe umgewandelt werden; die Zusatzstrafe ist aber dann verhältnißmäßig sehr hoch. Soll die Geldstrafe eingeführt werden, so muß die Fassung dahin gehen, daß der Richter nicht gezwungen ist, neben der Freiheitsstrafe auf Geld zu erkennen.

Direktor im Kolonialamt **Kayser** bestreitet, daß Wörmann sich an strafbaren Dingen betheiligt habe. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Firma Wörmann nicht der leiseste Schatten eines Verdachts trifft. Die Rhedereien unserer norddeutschen Häfen können nicht verantwortlich gemacht werden für die Verträge, welche die Schiffsführer an der westafrikanischen Küste völlig selbständig abschließen.

Abg. **Meyer**-Halle (frs. Vg.) hält ein richtiges Strafmaß für das beste Mittel, um die Straftaten zu hindern. Ein solcher Raubzug auf Sklaven ist nicht möglich, ohne daß ein reicher Mann dahinter steckt. Wird diesem das Unternehmen verleidet, dann haben wir uns um seine Komplizen nicht mehr viel zu bekümmern. Daß die Umwandlung der hohen Geldstrafen in Gefängnißstrafen zu hohen Gefängnißstrafen führt, schreckt mich gegenüber diesen Strafthaten nicht ab. Es seien manche richterliche Urtheile der letzten Zeit namentlich in bezug auf die Höhe der Strafe einer berechtigten Kritik unterzogen worden. Im Interesse der Ehre des deutschen Namens sollte man eine nachdrückliche Bestrafung eintreten lassen.

Abg. **Gröber** (Z.) freut sich, daß der Vorredner seinem Antrage zugestimmt und empfiehlt mit Rücksicht auf die Bedenken des Staatssekretärs die Minimalstrafe in seinem Antrage zu streichen.

Staatssekretär **Nieberding** räth dringend die Annahme des letzteren Vorschlages an, wenn man dem Entwurf nicht ernste Hindernisse bereiten wolle. Redner bestreitet, daß richterliche Urtheile mit recht einer abfälligen Kritik unterzogen seien; sie seien besser geworden und abfällige Kritiken seien nur ganz unberechtigterweise in der Presse vorgekommen.

Abg. **Stadthagen**: Ich habe nur angenommen, daß es sich um eine Rücksichtnahme auf Herrn Wörmann handelte; die Vertheidigung des Herrn Direktor Kayser hat die Sicherheit geschaffen, daß es nur diese Rücksichtnahme ist, welche die Fassung des § 3 bedingt. Herr Wörmann habe von diesem Sklaventransport Vortheil gehabt, und wer seine Schiffe in gewinnsüchtiger Absicht für den Sklavenhandel hergiebt, dem soll das Schiff, welches sich an einem Verbrechen betheiligt hat, zu gunsten der Reichskasse entzogen werden. Deshalb soll die Konfiskation, wie sie die Regierung früher vorgeschlagen hat, unbedingt vorgeschrieben werden.

Abg. Prinz **Arenberg** (Z.) hält es für unzulässig, den Schiffseigenthümer verantwortlich zu machen für das, was seine Leute in der Küstenschifffahrt treiben, wo es schwierig ist, zu unterscheiden zwischen Sklaven und Arbeitern.

Abg. **Meyer**-Halle: Der Staatssekretär meinte, daß nicht die öffentliche Meinung, sondern nur die böse Presse die gerichtlichen Urtheile abfällig beurtheilen. Wie hat der Staatssekretär von der öffentlichen Meinung Kenntniß erhalten anders als durch die Presse? Eine Presse, die sich dauernd mit der öffentlichen Meinung in Widerspruch setzen würde, ist nicht gut denkbar.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Die zarte Rücksichtnahme auf die Interessen der Rheder, für die eine Hinterthür gelassen werden soll, durch die sie entschlüpfen können, beweist, daß es Ihnen nicht ganz ernst mit der Bestrafung des Sklavenraubes ist.

§ 3 wird mit dem Antrag Gröber unter Weglassung des Strafminimums von 10 000 M. angenommen; die Anträge Stadthagen werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

In § 4 wird der Antrag Gröber angenommen, daß die kaiserliche Verordnung zur Verhütung des Sklavenhandels u. s. w. mit Zustimmung des Bundesraths erlassen werden solle.

Nach § 5 soll der § 4 des Strafgesetzbuches, nach welchem ein Deutscher oder Ausländer verfolgt werden kann, der als Beamter des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates eine Handlung begangen hat, die nach den Gesetzen des Deutschen Reiches als Verbrechen oder Vergehen im Amt anzusehen ist, auf die in diesem Gesetz vorgesehenen Handlungen Anwendung finden.

Abg. **Stadthagen** beantragt, in diesem Fall auch solche Handlungen mit Strafe zu bedrohen, welche nicht als Vergehen oder Verbrechen im Amt anzusehen sind. Redner verweist darauf, daß in verschiedenen Fällen, z. B. in dem Fall Wehland und in den Fällen Wöller und Brohm, nicht vorgegangen worden sei, trotzdem vorgegangen werden konnte. Glaube man, daß die Regierung dadurch an Ansehen so gewonnen habe, daß man ihr jetzt auch die Befugniß geben müsse, Sklavenhändler straffrei zu lassen? Es ist dies der letzte Versuch, die Vorlage so zu gestalten, daß die Sklavenhändler auch wirklich bestraft werden.

Direktor **Kayser**: Der Vorredner hat es gewagt zu behaupten, daß die Regierung notorische Verbrecher unter ihren Schutz genommen und der Verfolgung entzogen habe. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Leider!) Gegen Leist ist disziplinarisch vorgegangen. Der Fall Wehland entzieht sich der Besprechung, weil er noch nicht zur endgiltigen Entscheidung gekommen ist. Der Fall Wöller und Brohm konnte nicht zur Verfolgung gezogen werden, weil eine Lücke in unserem Strafgesetzbuch das verhinderte.

Damit schließt die Diskussion. Persönlich weist Abg. **Stadthagen** die Bemerkung des Direktor Kayser zurück, daß er etwas gewagt habe. Zu dieser Wendung habe der Kommissar absolut kein Recht und er bäte ihn, das nicht noch einmal zu sagen. (Großes Gelächter rechts.)

§ 5 wird darauf unverändert angenommen; ebenso die vom Abg. Gröber vorgeschlagene Resolution.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die kaiserliche Schutztruppe für Südwestafrika und Kamerun.

Abg. **Richter** (frs. Vp.): Es handelt sich hier nicht um kolonialpolitische Gegensätze, sondern um verwaltungstechnische Bedenken, welche auch von Freunden der Kolonialpolitik getheilt werden. Es wurde in der Budgetkommission bedauert, daß das erste Gesetz für Ostafrika ohne weitere Beanstandung das Haus passirt hat; es ist nicht genug gewürdigt worden, daß durch dieses Gesetz der Monarch als oberster Kriegsherr für die Schutztruppen hingestellt wird, so daß die zu den Schutztruppen abkommandirten Personen des Heeres und der Marine für die Dauer dieses Kommandos der Reichs-Marineverwaltung unterstellt sind. Durch dieses Recht kann ein Offizier ohne weiteres ohne Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers, des Reichskanzlers oder eines Vertreters der Kolonialverwaltung eingestellt werden. Die Offiziere gehen hervor aus der Auswahl des Reichs-Marineamts oder des Vorstandes des Marinekabinets. Hierdurch wird ein Dualismus in die Kolonialverwaltung hineingetragen. Das Reichs-Marineamt hat es nicht nothwendig, sich mit dem Kolonialamt über diese Auswahl ins Einvernehmen zu setzen und es hat selbst zu beurtheilen, ob der betreffende Offizier die nöthigen Vorkenntnisse für Afrika besitzt. Infolge dessen ist es möglich, daß Offiziere ein Kommando erhalten, welche das Kolonialamt selbst nicht für geeignet für einen solchen Posten erachtet. Einen Vorwurf gegen das Reichs-Marine-Amt will ich damit nicht erheben. Es entsteht nun in Afrika selbst eine scharfe Scheidung zwischen Militär- und Zivilverwaltung. Es kann zwar Militärpersonen in Afrika eine Zivilverwaltung in Afrika übertragen werden von dem dortigen Gouverneur, aber nicht umgekehrt. Keine Zivilperson kann den Befehl über die einfachste Patrouille übernehmen, wenn sie nicht zugleich den entsprechenden militärischen Rang hat. Auch Peters kann dies nicht, es muß ein Sergeant damit beauftragt werden. Es ist über die wunderbaren Folgen, die das Dienstalterprinzip mit sich gebracht hat, schon gesprochen worden; danach ist es nicht gestattet, daß ein Offizier, der einige Dienstjahre weniger hat, eine höhere Stellung bekleidet als der, welcher ein älteres Patent hat. Es muß also ein alter Afrikaner sich einem unerfahrener Offizier unterordnen, der ein älteres Patent hat. Die Mitglieder der Schutztruppe stehen allein unter dem Reichs-Marineamt; diesem Amte müssen sie genehm handeln und sie sehen weniger auf den Gouverneur. Daraus folgt eine stramme Beobachtung der militärischen Reglements, aber eine Vernachlässigung der wirthschaftlichen Interessen. Da wird es klar, woher die zunehmenden Klagen über den Militarismus in Afrika kommen. Es ist eine eigenartige Zumuthung, ein Gesetz, welches so zweifelhafte Erscheinungen an den Tag gebracht hat, auf Westafrika, Kamerun und Togo anzuwenden. Selbst wenn das Gesetz für Ostafrika nothwendig war, so braucht man es nicht anzuwenden auf die kleinen Schutz- oder vielmehr Polizeitruppen in Kamerun und Togo, wo bei geringerer Personenzahl der Dualismus noch viel schlimmer wird. Da müssen noch viel mehr Irrungen und Wirrungen entstehen. Ich bin der Meinung, daß wir in die zweite Berathung unmöglich eintreten können. Ich möchte bitten, das Gesetz an die Budgetkommission zu verweisen, selbst auf die Gefahr hin, daß das Gesetz in dieser Session nicht zu stande kommt.

Abg. **v. Podbielski** (k.): Eine Regelung dieser Verhältnisse erscheint nothwendig; aber wir werden heute wohl bei der vorgerückten Zeit nicht dazu kommen, zu prüfen, wie weit man gehen muß. Wir werden für kommissarische Berathung stimmen.

Direktor **Kayser**: Ich würde es sehr bedauern, wenn der Gesetzentwurf in dieser Session nicht zu stande kommen würde. Nur die Disziplin und Organisation ist eine militärische, die Verwendung der Truppe steht aber in der Hand des Gouverneurs und des auswärtigen Amts. Von der Vorlage wird das Budgetrecht des Reichstages nicht berührt; der Reichstag kann in jedem Jahre darüber bestimmen, ob eine Schutztruppe vorhanden sein soll oder nicht. Unbedingt nothwendig ist die Schaffung einer Gerichtsbarkeit und einer Versorgung der Mitglieder der Schutztruppe. Für die Gerichtsbarkeit fehlt aber die Grundlage, wenn die Vorlage nicht genehmigt wird.

Abg. Prinz **Arenberg** (Z.): Die Kritik der Vorlage durch Herrn Richter ist allerdings zum theil berechtigt; aber die Marineverwaltung hat auch dargelegt, daß sie sich um die Verwendung der Schutztruppen in den Kolonien nicht kümmert. Ich beantrage auch die Verweisung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. Graf **Arnim** (Rp.) schließt sich diesem Antrage an.

Abg. **Hammacher** (natl.): Die Mehrheit des Hauses wird das Gesetz an die Kommission verweisen und damit ist es begraben. Ich bedaure das, weil dadurch unsere Schutztruppe in Südwest-Afrika ohne Pensionsansprüche u. s. w. bleibt, abweichend von der Schutztruppe in Ostafrika.

Abg. **Richter** (frs. Vp.): Wenn die Sache solche Eile gehabt hätte, hätte die Regierung darauf dringen können, daß das am 1. März eingebrachte Gesetz schon früher zur Verhandlung gekommen wäre.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die Abstimmung über die Novelle zum Zuckersteuergesetz, welche am Freitag voriger Woche wegen Beschlußunfähigkeit des Reichstages zu keinem Ergebnisse geführt hat. In namentlicher Abstimmung wird die Vorlage mit 101 gegen 45 Stimmen angenommen.

Darauf wird ein Vertagungsantrag gestellt; bei zweifelhafter Abstimmung erfolgt die Zählung des Hauses, welche die Anwesenheit von 200 Mitgliedern und die Annahme des Antrages auf Vertagung mit 110 gegen 90 Stimmen ergiebt.

Schluß 5¼ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Zweite Berathung der Novelle zum Branntweinsteuer-Gesetz.)

Herrenhaus.

17. Sitzung vom 20. Mai 1895, 1 Uhr.

Am Regierungstische: Schönstedt.

Eingegangen sind ein Antrag des Grafen v. d. Schulenburg-Beetzendorf, betr. Maßregeln gegen die anwachsende Bodenverschuldung; ein Antrag des Grafen zu Inn- und Knyphausen, betr. Bemessung des Stempels für die Bildung bäuerlicher Fideikommisse; ein Antrag des Grafen v. Mirbach, betr. die Bemessung des Stempels für ländliche Fideikommisse.

Die vem Abgeordnetenhause noch zu erwartenden Vorlagen werden an verschiedene Kommissionen überwiesen.

Die Handels- und Gewerbekommission beantragt durch ihren Berichterstatter v. d. Osten, die Petition der Weser-Schifffahrts-interessenten, betreffend die gleichmäßige Vertiefung der Ober-Weser, der Regierung als Material zu überweisen. Dementsprechend wird beschlossen.

In einmaliger Schlußberathung wird der Gesetzentwurf, betreffend die Fischerei der Ufereigenthümer in den Privatflüssen der Rheinprovinz, auf Antrag des Berichterstatters von Bemberg-Flamersheim ohne Debatte angenommen.

Die Petition des ehemaligen Bürgermeisters Horn in Halle a. S., die Gewährung einer Entschädigung für ihn aus dem für unschuldig Verurtheilte bestimmten Fonds des Staatshaushalts-Etats zu erwirken, beantragt die Petitionskommission durch ihren Berichterstatter Oberbürgermeister **Westerburg** der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Berichterstatter schildert eingehend den der Petition zu grunde liegenden Thatbestand; wonach der frühere Bürgermeister von Torgau Horn, wegen widerrechtlicher Zuwendung eines Stipendium an seinen Sohn zu Gefängnißstrafe verurtheilt, später aber durch Reichsgerichtserkenntniß wieder freigesprochen, sein Amt niedergelegt habe und nun um eine Entschädigung für den ihm dadurch entstandenen Ausfall an Gehalt und Pension petitionire.

v. Diest vertritt sehr warm das Interesse des Petenten.

Justizminister **Schönstedt**: Ohne mit den Etatsgrundsätzen sich in Widerspruch zu setzen, könne die Regierung dem Kommissionsantrag nicht Folge geben.

Oberbürgermeister **Westerburg** meint, daß nach den Erkenntnißgründen des Reichsgerichts dem Bürgermeister Horn zweifellos nicht das geringste Verschulden treffe. Auch Unmoralität könne man ihm nicht vorwerfen, wenn er auch vielleicht taktvoller hätte handeln können.

Graf **v. Schlieben** meint, daß der Bürgermeister Horn ebenso beurtheilt werden müsse, wie ein rechtskräftig Verurtheilter.

Justizminister **Schönstedt** erwidert, daß er nicht aus juristischen, sondern aus etatsrechtlichen Gründen die Entschädigung ablehnen müsse, denn nach den Etatsbestimmungen dürfen aus den Dispositionsfonds nur Entschädigungen für „ohne Verschulden" durch ein Strafverfahren erwachsenen Nachtheil gegeben werden.

Nachdem Herr **v. Diest** nochmals für die Entschädigung des Horn eingetreten ist, wird der Kommissionsantrag angenommen.

Die Denkschrift über die gemäß § 20 des Gebäudesteuer-Gesetzes ausgeführte zweite Revision der Gebäudesteuer-Veranlagung beantragt der Berichterstatter der Finanzkommission, **v. Durant**, durch Kenntnißnahme für erledigt zu erklären, und das Haus beschließt ohne Debatte demgemäß.

Hierauf ging man über Petitionen zur Tagesordnung über.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Lokales.

Wie verschiedene Blätter mittheilen, soll der Zwischenfall im städtischen Krankenhause am Friedrichshain jetzt dadurch glatt erledigt sein, daß die königlichen Assistenzärzte ihr Verhalten der Direktion gegenüber „in einer befriedigenden Form" entschuldigt haben. Ist dem so, so könnten die Unternehmer staatserhaltender Kouleur sich an dem Verhalten der Krankenhaus-Direktion ein Beispiel nehmen, wie man auch in Streitfällen mit Arbeitern sich zu benehmen hat. Es kommt, dank der tüchtigen Schulung der klassenbewußten Arbeiterschaft, außerordentlich selten vor, daß sie aus unangebrachten Kneipgelagen oder Dummejungensstreichen heraus Konflikte mit dem Unternehmerthum heraufbeschwört. Diese entstehen vielmehr fast immer aus bitter ernsten Ursachen. Zum Ausstand wird der Arbeiter in neunundneunzig Fällen von hundert aus der verzweifelten Einsicht heraus getrieben, daß es ihm unter den bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen oder auch unter der vom Fabrikanten angekündigten Verschlechterung derselben mit dem besten Willen nicht mehr möglich ist, sich mit seiner Familie durch des Lebens Elend hindurch zu würgen. Es ist allerdings im deutschen Unternehmerjargon Brauch, einen jeden Ausstand frivol zu nennen, aber der Einsichtige weiß auch, daß dies eine der landesüblichen Schändungen der Muttersprache ist, die nun ja einmal zum Zwecke der Staats- und Gesellschaftserhaltung im sozialen und politischen Kampfe unerläßlich sein sollen. Ausgemacht ist es aber, wie gesagt, selbst in den verbissensten Unternehmerkreisen, daß es aus Ursachen heraus, wie denen, die im Kampfe der Krankenhaus-Direktion mit den wenigstens der Tradition nach hochgebildeten Aerzten bestanden haben sollen, fast nie zwischen dem Fabrikanten und dem Arbeiter zum Konflikt kommt. Und bei alledem betrachte man die Behandlung, die ausständigen Proletariern oft unter Beihilfe der Behörden von seiten der Unternehmer zu theil wird. Wer als Fabrikant ganz staatserhaltend sein will, der hält es überhaupt unter seiner Würde, mit Arbeitern, welche das Elend zum „frivolen" Ausstand getrieben hat, zu unterhandeln. Es wird die Hilfe der Polizei fast bei jedem derartigen Konflikt mit Erfolg angerufen, und der Fabrikant betrachtet mit Wohlgefallen vom Fenster aus, wie Arbeiter von Schutzleuten fortgetrieben oder gar sistirt werden, die etwa Unkundige oder auch Streikbrecher auf die Sachlage aufmerksam machen wollen. Und dann gar die Verrufserklärungen, welche die „Unbotmäßigen", gnädig nach Verführten und „Rädelsführern" klassifizirt, verzeichnet enthalten, und weit und breit in der Runde versandt werden, damit nur ja keiner der Arbeiter, die ihr gesetzliches Recht wahrgenommen haben, an anderer Stätte ein kärgliches Stück Brot bei saurer Arbeit finde. So handelt der mustergiltige Unternehmer, wenn er staatserhaltend sein will und nach dem Kommerzienrathstitel schielt. Solchem Gebahren gegenüber nimmt sich das Verhalten der Krankenhaus-Direktion, dem wie verlautet der Magistrat sich anschließen wird, in der That aus, als ob man die Absicht habe, das Unternehmerthum einmal aus tiefster Seele zu beschämen. Wir sind uns allerdings nicht klar darüber, ob diese Herrschaften überhaupt noch fähig sind, über ihre sozialen Sünden zu erröthen.

Städtisches Obdach. Im April 1895 (verglichen mit 1894 und 1893) stellte sich der Besuch der Abtheilung für nächtlich Obdachlose und die Auslieferung Obdachloser an die Polizei (wegen zu häufigen Besuchs) folgendermaßen.

	Es nächtigten:			Davon ausgeliefert:	
	Männer	Frauen	Personen	Personen	von je 1000
1895:	20 548	1247	21 795	435	20
1894:	26 153	1295	27 448	562	20
1893:	27 529	1214	28 743	626	22

Das Verhältniß der Auslieferungen zur Frequenz zeigt diesmal nicht die für alle Monate des Winters 1894/95 beobachtete Steigerung gegen die Vorjahre. Es läßt sich zunächst nicht beurtheilen, ob das zu erklären ist aus einem freiwilligen Verzicht der Obdach-Verwaltung auf die im Winter als nothwendig erachtete schärfere Anwendung des Auslieferungsparagraphen oder aus einem inzwischen eingetretenen Mangel an Platz in den Gefängnissen und im Arbeitshause. Dagegen weist die Frequenz wiederum den vom Winter her bekannten Rückgang gegen die Vorjahre auf. Das scheint die Vermuthung zu widerlegen, daß die Auslieferungen die Frequenz wesentlich beeinflussen. Aber für die Frühjahrsmonate kommt die gänzlich veränderte Situation in betracht, die der Eintritt wärmeren Wetters und die Wiederaufnahme der Arbeiten im Freien für die Arbeits- und Obdachlosen mit einem Schlage herbeiführt. Für 1895 ist außerdem noch zu beachten, daß das Osterfest, dessen Vorbereitungen manche Gelegenheit zu vorübergehender Beschäftigung und kleinem Verdienst geben, diesmal in den April, 1894 dagegen in den März fiel. Wer aber Arbeit und Verdienst findet, der verlangt auch dann nicht nach den zweifelhaften „Wohlthaten" der Obdach-Verwaltung, wenn er weniger zu fürchten braucht, daß er an die Polizei ausgeliefert wird. — Im Familien-Obdach waren:

	am 1 April			am 1. Mai		
1895:	48 Familien	mit 150	Pers.	19 Familien	mit 48	Pers.
1894:	56 „	„ 196	„	47 „	„ 165	„
1893	56 „	„ 170	„	49 „	„ 158	„

Hier ist der Rückgang so stark, wie in keinem der letzten Monate. Leider läßt sich auch hier zunächst nicht beurtheilen, ob er durch eine andere Handhabung der Hausordnung oder durch sonstige Einflüsse zu stande gekommen ist.

Die Attentatsgeschichte der verhafteten Anarchisten Töbs und Krebs erweist sich im weiteren Verlaufe der gerichtlichen Untersuchung augenscheinlich immer mehr als „Mumpitz". Die vielgenannte Kellnerin Flügel, auf welche anfänglich die ganze Affäre zurückgeführt wurde, will nun nicht mehr das „Karnickel" sein. Sie hat bekundet, in der Wohnung des Töbs jemals weder Dynamit gesehen, noch auch von einem Attentate, welches geplant worden sei und zur Ausführung gelangen sollte, etwas gehört zu haben. Ihrer Angabe nach sei die Denunziation von einem ihrer verflossenen Liebhaber, dem schon gedachten Tanzmaister Sachs ausgegangen, welcher damit einen Racheakt vollführt habe. Da auch die neueste Bezichtigung der Flügel, die auf Kuppelei hinausläuft, nur den Töbs betrifft, so wird von den Anverwandten des Krebs dessen sofortige Haftentlassung durch einen Rechtsanwalt beantragt werden. Man giebt sich der Hoffnung hin, daß diesem Antrage Folge gegeben wird, namentlich da das „Dynamitlager im Friedrichshain" bisher noch nicht entdeckt zu werden vermochte und lediglich die Angabe des Tanzmaisters wohl kaum als ein ausreichender Grund für die Fortdauer der Untersuchungshaft angesehen werden könne. Es wird also wohl bald die ganze Attentatsgeschichte in nichts zerfallen. Es gelingt der Reaktion eben nichts mehr, selbst die süße Freude am Dynamitradau wird ihr zu Wasser.

Der Kampf um die Müllabfuhr wird gegenwärtig mit großer Heftigkeit zwischen der Wirthschafts-Genossenschaft Berliner Grundbesitzer und einer Reihe von Abfuhr-Unternehmern geführt, die sich den Bedingungen der Genossenschaft nicht fügen wollen. Eine Folge dieses Kampfes scheint es auch zu sein, daß die Genossenschaft für die wöchentlich dreimalige Abfuhr eines 200 Literkastens den Fuhrlohn, der bisher gegen 6 M. betrug, auf 4,60 M. herabgesetzt hat, nachdem die Privatunternehmer die anfängliche Ermäßigung auf 5,20 M., welche die Genossenschaft vorgeschlagen, ihren Privatkunden gegenüber ebenfalls zugestanden hatten. Die Genossenschaft rechnet nun den Abfuhr-Unternehmern nach, daß diese bei ihrem Geschäftsbetriebe einen jährlichen Reingewinn von 200 000 M. machen. Die Genossenschaft hat zugleich die gesetzlich nicht unbedenkliche Verpflichtung übernommen, für alle Polizeistrafen aufzukommen, die denjenigen Hauswirth aus Anlaß der Müllabfuhr treffen, der diese von der Genossenschaft besorgen läßt. Ueber die Rechtsgiltigkeit dieses Abkommens, als eines Vertrages über strafbare Handlungen, kann man juristisch streiten; von praktischer Bedeutung wird dieses Abkommen zweifellos werden, wenn es von der Genossenschaft prompt erfüllt wird; diese bemüht sich gegenwärtig darum, den Preis für die Abfuhr noch weiter dadurch zu verbilligen, daß sie Müllabladestellen an den Wasserläufen der Stadt zu erhalten sucht. Gelingt dies, so würden sich die Abfuhrkosten noch erheblich geringer gestalten, da die Beförderung der Abgangsstoffe in geschlossenen Kästen nicht die vielen Bedenken gegen sich hat, wie die Ausladung des Mülles auf den Müllplätzen und Umladung und Transport in offenen Kähnen.

Den Restaurationspächtern auf den Bahnhöfen der preußischen Staats-Eisenbahnen ist vor kurzem von der Eisenbahn-Verwaltung aufgegeben worden, dafür zu sorgen, daß sie den Reisenden jederzeit Schreibutensilien (Papier, Kouverts, Feder und Tinte), sowie Freimarken, Postkarten ꝛc. zur Verfügung stellen können, gegen Zahlung von 10 Pf. für einen Briefbogen nebst Umschlag und Benutzung des Schreibzeugs. Diese Bestimmung der Eisenbahn-Verwaltung ist veranlaßt worden durch zahlreiche Klagen und Beschwerden darüber, daß die Reisenden, wenn sie unterwegs dringliche Meldungen absenden wollten, auf den meisten Bahnhöfen nicht einmal Postkarten, geschweige denn Schreibmaterial erhalten konnten, und daher besonders bei nur kurzem Aufenthalt auf den Stationen ganz außer stande waren, die beabsichtigten Mittheilungen zur Post zu geben. — Sehr schmeichelhaft ist es für die preußischen Eisenbahn-Zustände gerade nicht, daß derartige selbstverständliche Dinge erst besonders amtlich angeordnet werden müssen.

In der städtischen Gasanstalt, Müllerstr. 184, sind am Sonnabend 18 Arbeiter entlassen worden, von denen einige 5, 7 ja selbst bis 12 Jahre ohne Unterbrechung in der Anstalt gearbeitet haben. Diese Entlassungen, denen noch weitere folgen sollen, werden mit Arbeitsmangel begründet. Es scheint, daß die stetig fortschreitende Verwendung des elektrischen Lichtes und des Gasglühlichtes auf den Gaskonsum einwirkt, aber kaum glaublich ist es, daß aus diesem Grunde ältere Arbeiter entlassen werden mußten. Ob auch in der städtischen Gasanstalt die Praxis, den Arbeiter nicht „alt" werden zu lassen, geübt wird?

Ein Bild furchtbarsten Jammers boten zwei obdachlose Wöchnerinnen, die am Sonnabend und Sonntag in eine hiesige Anstalt eingeliefert wurden. Die eine, namens Marie Schlicht, hatte das städtische Obdach in Anspruch genommen und mußte von da aus mit einem Krankenwagen der Anstalt zugeführt werden, wo sie alsbald einem Knaben das Leben schenkte. Die andere, Marie Glasmann, die aus Jasmund auf Rügen stammt und 32 Jahre alt ist, hatte auf einem Hausboden genächtigt und wurde am Sonntag früh gegen 5 Uhr vor dem Hause Weißenburgerstraße 19 hilflos aufgefunden. Ein Schutzmann brachte sie nach einem Krankenhause, wo sie ein Mädchen zur Welt brachte, noch bevor sie in einem Zimmer Aufnahme gefunden hatte.

Aus gekränktem Ehrgefühl hat, wie berichtet wird, der 61 Jahre alte Schlosser Eduard Paul Hand an sich gelegt. Paul wohnte in dem Hause Wrangelstr. 68 und arbeitete in einer Fabrik in der Köpenickerstraße. Hier gerieth er mit dem Werkmeister in Zwistigkeiten und erhängte sich infolgedessen am Sonnabend in seiner Wohnung. Vielleicht hat auch die Aussichtslosigkeit, sich und seine Familie nach erfolgter Entlassung ernähren zu können, zu dem Selbstmord das Motiv gegeben.

Aus der Welt des Ueberflusses. Arbeitslosigkeit und Noth haben nach einem hinterlassenen Zettel einen 25 jährigen Tischlergesellen Hermann T. zum Selbstmörder werden lassen. Die Leiche des jungen Mannes, bei der man einen Zettel mit der Aufschrift: „Ich scheide aus dem Leben, weil ich nichts mehr zum Leben habe und ich meine Mitmenschen nicht bestehlen oder betrügen will, auch das Betteln verboten ist! Hermann T.", und ein Strafmandat von 1 Tag Haft wegen Bettelns vorfand, wurde am Sonnabend früh in der Jungfernhaide hinter den Fuchsbergen, an einer Kiefer hängend, vorgefunden.

Ein Einbruch ist in der Nacht zum Sonnabend in der Wohnung des Herrn v. Carstenn-Lichterfelde, Altonaerstr. 87, ausgeführt worden. Die Diebe, die bisher noch nicht ermittelt werden konnten, erbeuteten 250 M. Das Ergebniß ihrer unheilvollen Thätigkeit scheint den Herren Langfingern indessen nicht genügt zu haben, worauf der Umstand hindeutet, daß sie in den ihnen zugänglichen Räumen sämmtliche Polstermöbel zerschnitten haben. Außerdem haben sie, einem unter Einbrechern weit verbreiteten Aberglauben folgend, die Wohnung in nicht wiedergegebener Weise besudelt.

Aufsehen erregte am Montag Vormittag ein Vorfall in der Friedrichstraße am Eingange der Markthalle. Gegen 11½ Uhr notirte ein Schutzmann, der vor der Markthalle Dienst hatte, eine Händlerin, die gegen die straßenpolizeilichen Vorschriften verstoßen haben sollte. Ein Mann, der in der Nähe war, legte zu gunsten der Händlerin bei dem Schutzmann gegen dessen Verfahren Verwahrung ein. Die Anweisung des Beamten, seiner Wege zu gehen, ließ er unbeachtet. Das veranlaßte den Schutzmann, den Unbekannten aufzufordern, ihm zur Feststellung seiner Persönlichkeit auf die Wache in der Wilhelmstraße 10 zu folgen. Als der Beamte dazu schritt, ihn dorthin zu führen, leistete er Widerstand und es kam zu einem Handgemenge zwischen dem Beamten und dem Zivilisten, in dessen Verlauf der Schutzmann von seiner Waffe Gebrauch machte. Es hatte sich rasch eine große Menschenmenge angesammelt und ein Theil der Zuschauer nahm für den Zivilisten thätlich Partei. Man entriß dem Beamten die Waffe und griff ihn auch selbst an. Der Angegriffene gab ein Nothzeichen, auf das hin ein Beamter der Marktpolizei aus der Halle herbeikam. Beide bemächtigten sich nun des Unbekannten und brachten ihn in einer Droschke zur Wache. Die Waffe des ersten hatte das Publikum dem zweiten Beamten ausgehändigt. Die Untersuchung des Vorfalles hat der Vorstand des 35. Polizeireviers sofort begonnen; sie ist jedoch noch nicht zum Abschluß gelangt, weil viele Zeugen vernommen werden müssen. Die Strömung, die sich unter dem Publikum draußen gegen den Beamten geltend machte, fand auch in der Markthalle, namentlich bei den Händlerinnen, starken Widerhall.

Traurige Pfingsten sind der Familie des 49 Jahre alten Stallmanns Wilhelm Wappke aus der Blumenthalstraße 8 in diesem Jahre beschieden worden. Wappke, der auf dem Depot V der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft in der Kurfürstenstraße angestellt war, erhielt dieser Tage den Hufschlag eines Pferdes vor den Leib, während er seinen dienstlichen Obliegenheiten nachkam. Infolge dessen stellte sich eine Bauchfell-Entzündung ein, an der Wappke am Sonnabend in der Charitee gestorben ist. Er hinterläßt eine Ehefrau mit fünf Kindern.

Eine Revolverschießerei hat sich am Sonntag spät abends in dem Hause Gipsstr. 21 abgespielt. Der 48jährige Maurer Albert Wilke erhielt von dem 24 Jahre alten Zigarrenfabrikanten Bernhard Berg einen Schuß in die rechte Seite. Ursache des Streites waren Zwistigkeiten zwischen zwei Familien, die in dem winkligen alten Gebäude eng aneinander hausten. Wilke verwundete den Berg mit dem abgeschossenen Revolver durch Schläge auf den Kopf. Eine in den Streit verwickelte Frau Richter hat ebenfalls von W. Schläge erhalten.

Mit geladenem Gewehr wurde am Sonntag Mittag der Sergeant Koczeck von der 11. Kompagnie des Garde-Füsilier-Regiments in Begleitung zweier Unteroffiziere in das Militär-Arrestlokal, Lindenstraße 57, abgeführt. Wie erinnerlich, entfernte sich K. am Donnerstag Morgen von seinem Truppentheil; er hat sich in der Zeit bis zum Sonntag planlos in Berlin herumgetrieben. Von einem Schutzmann wurde er dem Regiment übergeben, welches seine sofortige Verhaftung verfügte. Es verlautet, daß Koczeck in mehrfacher Weise Schulden gemacht habe, worauf er sich in dieser leichtsinnigen Art von seiner Kompagnie entfernte. Er sieht nun einer strengen Bestrafung entgegen.

Auf Berliner Sicherheitszustände wirft die folgende Mittheilung einiges Licht: Wüsten Lärm erregten eine Anzahl junger Burschen in der vergangenen Nacht in der Gegend der Schönhauser und der Kastanien-Allee. Obwohl sie schon über den Durst getrunken zu haben schienen, begehrten die Skandalmacher noch Einlaß in eine Schankwirthschaft an der Schönhauser Allee, aus der sich eben die letzten Gäste entfernen wollten. Der Wirth verwehrte ihnen den Eingang. Die Burschen aber gaben sich damit nicht zufrieden, fingen vielmehr sofort Händel an und zwar nicht allein mit dem Wirthe, sondern auch mit den Gästen, die aus dem Lokale herauskamen. Als diese den Eingang gegen das versuchte gewaltsame Einbrechen zu schützen unternahmen, griffen die Eindringlinge zum Messer und verletzten drei Gegner durch Stiche. Leider gelang es ihnen dann, zu entkommen. Da aber auch die Messerhelden Verletzungen davongetragen haben, so hat die Polizei sofort morgens in den Krankenhäusern, auf den Sanitätswachen und bei den Heilgehilfen nach den Personen Nachforschungen angestellt, die sich etwa haben verbinden lassen, um die Rowdies nachträglich festzustellen.

Ein verheerendes Feuer kam Sonntag Vormittag gegen 10 Uhr in der Birkenstr. 58 zum Ausbruch, wodurch das Holzzementdach des umfangreichen Grundstücks und eine Menge auf dem Boden des Hauses lagernder Gegenstände ein Raub der Flammen wurden. Die Feuerwehr mußte geraume Zeit thätig sein, ehe es gelang, die Gluth zu dämpfen. Der Schaden wird auf etwa 60 000 M. geschätzt; zum Glück sind die Abgebrannten versichert. Betheiligt sind mit größeren Summen die Aachen-Münchener, die Berlinische, die Gothaer und die Feuerversicherungs-Gesellschaft „Union". Ueber die Entstehungsursache verlautet, daß durch die Unvorsichtigkeit eines Hausbewohners, der mit offenem Licht auf dem Boden gewesen ist, das Feuer entstanden ist.

Verschwunden sind zwei junge Mädchen, die von den Angehörigen gesucht werden. Es sind die 15 Jahre alte Else Schmidt aus Schöneberg, die in dem Hause Goltzstr. 20 wohnt und die 23 Jahre alte unverehelichte Frida Werner aus der Grunewaldstr. 109.

Aufforderung. Genossinnen und Genossen, welche der am Dienstag, den 26. Februar in den Viktoria-Sälen zu Rixdorf stattgehabten öffentlichen Versammlung (Referentin Fr. Ihrer) bis zum Ende derselben beigewohnt, werden gebeten, ihre Adressen an F. Siegerist, Hermannstr. 93, Rixdorf, bis Donnerstag, den 28. d. M., gelangen zu lassen.

Eine Abnormität. Einen Schüler mit zwei Händen und einem Arm hat die Gemeindeschule in der Müllerstr. 48. Der Knabe, der 10jährige Sohn Bernhard des vor zwei Jahren verunglückten und seitdem arbeitsunfähigen Zimmermanns Walther, stellt eine interessante pathologische Abnormität dar. Die rechte Hand des im übrigen wohlgebildeten und recht hübschen Jungen ist oben direkt an dem Schulterknochen angewachsen, es fehlen ihm somit der rechte Ober- und Unterarm. Die Hand ist vollständig beweglich, der Puls deutlich fühlbar und der Knabe kann mit der armlosen Hand ganz tüchtig zufassen.

Polizeibericht. Am 18. d. M. früh geriethen zwei Schüler auf dem Wege zur Schule in Streit, wobei der eine durch einen Messerstich anscheinend schwer verletzt wurde. — Gegen Mittag fiel in der Wasserthorstraße ein Kutscher beim Absteigen vom Wagen hin und brach den linken Oberschenkel. — Am 19. d. M. nachmittags wurde in der Nähe des Grundstücks Urbanstr. 98/101, wo mehrere Knaben mit Teschings nach der Scheibe schossen, eine Frau im Gesicht getroffen. — Abends stürzte sich ein Mann aus dem Fenster seiner im dritten Stock eines Hauses in der Dragonerstraße belegenen Wohnung auf den Hof hinab und zog sich schwere Verletzungen zu. — In einem Hause in der Gipsstraße drang nach vorausgegangenem Streite ein Maurer in die Wohnung eines Zigarrenhändlers und bedrohte diesen mit einer Eisenstange; der Zigarrenhändler gab mehrere Revolverschüsse auf seinen Gegner ab, ohne ihn zu treffen, verletzte ihn jedoch durch Schläge mit der Waffe im Genick, während er seinerseits durch Schläge mit der Eisenstange am Kopfe verletzt wurde. — In der Nacht zum 20. d. M. drang eine Anzahl junger Leute in eine in der Schönhauser Allee belegene Schankwirthschaft, welche bereits geschlossen werden sollte, mit Gewalt ein, warfen drei ihnen entgegentretende Personen zu Boden und verletzten dieselben durch Messerstiche, worauf sie die Flucht ergriffen. — Am 18. und 19. d. M. fanden auf den Grundstücken

Yorkstr. 72 und Birkenstr. 58 größere, und außerdem noch vier kleinere Feuer statt.

Witterungsübersicht vom 20. Mai 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresfp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius 5° C. = 4° R.)
Swinemünde .	754	NO	1	halb bedeckt	11
Hamburg . .	755	NO	1	bedeckt	10
Berlin . . .	753	SSO	2	heiter	11
Wiesbaden . .	754	Still	—	bedeckt	10
München . .	756	SW	4	Regen	7
Wien . . .	755	Still	—	bedeckt	9
Haparanda .	758	N	6	wolkig	12
Petersburg .	762	Still	—	Dunst	15
Cork	759	NNW	4	halb bedeckt	8
Aberdin . . .	757	NW	3	bedeckt	7
Paris . . .	756	NW	2	bedeckt	8

Wetter-Prognose für Dienstag, 21. Mai 1895.
Ein wenig wärmeres Wetter mit schwachen östlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Zeitung.

Die Blutthat des städtischen Steuererhebers Ludwig Grebe beschäftigte gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I. Die Anklage lautete auf vorsätzliche Körperverletzung mittels eines Dolches und mit dem Erfolge, daß die Verletzte in dauerndes Siechthum verfallen ist. Der Angeschuldigte, der im Jahre 1862 zu Kombach, Kreis Biedenkopf, geboren ist, befindet sich nach zurückgelegter Militär-Dienstzeit seit etwa 2 Jahren in städtischen Diensten. Beinahe ebenso lange ist er mit seiner Ehefrau Klara geb. Wiesener verheirathet. Es war ein trübes Ehestands-Drama, welches der Angeklagte mit thränenerstickter Stimme vortrug. Schon wenige Wochen nach der Hochzeit habe seine Ehefrau ihm den Anstoß zu dem Verdachte gegeben, daß sie ihm die Treue nicht bewahre. Dieser Verdacht habe immer neue Nahrung erhalten und sei schließlich bei ihm zur Gewißheit geworden. Das Verhältniß zwischen ihm und seiner Ehefrau habe sich immer unleidlicher gestaltet, schließlich habe er die Scheidungsklage eingereicht, die noch schwebe. Am Abende des 24. März dieses Jahres habe er mit einem Bekannten verschiedene Restaurants besucht, zunächst eins, welches in der Treskowstraße in der Nähe seiner Wohnung sich befand. Hier habe er schon seitens anderer Gäste Andeutungen hören müssen, welche sich auf die Moral seiner Ehefrau bezogen. Sein Bekannter habe ihm dann später auch vorgehalten, daß seine Ehefrau bereits von der Nachbarschaft kritisirt werde. Hierdurch, sowie durch reichlichen Genuß von spirituösen Getränken habe er sich in einem Zustande hochgradiger Erregung befunden, als er nach Mitternacht seine Wohnung betrat. Es sei zwischen ihm und seiner Ehefrau zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen, er habe schließlich erklärt, daß er ein solches Leben nicht länger ertragen könne und sie gefragt, ob sie mit ihm in den Tod gehen wolle. Sie habe sich wiederholt dazu bereit erklärt. Er habe dann einen langen Dolch aus seinem Schrank geholt und seine Ehefrau noch einmal gefragt, ob sie mit ihm sterben wolle. Sie habe wieder eine bejahende Antwort in festem Tone gegeben, sich dann in sein Bett gelegt und ihm gesagt: „Stich zu, aber so, daß ich gleich todt bin!“ Er habe zugestoßen, der Dolch sei ihr tief in die linke Seite des Halses gedrungen. Er habe angenommen, daß die Verletzung tödtlich sein müsse und nun habe er Anstalten gemacht, sich zu erhängen. Hierzu habe er einen Kleiderriegel benutzt und schon sei ihm das Bewußtsein fast geschwunden gewesen, da sei der Kleiderriegel abgebrochen und er zu Boden gefallen. Nun habe er gesehen, daß seine Ehefrau noch lebte, sein Vorhaben sei ihm leid geworden, er habe schleunigst ein Handtuch genommen, es benetzt und damit seine Frau nothdürftig verbunden. Dann sei er nach der benachbarten Unfallstation geeilt und habe einen Arzt geholt, welcher die Ueberführung der Verletzten nach der Charitee anordnete. Bei dem Geständnisse des Angeklagten erübrigte jede Beweisaufnahme, nur die protokollarische Aussage der Ehefrau Grebe wurde verlesen. Sie befindet sich noch im Krankenhause in schwer leidendem Zustande. Der Dolchstich hat eine Verletzung des Rückenmarks bewirkt, wodurch eine Lähmung des unteren Körpers, sowie der linken Seite eingetreten ist. Sie hat aber bei klarem Verstande entschieden versichert, daß sie ihren Mann wiederholt gebeten hat, sie zu tödten. Staatsanwalt Oppermann hob hervor, daß dieser letztere Umstand den Angeklagten nicht straffrei machen könne, derselbe müsse die volle Verantwortung für seine Handlung tragen. Er beantrage gegen denselben eine Gefängnißstrafe von 3 Jahren. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Rich. Goldstein, plädirte aus juristischen Gründen für Freisprechung. Es liege nicht ein Verbrechen, sondern nur der Versuch zu einem Vergehen vor und hierfür habe der Gesetzgeber eine Strafe nicht angedroht. Der § 216 des Str.-G.-B. laute: „Ist jemand durch das ausdrückliche und ernstliche Verlangen des Getödteten zur Tödtung bestimmt worden, so ist auf Gefängniß nicht unter drei Jahren zu erkennen.“ Von einem strafbaren Versuch enthalte das Strafgesetzbuch nichts und müsse deshalb trotz der entgegengesetzten Entscheidungen des Reichsgerichts angenommen werden, daß der Gesetzgeber die ohnehin unglücklichen Personen, welche einen Versuch in erwähntem Sinne begingen, nicht bestraft wissen wolle. Der Gerichtshof trat dieser Ausführung nicht bei, verkannte aber nicht, daß dem Angeklagten mildernde Umstände zur Seite ständen, verurtheilte ihn zu einer Gefängnißstrafe von nur sechs Monaten und setzte ihn einweilen auf freien Fuß.

Der Schlächtergeselle Otto Müller, welcher am 9. Mai vom Schwurgericht wegen Ermordung der Frau Rentiere Mewers auf Westend zum Tode verurtheilt wurde, hat durch seinen Vertheidiger das Rechtsmittel der Revision einlegen lassen. Müller befindet sich in der Lazarethstation des Untersuchungsgefängnisses, wo er noch immer dasselbe apathische krankhafte Wesen zur Schau trägt, wie während des letzten Theiles der Schwurgerichts-Verhandlung.

Der Gastwirth Stark ist am Sonnabend von der achten Strafkammer am Landgericht I wegen Wuchers zu einem Jahre Gefängniß und 1500 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Zwei Mitangeklagte wurden freigesprochen.

Magistrat kontra Oberbürgermeister. Bekanntlich ist der Magistrat gegen den Oberbürgermeister klagbar geworden, weil er den Beschluß des Magistrats vom 24. April auf Absendung einer Petition an den Reichstag gegen die Umsturzvorlage nicht zur Ausführung brachte. Das Ober-Verwaltungsgericht hat nun in dieser Sache Termin auf den 28. Mai, 2 Uhr, festgesetzt.

In der Strafsache gegen den Stadtverordneten Riemer wegen Beleidigung des Dr. Evers ꝛc. hat der Rechtsanwalt Hugo Sachs die Vertheidigung übernommen. Der Vertheidiger hat in einem längeren Schriftstück den Schutz des § 193 für den Angeklagten in Anspruch genommen und den Wahrheitsbeweis für die vom Stadtverordneten Riemer behaupteten Thatsachen angeboten.

Wegen Vergehens gegen das Krankenkassengesetz wurde der Bauunternehmer Karl Deumlich vom Schöffengericht zu einer Woche Gefängniß verurtheilt, weil er 7,50 M. Krankenkassenbeiträge, die er seinen Arbeitern vom Lohne gekürzt hatte, nicht an die zuständige Ortskasse ablieferte. Er erklärte, von der ganzen Angelegenheit nichts zu wissen, da er die Lohnauszahlungen seinem Polier übertragen habe. Dieser bekundete, daß die 7,50 M. dem Deumlich bei der Lohnabrechnung zu gute gekommen seien. Da D. wegen Unterschlagung und strafbaren Eigennutzes vorbestraft ist und Exekution gegen ihn fruchtlos war, so hatte der Staatsanwalt einen Monat Gefängniß beantragt.

Das verkörperte Elend saß vor einigen Tagen in der Person einer zum Tode verurtheilten Frau Müller vor den Geschworenen in Zwickau auf der Anklagebank. Die blasse, zum Skelett abgemagerte Mörderin war durch widrige Verhältnisse mit ihrem vierjährigen Knaben in das Armenhaus gekommen, wo ihr der Aufenthalt jedenfalls nicht behagte. Sie erwürgte das nach Aussage des Arztes ziemlich kräftige Kind, langsam mit einer Schnur, um, wie sie angab, es vor weiterem Elend und Hunger zu bewahren. Da sie aber Armenunterstützung genossen, auch von verschiedenen Herrschaften, wo sie Dienstleistungen verrichtete, ab und zu mit Lebensmitteln unterstützt wurde, nahmen die Geschworenen nach dem Plaidoyer des Staatsanwalts an, daß sie nicht die Noth zu dem grausigen Schritte getrieben und daß sie wegen vorbedachten und mit Ueberlegung ausgeführten Mordes, ohne Annahme mildernder Umstände, zu verurtheilen sei.

Ein zweiter Holzrechtlerprozeß ist kürzlich in Bayern entschieden worden. Es handelt sich um ganz ähnliche Vorgänge wie in Fuchsmühl. 39 Gemeindeholzrechtler in der oberfränkischen Ortschaft Hohen-Mirsberg hatten sich das von der Gemeinde ihnen vorenthaltene Rechtholz selbst geholt und den ganzen Wald durchgeschlagen, und waren deshalb wegen Forstfrevels zu je 110 M. Geldstrafe und zu den Kosten im Betrage von 11 000 M. verurtheilt worden. Prinzregent Luitpold hat bei ihnen jedoch eine Begnadigung eintreten lassen, indem er die Strafe auf je 3 M. und die Kosten auf je 1 M. herabsetzte. In Hohen-Mirsberg ist kein Militär eingeschritten, ohne daß darum die Sicherheitszustände gestört worden sind.

Versammlungen.

Gauverein Berliner Bildhauer. Heute, Dienstag, den 21. Mai, Marcellstraße 16: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Statutenberathung. 2. Wahl eines Schriftführers und Verschiedenes. Siehe auch Inserat vom Sonnabend.

Deutscher Hensfelder-Bund. Mitgliedschaft Berlin. Heute Abend 8 Uhr im Restaurant Rölig, Neue Friedrichstr. 44: Mitgliederversammlung und Vorstandssitzung.

Nationale kaufmännische Kranken- und Sterbekasse. (E. H. 71.) Bureau: O. Holzmarktstr. 67. Dienstag, den 21. Mai, abends ½8 Uhr, im Restaurant Stübler, Neue Grünstr. 38: Vorstands-Sitzung und Aufnahme neuer Mitglieder.

Vergnügungsverein Gemüthlichkeit. Sitzung am Dienstag 8½ Uhr. Langestr. 24 bei Jeratsch. 5. Stiftungsfest am 2. Juni (1. Pfingstfeiertag).

Vermischtes.

Vom Untergang der „Elbe“. Aus Brügge wird vom Montag berichtet: Heute erfolgte der Entscheid des Zivilgerichtshofes in Brügge in dem Rechtsstreite des Deutschen Reiches gegen den Ostender Rheder Hamman wegen der zurückbehaltenen Briefsäcke aus dem verunglückten Dampfer „Elbe“. Der Beschluß lautet folgendermaßen: Nach Anhörung des Staatsanwalts-Vertreters Smeesters schließt sich das Gericht dessen Gutachten an und erklärt sich zuständig, um über den Ausspruch auf Giltigkeit der Beschlagnahme zu erkennen, aber unzuständig in der Hauptsache. Der Gerichtshof erklärt die Klage für zulässig und spricht aus, die Verhandlung sei zu vertagen bis zur Entscheidung des in der Hauptklagesache zuständigen Richters, welche auf die Rückerstattung der fraglichen Schriftstücke an den Kläger abziele. Der Kläger sei aufzufordern, seine Ansprüche binnen 14 Tagen zu beweisen, widrigenfalls in Form rechtens erkannt werde. Der Kostenvorschuß werde zurückbehalten.

Deutschlands Größe. Oskar Panizza's „Deutscher Michel und römischer Papst“ wurde in Leipzig mit Beschlag belegt auf grund des § 166 (Gotteslästerung).

In Kirchbühl bei Sempach stürzte am Sonntag infolge Lockerung des Zements eine neue Scheune zusammen und begrub 24 Personen unter ihren Trümmern. Eine Person wurde getödtet, eine schwer, die übrigen leichter verletzt.

In Florenz erfolgte am Sonnabend Abend kurz vor 9 Uhr ein heftiges Erdbeben, dem ein fünf Sekunden lang anhaltendes, unterirdisches Grollen voranging. In der Umgegend der Stadt sind vier Personen getödtet und mehrere, meistens nur leicht, verletzt worden. Nach allen von dem Erdbeben betroffenen Ortschaften wurde Hilfe entsandt. In Florenz selber wurden in der Rue Carmine vier Personen verwundet, davon eine erheblich. In dem benachbarten Städtchen Galuzzo wurde eine Frau schwer verletzt und nach hier in das Krankenhaus gebracht. In dem Marktflecken Grassina wurden noch mehrere Personen unter dem Schutt der eingestürzten Gebäude begraben. Von hier aus wurden zur ersten Hilfe Karabinierie und eine Kompagnie Genietruppen dorthin gesandt. Die Bevölkerung von Florenz verbrachte die Nacht auf den Straßen. Gegen 11 Uhr abends erfolgte ein weiterer leichter Erdstoß. Viele Häuser sind in der Stadt beschädigt. Weitere Nachrichten besagen folgendes: Die größten Verheerungen hat das Erdbeben in den umliegenden Ortschaften, namentlich in Grassina, San Martino, Gallnzzo und Bandino angerichtet. Fünf Personen sollen getödtet und viele verwundet sein. In Grassina sind 40 Häuser, in San Martino ist die Kirche eingestürzt. Auch in Lappoggi sind mehrere Häuser eingestürzt, wobei drei Personen unter den Trümmern begraben wurden. Mehrere Personen sollen in Lappoggi getödtet und verwundet sein; die Zahl ist noch unbekannt.

Vom Montag meldet ein Telegramm: Die Bevölkerung ist beruhigt und in ihre Wohnungen zurückgekehrt. Die angestellte Untersuchung ergab, daß durch das Erdbeben das Nationalmuseum, die Karthause, die Gallerie der Uffizien und mehrere historische Villen in der Umgebung beschädigt sind. Nach Berichten aus der Umgegend sind dort die entstandenen Schäden bei weitem größer, als bisher angenommen wurde.

Aus den Trümmern der niedergebrannten Stadt Brest-Litewsk sind, wie aus Petersburg berichtet wird, bereits über 50 Leichen hervorgeholt. Kaum ein Drittel der Stadt ist verschont geblieben. Der materielle Schaden wird auf einige Millionen Rubel geschätzt.

Durch eine ausgedehnte Feuersbrunst in Saint-Albans im Staate Vermont, Nord-Amerika, wurden 500 Personen obdachlos. Der Schaden wird auf 750 000 Dollars geschätzt.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Schneider. 1. Die Sorge. 2. Fragen Sie einen siebenjährigen Schuljungen.

Rauchklub. Geben Sie Ihr Eingesandt als Annonce auf. Redaktionell müssen wir die Aufnahme verweigern.

O. M. Die verlangten Bücher sind im Buchhandel vergriffen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Versammlungen:

Südost.

Dienstag, 21. Mai, abends 8½ Uhr, beim Gen. Ullrich, Waldemarstr. 75.

Tagesordnung: 1. Die freie Aerztewahl, eine Antwort an den Genossen Dr. Gustav Heymann. Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse **Robert Schmidt.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Mitglieder von Südost werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Osten.

Dienstag, 21. Mai, abends 8½ Uhr, im „Freischütz“, Fruchtstr. 36a.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **H. Tabbert** über: Heinrich Heine. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 281/10
Gäste haben Zutritt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 21. Mai, abends 8½ Uhr,
im Lokale **Cösliner Hof,** Cöslinerstraße Nr. 8:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Pätzel** über: „Zeichen der Zeit“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Fragekasten.
303/15* **Der Vorstand.**

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, den 23. Mai, vormittags 9½ Uhr:

Ordentliche Mitglieder-Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend in Bühler's Lokal, Rosenthalerstraße 38.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Gründel.** 2. Diskussion. 3. Wahl des Vorsitzenden. 4. Vereinsangelegenheiten. 186/20
Der Vorstand. J. A.: Albert Fürstenberg.

Achtung! Achtung!

Verein der Former.

Am Himmelfahrtstag: **Fusspartie.** Abfahrt: Görlitzer- resp. Schlesischer Bahnhof nach Johannisthal 7½ Uhr; Treffpunkt dort am Bahnhof. Nachzügler zum Frühstück: Adlershof, Wölfstein, dann nach Grünau und Friedrichshagen. 1290b
Um rege Betheiligung ersucht
Der Vorstand. J. A.: A. Mewes.

Bei der **Maifeier** in „Weimann's Volksgarten“, Badstr. 56, sind **1 grauer Schlapphut** und **1 Paar Kinderschuhe** zurückgelassen worden. Diese Gegenstände können beim Vertrauensmann **Helbig,** Rügenerstr. 23, abgeholt werden.

Arbeitsmarkt.

Karton-Arbeiterinnen, geübte, verl. M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48.

Korbmacher auf Bambusarbeiten verl sof. **C. Röfemann,** Brückenstraße 10a.

Korbmachergesellen auf Bambusarbeit verlangt 1227b
A. Marwau, Ritterstr. 111.

Blousen-
Arbeiterinnen werden gegen Vorzeigung von Probearbeit bei hohen Löhnen dauernd beschäftigt.
Gustav Fromberg,
1225b Kronenstr. 31.

Maschinen- und Hemdennäherin verlangt **Hahm,** Admiralstraße Nr. 1.

Instirer a. Ringschiffchen-Maschinen verlangt **G. Stein,** Blumenstr. 24.

Barock-Vergolder u. Vergolderinnen verlangt Barminstr. 2. 1223b

4. Wahlkreis!

Mittwoch, den 22. Mai, abends 8 Uhr,
im Concerthause Sanssouci, Kottbuserstrasse 4a:

Oeffentliche Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung: 291/6
1. Neuwahl eines Vertrauensmannes. 2. Berichterstattung der Fünfzehner-Kommission über den Stand der Partei-Speditionen, sowie Neuwahl einer Zeitungs-Kommission.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ersucht um pünktliches und zahlreiches Erscheinen Die Vertrauensperson.

Nationale Krankenkasse der Deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgenossen. (E. H.)

Mittwoch, den 22. Mai 1895, abends präzise 8½ Uhr:

General-Versammlung

im **Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstraße 16** (oberer Saal).

Tages-Ordnung:
1. Anträge bezw. Statutenänderung.
2. Wahl von vier Vertretern zu der am 15. Juli d. J. in München stattfindenden 7. ordentlichen General-Versammlung.
3. Innere Angelegenheiten.

Die verehrlichen Mitglieder werden dringend ersucht, in anbetracht der wichtigen Verhandlungen recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Das Krankenkassen-Buch legitimirt. Minderjährige haben keinen Zutritt.
Der Vorstand der Mitgliedschaft Berlin.
1221b J. A.: C. Holtkamp, Vorsitzender, Admiralstraße 18c.

Jubiläums- **25** Ausgabe.

Soeben erschien die fünfundzwanzigste Auflage von

August Bebel:

Die Frau und der Sozialismus.

Heft-Ausgabe. Komplet in 10 Heften à 20 Pfennig.
Zu beziehen durch alle Kolporteure.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 21. Mai.

Opernhaus. Frauenlob.
Schauspielhaus. Der Revisor.
Deutsches Theater. Das Lumpengesindel.
Berliner Theater. Madame Sans-Gêne.
Lessing-Theater. Sodoms Ende.
Neues Theater. Tata-Toto.
Schiller-Theater. Zopf und Schwert.
Alexanderplatz-Theater. Durchgegangene Weiber. Fernand's Ehekontrakt. Alle 5 Barrison. Das Blumenjahr.
Central-Theater. Figaro bei Hof.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Obersteiger.
Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
National-Theater. Die lebende Brücke. Im Garten Gr. Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.
Theater Unter den Linden. Der Zigeunerbaron.
Deutsches Volks-Theater. Der Schmied von Rolandseck.
Apollo-Theater. La Puce (Der Floh).

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)

Dienstag, 21. Mai, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: **Zopf und Schwert.**
Mittwoch, 22. Mai, abends 8 Uhr: **Der Herenkessel. Der zündende Funke.**
Donnerstag, 23. Mai, abends 8 Uhr: **Don Carlos.**
Freitag, 24. Mai, abends 8 Uhr: **Zopf und Schwert.**
Sonnabend, 25. Mai, abends 8 Uhr: **Zopf und Schwert.**

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Novität! Zum 17. Male: Novität!
Unter artistischer Leitung des Herrn **Adolf Brahl** vom königl. Gärtnerplatz-Theater in München:
Figaro bei Hof.
(Rococo.)
Operette in 3 Akten (nach Beaumarchais' Memoiren) von **Bohrmann-Riegen.** Musik von **Alfred Müller-Norden.**
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Nur noch einige Tage:
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft **William Calder.**
Die lebende Brücke.
Großes Sensationsschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Vane, übersetzt von H. Schwab. Dirigent: **Adolph Wiedecke.** Elektr. Beleuchtungseffekte v. Lakowsky.
Anfang 7½ Uhr.
Nationaltheater-Garten:
Großes Konzert
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Die Theaterbesucher haben freien Zutritt zum Garten mit seinen Spezialitäten.
Morgen: Die lebende Brücke.

Kaufmann's Variété.

Königstrasse, Kolonnaden.
Täglich:
Neumann-Bliemchen's
Leipziger Vaudeville-Gesellschaft:
Neumann, Wilh. Wolff, Horváth, Gipner, Lemke, Feldow und Ledermann.
Anfang 8 Uhr, Sonntags ½8 Uhr.
Entree 30 Pf., Sonntags 50 Pf.
Direktor Bimmel's
Spezialitäten-Theater.
Humoristisches Gesammtspiel von Wilh. Wolff.

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5—10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Castan's Panoptikum.

Ein Flug durch die Luft!
Chamly's mysteriöse
Katakombe.
Reichskanzler Fürst Hohenlohe.

Passage-Panopticum.

Neu!
Eine Fahrt auf dem **Golf** von **Neapel.**

Reichshallen.

Im prachtvollen Garten (bei ungünstiger Witterung im Saal):
Täglich:
Humoristische Soiree der **Norddeutschen Quartett- u. Couplet-Sänger**
Hoffmann, Wolff, Führmann, Walde, Horst, Betz u. Frische.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Reservirter Platz 50 Pf.
Sonntags: Anfang 7 Uhr.
Entree 50 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf.

Volksgarten

(ehem. **Weimann's Volksgarten**)
Gesundbrunnen. Badstr. 56.
Direktion: **Max Samst.**
Der Trompeter von Säkkingen.
Romantisches Schauspiel in 5 Akten.
Gr. Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 5 Uhr. Kassenöffnung 3 Uhr.

F. Nagel's
Sommer-Theater

Schwedterstr. 23|24.
Heute, Dienstag:
Hamburger Sänger
beliebteste Gesellschaft (8 Herren).
Anf. 8 Uhr. Näheres die Anschlagsäulen.
NB. Saal u. Garten (1200 Pers.), kleine u. gr. Vereinszimmer noch zu vergeben.

Papiergeschäft
mit kleiner Buchbinderei, gutgehend, in belebter Straße neben Doppelschule, ohne Konkurrenz, ist Umstände halber sofort sehr billig zu verkaufen. Offerten unter **K. F.,** Postamt 48. 1216b

Linoleum-Auktion
findet Mittwoch, 22 Mai, vormittags 10 Uhr, im **Ostbahnhof,** Halle 8, statt. Hervorragend sind 3000 passend geschnittene Treppenstufen sowie Stücke.
1228b **J. Weiss.**

Möbel-Geschäft
mit kleiner Tischlerei für Anfänger, gute Kundschaft, verkäuflich. Offerten unter **A. 423** an **Püttner's Annoncen-Bureau, Rosenthalerstr. 42.** 36/18

D. Wurzel,
16. Wrangelstr. 16.
Satin-Blousen 1 M., Hüte, Strümpfe; Taschentücher mit Monogramm **von 17 Pf. an.** [2514L*

Achtung!
Zahnersatz, auch Theilzahl., wöchentl. 1 Mark, **Guckel,** Lausitzer Platz 2, Elsasserstr. 12.

Jungstr. 46, Stadtbahnh. Friedrichsberg, Vorderw. v. Stube u. Küche bill. zu vermiethen. 1027b

Durch die Geburt eines munteren Söhnchen wurden hoch erfreut
Adolf Adler und Frau Johanna, geb. Simon.
Berlin, 18./5. 1895, Weißenburgerstr. 25.

Zentral-Krankenkasse der Tabakarbeiter.

Am 17. d. M. verstarb nach langen schweren Leiden das langjährige Mitglied unserer Kasse, Frau
Louise Genersch,
im Krankenhause am Friedrichshain.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses aus, nach dem Kirchhof der Andreasgemeinde in Wilhelmsberg, statt. 241/3
Der Vorstand.

Kranzbinderei u. Blumenhdlg.
Robert Meyer,
Nr 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Arbeiter-Bildungsverein für Friedrichsberg.

Dienstag, 21. Mai, abends 8½ Uhr:
Vereinsversammlung
bei **Fuchs,** Dorfstr. 2.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen J. Türk über „Klassenkämpfe". 62/20
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Allgemeiner Verein der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands.

Die Filiale unternimmt am 23. Mai (Himmelfahrtstag) einen
Ausflug
nach **Stolpe** a. Nordbahn. Abfahrt um 8½ Uhr vom Bahnhof Bernauerstraße. Erste Ankehr bei Bergemann in Stolpe. Für Nachzügler Treffpunkt nachmittags 1 Uhr im Paradiesgarten in Birkenwerder.
Der Vorstand.

Charlottenburg.

Die Mitglieder der **Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter** E. H. Nr. 29) veranstalten am 23. Mai (Himmelfahrt) eine
Herren-Fußpartie nach Saatwinkel-Tegel.
Treffpunkt früh 7 Uhr bei **H. Krause,** Bismarckstr. 74. 178/10

Herren-Stoffreste.
Eleg. **Neuheiten** zu Hosen, Anzügen, Paletots 2c. Gelegenheitskäufe **spottbill.** **Tuchl. Hoh. Steinweg 11, I,** nahe Rathh.

Rohtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise
Lager in Formen, Bocklaçons.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.
Außerhalb ist eine flotte Drechslerei, verbunden mit nachw. gutgehendem Schirm-, Stock- und Pfeifen-Geschäft, äußerst günstig zu verkaufen. Näheres bei **Tischendorf,** Straulauerbrücke 4.

Ausstellung Italien in Berlin.

Täglich: **Maestro Gialdini**
mit seinem weltberühmten Symphonie-Orchester aus Mailand.
12 italien. Sänger- u. Musikchöre. Das American-Theater mit Bendix.
Ausstellung hochinteressanter italienischer Industrien.
Italienisches Volksleben. Auf dem **Canale grande** großer **Gondel-Corso** und Produktion der berühmten **neapolitanischen Perlenfischer.**
Die Ausstellung ist von 10 Uhr früh bis 12 Uhr Nachts geöffnet. Entree 50 Pf.
Bei Regenwetter gewähren die Ausstellungsgebäude bequem Schutz und Aufenthalt für 12000 Personen.
Saisonkarten pro Person à 10 M. sind an der Kasse der Ausstellung und im Invalidendank Unter den Linden 24 zu haben.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Rep. sof. Theilz. Zahnarzt **Wolf,** Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr.

Schweizer-Garten

Am Königsthor — Am Friedrichshain.
Jeden Sonntag
Gr. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen aller Art. | Im neuen Saale **BALL.**
Anfang 4 Uhr. **Entree 30 Pfennig.**
An den Wochentagen ist das Etablissement an Vereine, Gesellschaften zur Abhaltung von Sommerfesten zu vergeben.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Teltow-Beeskow-Charlottenburg.

Mittwoch, den 22. d. M., abends 8 Uhr,
im Lokale Bismarckshöhe, Wilmersdorferstraße Nr. 39:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 286/11
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes u. des Kassirers. 4. Neuwahl desselben. 5. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.

Heute, Dienstag, vormittags 10½ Uhr,
im Lokale des Herrn Gründel, Brunnenstraße 188:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Kanitz** über Naturheilkunde. 2. Regelung der Orchesterproben. 3. Die Sterbeunterstützungsfrage. 100/13
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Heute, Dienstag, den 21. Mai, abends 8½ Uhr,
Bezirks-Versammlung für den Süden
in Kliem's Volksgarten, Hasenhaide 14|15.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **A. Hoffmann** über: „Recht und Gesetz". 2. Diskussion. 3. Die Zustände bei der Firma Speyerer u. Co, 4. Aufnahme neuer Mitglieder, Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Branchen-Versammlung der Metalldrücker
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten **Dr. Zadek** über: „Der Achtstundentag und seine Bedeutung." 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
194/15 **Der Vorstand.**

Maitrank

frisch, ausgezeichnet à Flasche **60 Pf.** inkl., 10 Fl. Mk. **5,50.**
Johannisbeerwein, herb, Fl. **60** Pf. **Desertwein,** süß, Fl. **75** Pf.
Stachelbeerwein, ganz vorzüglich, Flasche M. **1,—.**
Echt Stonsdorfer Likör,
à Ltr. **1,20,** 5 Ltr. **5,50,** 10 Ltr. **10,—,** 50 Ltr. **47½,** 100 Ltr. **90,—.**
Echten alten Nordhäuser Ltrfl. Mk. **1,10, 5** Liter à Mk. **0,90.**
Berliner Getreide-Kümmel Ltrfl. Mk. **1,10,** 5 Liter à Mk. **0,90.**
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, vorzüglich, Ltrfl. **1,30.**
Medizin. Ungarwein, beste Qualität, à Literflasche Mk. **2,10.**
Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin.
Eugen Neumann & Co., **6a,** Belle-Allianceplatz **6a,** **81,** Neue Friedrichstr. **81,** Oranienstr. **8,** Genthinerstr. **29. Potsdam,** Waisenstr. **27.**

Fritz Rau, Ball-Salon u. Garten **Skalitzerstr. 126**
ist Sonnabends und Sonntags an Vereine unentgeltlich zu Festlichkeiten zu vergeben.

Bier-Verlag **Max Koch, Matthiesstr. 17** (zw. Brandenburg- u. Alexandrinenstr.), empfiehlt sich den Genossen zur Lieferung sämmtlicher Biere für Werkstätten sowie den Hausbedarf.

Neu eröffnet in den eleganten Ausstellungsräumen.
Geöffnet vormittags 9 bis 10 Uhr abends.
Edison's neueste wunderbare Erfindung 83/3
Das Kinetoskop.
Ausstellung: **Friedrichstr. 65,** nahe Mohrenstrasse.
Deutsch-Oesterreichische Edison-Kinetoskop-Cie.,
Ges. m. b. H. in Hamburg. (Stammkapital M. 400 000.)
Alle 14 Tage wechseln die Scenen.

Gardinen-Reste
zu 1—4 Fenstern passend, spottbilligst in der Fabrik **Grüner Weg 80,** part., Eingang vom Flur.

Kinderwagen-Räder und jede Reparatur, **Pallisadenstr.** 101.

Unfall- u. Rechtsbureau, Treskowstraße 16, Nachm. 5—8. Sonnt. Vorm.

Louis Ehrenberg
Am Molkenmarkt No. 7
(früher Annenstr. 16)
empf. Freunden u. Bekannten sein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.

22652* **C. Bolzmann's**
Gesellschafts-Säle,
Lichtenbergerstr. 16.
Säle und Vereinszimmer von 20 bis 500 Personen mit großer Bühne.

Vereinszimmer ist zu vergeben bei **H. Barnewitz, Urbanstr. 33.** *

Vereinszimmer Neue Friedrichstraße 92. 1222b

Posamentirgeschäft krankheitshalb. zu verk. sof. od 1. Okt. Liegnitzerstr. 6.

Georg Wagner
Uhrmacher,
Oranienstr. 65, 1 Tr.
Bitte auf die Hausnummer zu achten.
Uhren u. Goldwaaren in solider Ausführung zu den billigsten Preisen. Massiv goldene Trauringe, gesetzlich gestempelt: 1 Dukaten 10,50 M., 1½ Duk. 15,50 M., 2 Duk. 20 M. 8kar. von 4 M. an. 5735L*
Reparaturen
an Uhren u. Goldwaaren solid u. billig

Kinderwagen
Puppen-, Holz- und Sportwagen nur am billigsten **Fabrik:** Oranienstr. 65, Hof I, a. Moritzpl.
Theilzahlung gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: J. Dierl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW, Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 117. Dienstag, den 21. Mai 1895. 12. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

68. Sitzung vom 20. Mai 1895, 1 Uhr.

Am Ministertische bei Eröffnung der Sitzung niemand, später Miquel, v. Berlepsch.

Auf der Tagesordnung steht der folgende, 200 Unterschriften tragende Antrag der Abgg. Dr. Arendt, v. Kardoff, Graf Limburg und v. Plötz:

Die Staatsregierung aufzufordern, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, ungesäumt und nachdrücklich alle diejenigen Schritte zu thun, welche geeignet sind, zu einer internationalen Regelung der Währungsfrage mit dem Endziel eines internationalen Bimetallismus zu führen.

Abg. **Rintelen** beantragt die Streichung der gesperrten Worte.

Abg. Dr. **Arendt** (ft.): Der Reichskanzler hat seine persönliche Stellungnahme im Reichstage und im Herrenhause klargelegt; es scheint deshalb nöthig, daß auch die Volksvertretung zu dieser Frage Stellung nehme. Das Hauptgewicht lege ich auf den ersten Theil des Antrages. Bisher ist praktisch von der Regierung wenig geschehen; was geschehen ist, hätte schon vor drei Jahren veranlaßt sein können. Ohne das Endziel des internationalen Bimetallismus ist die Ausführung des Antrages gar nicht denkbar. (Sehr richtig.) Die Streichung dieses Passus scheint eines der bekannten heimlichen Mittel der Goldwährungspartei zu sein, die zu ohnmächtig geworden ist, um mit offenen Mitteln zu kämpfen. (Oho! links.) Gewiß, sonst würden Sie Tagesordnung beantragen oder die Wiederaufnahme der Silberverkäufe beantragen. Seit dem Bestehen des Herrenhauses ist es wohl zum ersten Male vorgekommen, daß ein von dem Ministerpräsidenten befürworteter Antrag abgelehnt wurde. Eine bloße Hebung des Silberpreises nützt uns nichts; wir verlangen die Festlegung des Silberpreises, um den beständigen Schwankungen ein Ende zu machen, denen der internationale Verkehr nach den Ländern mit Silberwährung — und das sind die meisten — unterworfen ist. Der Antrag Rintelen ist lediglich eine Demonstration für die Goldwährung; würde er angenommen, so wäre damit der ganze Antrag bedeutungslos. Das beständige Sinken des Silberpreises hat erst den Raubbau auf Silber zur Folge gehabt. Beim Gold- wie beim Silberbau kommt es auf schnelle Gewinnung an; denn eine Goldmine rentirt am besten, je kürzer die Zeit ihrer Ausbeutung ist und die Silbergewinnung in einem Lande mit Silberwährung wird stets eine ziemlich gleichmäßige bleiben. Verhängnißvoll wäre es, wenn Deutschland unter der Goldwährung einen Krieg führen müßte; heute prägt Deutschland Fünfmarkstücke, die um 50 pCt. unterwerthig sind; zu solchen Mitteln hat Friedrich der Große selbst in der größten Noth nicht gegriffen. Und kommt denn der deutsche Silberbau nicht auch in betracht? Wir haben stets beobachten können, daß mit dem Steigen der Silberpreise auch alle Waarenpreise steigen, und diese Preissteigerung erwarten wir vom Bimetallismus. In dieser Frage sind denn auch die Landwirthe aller Länder einig, die doch gewiß ihre eigenen Interessen am besten verstehen werden. Wir wollen keine Geldverschlechterung, sondern eine Geldverbesserung. Man könnte auch, um die Preissteigerung bei Einführung der Doppelwährung langsamer sich vollziehen zu lassen, Garantien schaffen, obwohl ich glaube, daß das schwer sein wird. — Redner erörtert dann den Gang der Währungsfrage in Frankreich und England und betont als Aufgabe Deutschlands, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen; die Augen von ganz Europa sind auf uns gerichtet. (Heiterkeit, Sehr richtig und Bravo!) Eine Doppelwährungs-Vorlage wäre die beste Vorlage gegen den Umsturz; denn die Goldwährung ruinirt den Mittelstand und deshalb wird sie von der Sozialdemokratie befürwortet. Lehnen Sie die Doppelwährung ab, so nehmen Sie der Landwirthschaft die letzte Hoffnung und weihen dieselbe dem Untergange. (Bravo! rechts.) Es wäre das beste Geschenk, welches die Gesetzgebung dem deutschen Volke machen könnte, wenn sie ihm zu dem 25jährigen Bestehen des Reiches die Doppelwährung schenkte. Zum Schlusse erklärt Redner, daß er mit dem von dem Abg. Frhrn. v. Zedlitz (frk.) gestellten Antrage einverstanden sei: zu beschließen, daß hinter dem Worte Bimetallismus eingeschoben wird „einschließlich Englands“.

Abg. **v. Eynern** (natl.): Nach der schließlichen Erklärung des Vorredners ist es überflüssig, über die Sache weiter zu reden und auf all das krause Zeug einzugehen, das zur Begründung des Antrages vorgebracht ist. Es handelt sich für uns gar nicht um eine internationale, sondern um eine durchaus nationale Angelegenheit, die durch englische, französische und amerikanische Interessen von Silberleuten nicht beeinflußt werden dürfe; es wäre ein verhängnißvolles Vorgehen, wollten wir durch Rücksichten auf ausländische Verhältnisse unsere soliden Geldverhältnisse gefährden. (Bravo!)

Abg. **v. Meudel-Steinfeld** (k.) erklärt im Namen zahlreicher Freunde, daß sie im wesentlichen die Ausführungen des Abg. Dr. Arendt billigen.

Abg. **Brömel** (fr. Vg): Am besten wäre es, den Antrag Arendt ganz abzulehnen; will man das nicht, so soll man die beiden Anträge Rintelen und Zedlitz annehmen.

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (frk.): Die Herbeiführung einer Doppelwährung ohne Beistimmung Englands ist Chimäre. Auch wird sich die 20jährige Periode der Goldwährung nicht einfach durch ein Gesetz beseitigen lassen, eben so wenig läßt sich das Werthverhältniß von Gold zu Silber auf 1 zu 15 gesetzlich fixiren. Dem ruinösen Preisrückgang für alle Produkte muß entgegengetreten werden und wenn die Währungsfrage hierzu eine Handhabe bietet, so sollte deren Erörterung nicht verzögert werden; diese Erörterung wird sich mit Nothwendigkeit um die Frage des internationalen Bimetallismus drehen müssen und deshalb würde der Antrag Rintelen eine falsche Deutung von der Meinung dieses Hauses geben.

Gegen 1/25 Uhr wird die Fortsetzung der Debatte auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Gewerkschaftliches.

Der Zentralverband der Steinsetzer (Pflasterer) und Berufsgenossen Deutschlands hält am 3. und 4. Juni in Halle a. S. im „Kühlen Brunnen“ seinen ordentlichen Verbandstag ab. Auf der Tagesordnung steht auch der Punkt: Stellungnahme zur Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Lohntarif der Zimmerer Hamburgs und die dort anläßlich der Einweihung des Nord-Ostsee-Kanals bevorstehende Fürstenzusammenkunft ist Gegenstand eines Eingesandts, das von den organisirten Zimmerleuten Hamburgs im „Hamburger Echo“ veröffentlicht wurde. Danach wird vom hamburgischen Staat zu Ehren der Fürstlichkeiten auf der Binnen-Alster eine schwimmende Insel — Aegir-Insel soll sie heißen — hergestellt. Die Hauptarbeit daran ist Zimmerarbeit und dem Maurermeister Kindler übertragen. Man sollte nun glauben, heißt es in dem „Eingesandt“, daß bei derartigen Arbeiten, wozu die Gesammt-Einwohnerschaft Hamburgs ja auch ihr Scherflein, vielleicht in Form eines „Steuer-Einheitssatzes“ mehr, mit beitragen muß, auch der ortsübliche Tagelohn gezahlt würde. Dies ist jedoch nicht der Fall. In dem von der Baugewerks-Innung „Bauhütte“ zu Hamburg im Oktober des Jahres 1894 herausgegebenen Lohntarif heißt es ausdrücklich in dem Absatz 7 der dazu gehörenden „Arbeitsordnung“: „7. Bei Wasserarbeiten wird den Zimmergesellen während der Tagesstunden von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends ein Zuschlag von 10 Pf. pro Arbeitsstunde bezahlt, im übrigen gelten die Bestimmungen ad 4, 5 und 6.“ Herr Kindler will jedoch diesen so geringfügigen Zuschlag nicht zahlen, weil die Arbeit keine Wasserarbeit wäre. Wann nach ihm die Wasserarbeit beginnt, verschweigt er. Jedenfalls erst dann, wenn die Zimmerleute bis unter die Arme im Wasser oder Schlamm stehen müssen, um zu arbeiten. Es vergeht kaum ein Tag, wo nicht der eine oder andere ins Wasser fällt und Alsterwasser schlucken muß. Vorgekommen ist es sogar schon, daß einer der ins Wasser Gefallenen von einem seiner Berufsgenossen nur unter Nichtachtung des eigenen Lebens gerettet werden konnte. Herr Kindler selbst versteht es aber ganz gut, die „Nichtwasserarbeit“ für sich auszunutzen, indem jedes Stück Meistergeschirr, das in die Alster fällt, von dem betreffenden Arbeiter ersetzt werden muß, wogegen die Gesellen, deren Werkzeug ins Wasser fällt, sehen können, wie sie es wieder erhalten. Die Zimmerer stellen nun die Forderung: Wenn Feste gefeiert werden sollen, zu denen die Steuerzahler hunderttausende von Mark mit beizutragen haben, so muß in erster Linie auch den bei den betreffenden Vorbereitungen beschäftigten Arbeitern der vereinbarte Lohn gezahlt werden.

Man sieht hieraus wieder, wie wenig sich die herrschende Gesellschaft um das Wohl der Arbeiter kümmert. Hunderttausende aus dem Staatssäckel für Festlichkeiten, um sich den Fürsten im ganzen Glanze des „Patriotismus“ zu zeigen, aber dem Arbeiter, ohne dessen Thätigkeit die festliche Veranstaltung gar nicht möglich wäre, nicht die lumpigen 10 Pfennig Lohn, die ihm gebühren.

Zur sächsischen Koalitions-Unfreiheit. In Chemnitz verbot die Polizei die für den Nachmittag des 14. Mai geplante Bäckerversammlung auf grund des § 5 des Vereinsgesetzes, wonach Versammlungen verboten werden können, deren Zweck es ist, Gesetzübertretungen oder unsittliche Handlungen zu begehen, dazu auffordern oder doch dazu geneigt zu machen. — In Niederpesterwitz bei Dresden wurde eine Metallarbeiterversammlung wie folgt vereitelt. Bei der Amtshauptmannschaft wurde vom Einberufer rechtzeitig Anzeige erstattet. Darauf bekam er die Anzeige mit dem Bemerken zurück, er solle erst seine Dispositionsfähigkeit nachweisen. Ein Verbot der Versammlung wurde jedoch nicht ausgesprochen. Einen solchen Nachweis hatte aber der Einberufer dieser selben Behörde erst 14 Tage zuvor bei Gelegenheit einer anderen Versammlung geliefert. Trotzdem hätte er sich nochmals eine Bescheinigung über den Besitz der erforderlichen Eigenschaften vom Gemeindevorstand verschafft und der Amtshauptmannschaft zugesandt, wenn die Zeit dazu nicht zu kurz gewesen wäre. Da er sich nun im Besitze der nöthigen Eigenschaften wußte und auch die sonstigen gesetzlichen Vorschriften erfüllt waren, ein Verbot auch nicht erfolgt war, glaubte er sich vollauf berechtigt, die Versammlung abzuhalten. Der erschienene Gendarmeriebrigadier verbot jedoch die Versammlung, obgleich der mitanwesende Gemeindevorstand, die einzige hierzu fähige und berechtigte Person, bestätigte, daß der Einberufer dispositionsfähig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist.

Von der Anarchie, die in Bayern hinsichtlich der polizeilichen Auslegung des Versammlungsrechts herrscht, liegen wieder einige Beispiele vor. In München durften einer Versammlung der Schneider, die über das fürchterlich gefährliche Thema der Forderung von Betriebswerkstätten verhandelte, Frauen und Minderjährige nicht beiwohnen. Ebenso in Fürth. Dagegen durften in Nürnberg, wo die polizeiliche Interpretationskunst des Versammlungsrechts in dieser Beziehung doch auch schon erkleckliches geleistet hat, bei einer Schneiderversammlung mit gleicher Tagesordnung Frauen und Minderjährige dablieben und man hat bis dato nichts davon gehört, daß dadurch der bayerische Staat aus den Fugen gegangen wäre. Hoffentlich ist der Bundesbevollmächtigte Bayerns bereits tüchtig an der Arbeit, um dafür zu sorgen, daß dort den Gewerkschaften keine Hindernisse bereitet werden, was nach seinen Angaben nicht der Fall sein sollte, aber doch der Fall ist. Mindestens müssen die bayerischen Arbeiter doch wissen, was im Gebiete der blauweißen Flagge eigentlich rechtens ist und was nicht.

Aus Charleroi wird gemeldet: Ein großer Theil der streikenden Glasarbeiter hat die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Für Montag hoffte man, daß auch die noch feiernden 2000 Mann zu ihren Gewerken zurückkehren würden. — Für die deutschen Glasarbeiter besteht natürlich nach wie vor die Verpflichtung, den Zuzug nach Charleroi so lange zu unterlassen, bis die Organisation der Glasarbeiter den Streik für beendet erklärt hat.

Versammlungen.

Von der Firma Oeser u. Ko. erhalten wir folgende Zuschrift: „Auf grund des § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir mit bezug auf den in Nr. 115 vom 18. d. M. in Ihrem Blatte gebrachten Bericht über die „öffentliche Versammlung aller in der Luxus- und Spitzenpapier-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“ um Aufnahme der nachfolgenden Berichtigung:

1. Der Wochenverdienst beträgt bei neunstündiger Arbeitszeit
für die weiblichen Arbeiter zwischen . 9—17 M.;
„ „ männlichen Arbeiter „ . 18—40 „

Geringere Verdienste können sich nur auf unausgebildete und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen beziehen, deren zur Zeit acht bei uns beschäftigt werden. 2. Strafgelder werden für Zuspätkommende bis zu 10 Pf. erhoben und sind Strafen im Laufe dieses Jahres überhaupt nicht in Abzug gebracht worden; die aus früheren Jahren vorhandenen Strafgelder sind von uns den gesetzlichen Bestimmungen gemäß angelegt worden. 3. Es ist absolut unwahr, daß wir unseren Angestellten gegenüber Ausdrücke des Inhalts gebraucht haben sollen, daß sich „die Mädchen nach 9 Uhr abends noch auf der Straße etwas hinzuverdienen sollten“ und weisen wir diese Unterstellung mit Entrüstung zurück! 4. Es ist ebenfalls unwahr, daß der Arbeiter Hartwig von uns beauftragt wurde, die Versammlung zwecks Berichterstattung an uns zu besuchen. 5. Ferner ist es unwahr, daß wir ein Verbot an unsere Arbeiter und Arbeiterinnen haben ergehen lassen, die Versammlung zu besuchen.

In der Brauchenversammlung der Rohrleger und Gehilfen, einberufen vom „Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und der Umgegend“ am 12. Mai, referirte Genosse Wagner unter allseitigem Beifall über das Thema „Volksbildung und Klassenbewußtsein“. Zu Punkt „Verschiedenes“ wurde von Scheffler ausgeführt, daß die Akkordpreise von den einzelnen Unternehmern dermaßen heruntergedrückt seien, daß es nicht möglich sei, reell zu arbeiten, wenn die Kollegen einigermaßen zu ihrem Lohn kommen wollen. Ferner müsse man bedauern, daß es die Herren Rohrleger bereits schon so weit gebracht haben, die Werkzeugtasche, Material ꝛc. sich selbst aufzuhucken, um die Arbeiten ohne Helfer auszuführen. Wie schädlich eine derartige Handlung auf der Branche lastet, das sehen die Berufskollegen nicht ein, wenn sie sich nur dadurch bei dem Herrn Arbeitgeber beliebt machen können; ja sie arbeiten sogar noch billiger, als wenn ein Gehilfe mitginge. Von einigen Rednern wurde gewünscht, einen Lohntarif aufzustellen. Der Vorschlag fand jedoch vielfachen Widerspruch. Man war allseitig gegen Aufstellung einer derartigen Lohntabelle, da Akkordarbeit auf alle Fälle von der Hand zu weisen sei. Die Kollegen wurden ersucht in ihrem Kreise thatkräftig für die Organisation zu werben. Wären die Arbeiter besser gewerkschaftlich organisirt, würde sich kein Unternehmer erlauben, derartige Schundlöhne zu zahlen, wie es jetzt leider seit einiger Zeit der Fall ist, auch die anderen tieftraurigen in der Branche eingerissenen Verhältnisse ließen sich wieder beseitigen. Kollege Ficius theilte mit, daß die Rohrleger jeden ersten Sonntag im Monat Krautstr. 48, eine Vertrauensmänner-Sitzung abhalten. Etwaige Beschwerden sind in dieser Sitzung anzubringen. Diejenigen, welche am 1. Mai gezwungen waren zu arbeiten, können die Maimarken beim Kollegen Ficius entnehmen. Mitgetheilt wurde, daß am Himmelfahrtstage eine Fußpartie nach Schmöckwitz stattfindet. Zum Schluß wurde aufgefordert, zu der am 9. Juni stattfindenden Branchenversammlung wieder recht zahlreich zu erscheinen, sowie im Kreise der Kollegen die Laufzettel fleißig zu verbreiten.

Der Fachverein der Bäcker beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 15. Mai mit der Regelung einiger Vereinsangelegenheiten. Zunächst verlas der Kassirer den Kassenbericht. Dieser ergiebt für den Monat April eine Einnahme von 49,85 M. und eine Ausgabe von 43,84 M. Sodann wird die Wahl eines Bibliothekars vollzogen, mit welchem Amt das Mitglied Zinke betraut wurde. Vom Verein ist mit der Innung eine Regelung des „Sprechwesens“ versucht. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet und wird die Berathung fortgesetzt. — Am 16. Juni beabsichtigt der Verein eine Wasserpartie nach Grünau zu arrangiren.

Die Zimmerer hielten am 15. Mai eine Versammlung der Platzdeputirten ab. Der Vertrauensmann machte die Anwesenden mit dem Zweck dieser Versammlungen bekannt. Es soll von jedem Bau oder Platz zu dieser Konferenz ein Delegirter entsandt werden. Die Vereinigung will dadurch die Schäden in dem Beruf besprechen und soweit als möglich die Beseitigung derselben anstreben. Ferner will man über die Höhe der Löhne Informationen einziehen und soll für die Organisation eine lebhafte Agitation betrieben werden. Die Diskussion förderte sogleich eine Reihe von Mißständen zu tage, die sich auf städtischen und Staatsbauten bemerkbar gemacht haben. Zur Kontrolle sollen an die Delegirten Legitimations-Karten verabfolgt werden, und sind die Delegirten angehalten, Vertreter zu den Sitzungen zu entsenden, sobald sie am Erscheinen verhindert sind.

Im Verband deutscher Zimmerer beschäftigte man sich am 15. Mai mit der Besprechung der Beschlüsse, die am 28. April in einer öffentlichen Versammlung der Zimmerer angenommen wurden. Nach einem einleitenden Referat des Mitgliedes Rickert, dem sich eine längere Diskussion anschloß, stimmte die Versammlung folgender Resolution zu: Die Versammlung verurtheilt entschieden das parteiische und einseitige Vorgehen des Vertrauensmannes Fischer und bedauert, daß derselbe seine unparteiische Stellung zwischen den beiden Organisationen zu gunsten der einen ausnutzt. Ferner weist die Versammlung alle die gehässigen Angriffe, welche in der letzten öffentlichen Zimmerer-Versammlung dem Verband gegenüber gefallen sind, mit Entschiedenheit zurück und protestirt dagegen, die Anhänger des Verbandes als Fanatiker zu bezeichnen. Ferner treten die Verbandsmitglieder dafür ein, daß laut Beschluß der öffentlichen Zimmerer-Versammlung auf allen Plätzen Platzdeputirte gewählt werden, sofern dieselben zur Hebung der beiden Organisationen beitragen sollen.

Die Töpfer (Zentralisation) hatten am 16. Mai eine Generalversammlung einberufen. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Kassenbericht vom 1. Januar bis 1. Mai d. J. An Einnahmen weist die Abrechnung 327,81 M. auf. Davon sind 200,36 M. nach dem Hauptvorstand gesandt und 70,40 M. zu Lokalzwecken verwendet. Nach einem Referat des Kollegen Jahnke über die Konferenz erklärt sich die Versammlung in einer Resolution mit den Beschlüssen einverstanden. Hierauf giebt der Kollege Manthe einen Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes, worauf die Wahl des Vorstandes vollzogen wird, die folgendes Resultat ergab: Manthe erster, Thiele zweiter Vorsitzender; Zwerg erster, Babiel zweiter Kassirer; Legawa, Schriftführer; Burgmann und Kahlmann Beisitzer; Kästner und Pietrowski Revisoren. Zur Ergänzung des Vorstandes wurden die Mitglieder Hilscher und Weikert gewählt. An die Streikkommission wurden 50 M. überwiesen. Ein Antrag, die Mitglieder P. Müllerstädt und E. Rapputhan aus dem Verband auszuschließen, erledigt sich, nachdem der Vorstand erklärt, daß die betreffenden seit Jahresfrist keine Beiträge zahlen.

Eine öffentliche Versammlung der Bildhauer, die am 16. Mai im Louisenstädtischen Klubhaus stattfand, hörte zunächst einen Vortrag des Genossen Schlaikjer über Gerhard Hauptmann's Drama „Die Weber“ und deren Verhältniß zur Sozialdemokratie; auf eine Diskussion des beifällig entgegengenommenen Vortrags wurde verzichtet. Hierauf gab Donath bekannt, daß anläßlich der Maifeier mehrere Kollegen gemaßregelt wurden. Da sie erst nachträglich der Organisation beigetreten sind, könne die Vereinigung die Unterstützung nicht auf sich nehmen, daher habe die Kommission beschlossen, Sammellisten auszugeben; sie sind bei dem Kollegen Sandvoß erhältlich. — Nach Wahl eines Revisors zur Kommission, aus der Hempel hervorging, erstattete Winkler Bericht über die Vorarbeiten zur internationalen Konferenz der Bildhauer, welche im Anschluß an die Generalversammlung des Zentralvereins am 5. Juni in Nürnberg stattfindet, und gab die provisorische Tagesordnung bekannt. Die Versammlung bekundete ihr Einverständniß mit den Vorschlägen der Kommission und wählte Winkler als Delegirten. — Nach Entgegennahme des Berichtes des Vertreters in der Gewerkschaftskommission erhob die Versammlung noch den Antrag: den gemaßregelten verheiratheten Kollegen zu der Vereinsunterstützung (10,50 M.) pro Woche 5 M. Zuschuß aus öffentlichen Mitteln zu gewähren, zum Beschluß.

Charlottenburg. Die hiesige Filiale der Maler und verwandten Berufsgenossen tagte am 15. Mai im Lokale des Herrn H. Krause, Bismarckstr. 74. Nach einem Referat des Kollegen Wenzel-Berlin, dem sich eine längere Diskussion anschloß, wurde die Wahl eines Revisors vollzogen, mit welchem Amt der Kollege Andrup betraut wurde. Hierauf gab der Kollege Düker den Bericht vom Provinzialtag in Guben. Die Diskussion hierüber wurde wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt. Sodann verlas der Kassirer Busse den Kassenbericht vom letzten Quartal. Die Einnahme betrug 55,23 M., die Ausgabe 11,20 M. Bleibt mithin ein Bestand von 44,03 M. Die Mitglieder werden ersucht, bei vorkommender nicht pünktlicher Lieferung des „Vereins-Anzeigers“ sich sofort an Flemming, Wilmersdorferstr. 124, Quergeb. 3 Treppen, zu wenden.

C. Jhde
Brunnenstrasse 1
am Rosenthaler Thor
Eingang Weinbergsweg
(nicht Weinbergsweg No. 1!!)

Die besten Zähne der Welt
für
3 Mark

Plomben prima (exkl. Gold) **2 Mark**
Zahnziehen mittels **Elektrizität 1 Mk.**
Extraberechnung ausgeschlossen.
Schlecht sitzende Gebisse werden in kürzester Zeit brauchbar umgearbeitet. Theilzahlung auf Wunsch gestattet.
NB. Um Irrthümer zu vermeiden, bitte genau auf **Name, Strasse** und **Hausnummer** zu achten!

Orts-Krankenkasse der Stellmacher.

I. Nachtrag zum Statut.

Laut den Beschlüssen der Generalversammlungen vom 26. November 1893 und 25. Februar 1894 lauten nachstehende Paragraphen folgendermaßen:

§ 47.

Die Generalversammlung besteht aus allen Kassenmitgliedern, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, und den Arbeitgebern oder deren Vertreter, welche für die von ihnen beschäftigten Mitglieder Beiträge an die Ortskasse der Stellmacher zu zahlen verpflichtet sind.

In der Generalversammlung führt jeder zur Generalversammlung berechtigte eine Stimme.

Das Stimmrecht ist von jedem persönlich auszuüben.

Die §§ 47a und 47b fallen fort.

§ 51.

Beschlüsse der Generalversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden gefaßt. Getrennt von den Kassenmitgliedern und den Arbeitgebern muß Beschluß gefaßt werden, wenn es sich handelt:

um: u. s. w.

§ 62

wird der letzte Satz, beginnend „Außerdem werden" bis zu Ende gestrichen.

Der Vorstand.
P. Howe, Vorsitzender.
G. Keseler, Schriftführer.

Vorstehender Nachtrag wird hierdurch genehmigt.

Berlin, den 1. Mai 1895.
Der Bezirks-Ausschuss:
Kayser.
J.-Nr. 20. 19.

II. Nachtrag.

Laut Erlaß des Herrn Ober-Präsidenten vom 1. Mai 1895 — O. P. Nr. 6084 — müssen die nachstehenden Paragraphen des Kassenstatuts vom 13. d. Mts. ab folgendermaßen lauten:

§ 13 Absatz 2.

Die Krankenunterstützung wird für die Dauer der Krankheit gewährt; sie endet spätestens mit dem Ablauf der 13. Woche nach Beginn der Krankheit, im Falle der Erwerbsunfähigkeit spätestens mit dem Ablauf der 13. Woche nach Beginn des Krankengeldbezuges. Endet der Bezug des Krankengeldes erst nach Ablauf der 13. Woche nach dem Beginn der Krankheit, so endet mit dem Bezuge des Krankengeldes zugleich auch der Anspruch auf die in Absatz 1 unter 1 und 2 bezeichneten Leistungen.

§ 16 fällt fort.

§ 18.

Mitgliedern, welche gleichzeitig anderweitig gegen Krankheit versichert sind, wird das Krankengeld soweit gekürzt, als dasselbe zusammen mit dem aus anderweiter Versicherung bezogenen Krankengelde den vollen Beitrag ihres durchschnittlichen Tagelohnes übersteigt.

§ 19 Absatz 1.

Für den Todesfall eines Mitgliedes wird ein Sterbegeld im zwanzigfachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes gewährt.

§ 20.

Diejenigen, welche auf grund des § 5 freiwillige Mitglieder der Kasse werden, haben keinen Unterstützungsanspruch, wenn der Unterstützungsfall eintritt, bevor sechs Wochen seit ihrer Anmeldung verstrichen sind.

§ 21 Absatz 2 fällt fort.

§ 28.

Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen:

1. für erwachsene Mitglieder ausschließlich der Lehrlinge 51 Pf.,
2. für Mitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge 21 Pf.

Der Ober-Präsident
Staatsminister v. Achenbach.

Dieses wird laut § 62 des Statuts bekannt gemacht. 1229b

Der Vorstand.
P. Howe.

Renommirteste Bezugsquelle für

Berliner
Export-Weissbier.
In Flaschen und in Fässern.
Fabriken und Werkstätten erhalten Wiederverkäufer-Preise.
Berl. Export-Weissbier-Brauerei
A. Seidler
Schöneberg — Berlin W.
Sedanstr. 73-75 u. 82.

Wer
noch will reell und billig kaufen. Durch Ankauf auf **Auktionen** und von **Konkursmassen** bin ich in der Lage, jedes Stück billiger zu verkaufen, als alle anderen Geschäfte! Ich verkaufe daher:
Hocheleg. Herr.-Sommerpal. v. 9,75 M. an
Damenmäntel, Jaquets u. Capes „ 3,50 „ „
Hochfeine Herren-Anzüge „ 12,75 „ „
Hochfeine Herren-Hosen „ 2,75 „ „
Leder- u. Arbeits-Hosen zu 2,55 „ „
Kellner-Jaquets u. Hosen v. 4,75 „ „
Herren-Jaquets und Westen in allen Größen, Knaben- und Burschen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Teschings, Gewehre, Harmonikas, Betten, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w.
zu enorm billigen Preisen!
Gustav Lucke, Waarenhaus, Berlin,
131. Oranienstr. 131.

Möbel-
Kaufgelegenheit
bietet sich Brautleuten 2c. im Möbelspeicher, 17212*
Rosenthaler-Strasse 13, I.
Daselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und verliehen gewesene Möbel zu wahrhaften Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspinde, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Nußbaum-Kleiderschränke, Vertikows 30, Stühle 3, Muschelspinden 40, Trumeaux 65, Paneelsophas 75, Plüschgarnituren 60 Mark. Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Buffets, Koulissentische, Spiegel, alles staunend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lagerspeicher bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Eisspinden, Dezimal- und Tafelwagen, sowie Milchgeschäfts-Utensilien.
Jordan, Kleine Markusstr. 28.

Lager von Rathenower Brillen und Pincenez.

Bruchbänder, Leibbinden, Nabelbandagen, Suspensorien, Geradehalter, orthopädische Maschinen, **Korsetts,** künstliche Arme und Beine, Mastdarm- und Vorfall-Bandagen, **Krücken,** Cidets, Stechbecken, Urinhalter, Klystier- und Mutterspritzen, Klysopomp, Irrigator, Inhalations-Apparate, Luft- und Wasserkissen, Gummistrümpfe, Bettunterlagen etc. empfehlen zu soliden Preisen 2394B*
Müller & Co., Berlin S., Prinzenstraße 42, part. l.
Für Damen: Damenbedienung.
Lieferanten sämmtlicher Orts- und freien Hilfs-Krankenkassen.
Eigene Werkstatt im Hause. Angehörige von Kassenmitgliedern erhalten Preisermässigung.

Weinhandlung C. Böhme, 148. Reichenbergerstr. 148, empf. Bordeaux-, Spanische, Portugiesisch., mediz. Ungar-, Rhein- u. Moselw., a Fl. 60 Pf. fr. Cognac, Rum, Likörs, Maitrank a Fl. 60 Pf.

14. Brunnen-Str. 14.
14. Brunnenstrasse 14.
Billigste Bezugsquelle
für
Mehl, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchten. Kolonialwaaren
im Spezial-Geschäft **Lust & Co.**
14. Brunnenstrasse 14.
Berlin N. 1095b
Bei Bestellungen von 3 M. an **franco Versand**, auch nach den Vororten. Nach **ausserhalb** franko Bahnhof Berlin bei **freier Verpackung.**
Bitte genau auf die Firma u. Nummer zu achten.

Möbel-
Gelegenheitskauf
zu außergewöhnlich **billigen** Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-Kleiderspinden und Vertikows 30 M., einfache 15 M., Sophas, Bettstellen mit Matratzen 20 M., Waschtoiletten, Küchenspinden, Kommoden 12 M., Stühle 3 M., Sophatische 6 M., Säulen-Trumeaux 65 M., Plüschgarnitur 60 u. 100 M., Muschelspinden 40 M., Paneelsophas 80 M. Buffets, Silberschränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureaux, Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand versäumen, der gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis 1. Juli kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Sophastoff-Reste
in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Arbeitsanzüge W. Pahr, Brunnenstr. 112.

Möbel, gebraucht, kauft Möbel-Handlung Rosenthaler-Straße 13.

Achtung.
Empfehle den Genossen des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises O. mein **Schuhgeschäft** nebst
Reparatur-Werkstatt.
Streng reelle Bedienung. Billigste Preise. Bei etwaigem Bedarf bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. **W. Drossel,** Jorndorferstraße 1a, Ecke Weidenweg.

6 Pfund Brot für **50 Pfennig** liefert **Albrecht's Bäckerei,** Wrangel-Strasse 8. Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.

Roh-Tabak.
Empfehle, **so lange der Vorrath reicht, schöne, blattige Java-Einlage,** gesund, à 75 Pf. 2480B*
H. Herholz, Brunnenstraße 188.

! 1000 (Modell) Damen !
Spitzen — Seidene — Sammetkragen, Capes 7,50—25,00. Jaquet-Kostüme 10—15,00. Aparte Regenmäntel und Sommerjaquets, um zu räumen, 5,00 bis 15,00, wasserdichte Staubmäntel von 5,00—15,00. **Landsbergerstr. 59,** 1 Tr.

Brauerei Pichelsdorf
Telephon: Amt Spandau Nr. 13. Telephon: Berlin Amt VI Nr. 1116.
empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere. 17858*
Lagerbier, hell,
Exportbier, dunkel,
Markgrafen-Bräu nach Münchener Art.
Koulanteste Preise.
Niederlage: Berlin, Königin-Augustastraße 1, am Hafenplatz, Ringbahnbogen 1—8.
Prompteste Bedienung.

Verantwortlicher Redakteur: J. Dierl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW., Beuthstraße 2.